

Preussische Allgemeine



Nr. 18 · 7. Mai 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Ein reicher Kontinent wird armregiert

Wie der Machtmissbrauch korrupter Eliten und eine falsche Entwicklungspolitik den Aufschwung Afrikas verhindern Seite 3



Geschichte Das Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1871 Seite 10



Heimarbeit Das süße Leben der digitalen Nomaden Seite 21

AUFGEFALLEN

Korrekte Kennzeichen

Um Buchstaben- und Zahlenkombinationen in Autokennzeichen, die Bezüge zum NS-System erkennen lassen könnten, war es zuletzt ruhig geworden. Naheliegender war die Vermutung, allmählich setze sich die Erkenntnis durch, dass die Regelungswut wenig bewirkt oder sogar kontraproduktiv ist. Und der – sehr überschaubare – Kreis der tatsächlichen Anhänger der NS-Ideologie wird sich durch diese Vorschriften ohnehin kaum von seinem Gedankengut abbringen lassen. Dafür wird politisch eher unreifen, oft jüngeren Menschen nahegelegt, dass sich gerade durch die inkriminierten Siglen, die ihnen bis dahin meist unbekannt waren, andernorts hervorragend provozieren lässt und somit Aufmerksamkeit garantiert ist. Womit der Effekt erreicht wäre, der genau nicht erreicht werden soll: eine Erinnerung an den Nationalsozialismus im glorifizierenden Sinne.

Doch nun untersagt Niedersachsen – bislang eines der Bundesländer mit vergleichsweise weniger umfangreicher „Verbotsliste“ – neben Kürzeln wie „KZ“ und „SS“ etwa auch „AH 18“ sowie „HH 88“. Wer es nicht wusste: „Adolf Hitler“ und „Heil Hitler“ verbergen sich hinter den Buchstaben, die Zahlen geben die Stellung der jeweiligen Buchstaben im Alphabet wieder und unterstreichen damit die beabsichtigte Bedeutung. Laut dem NDR hat die SPD-Landtagsabgeordnete Dunja Kreiser erklärt, man wolle „die Zulassungsstellen sensibilisieren“ und „zeigen, dass man dem Rechtsextremismus keinen Millimeter nachgebe“.

Erik Lommatzsch

POLITIK

Der „Fall Maaßen“ sorgt für Unruhe im Politikbetrieb

Die Nominierung des früheren Verfassungsschutzpräsidenten verunsichert jene, die den Kurswechsel der Union in der Ära Merkel betrieben oder bejubelt haben

VON HANS HECKEL

Die Nominierung von Hans-Georg Maaßen zum CDU-Direktkandidaten zur Bundestagswahl in einem thüringischen Wahlkreis hat eine Eruption an aggressiven oder zumindest maximal reservierten Reaktionen ausgelöst. Große Medien bezeichnen den Kandidaten nahezu durchweg als „umstritten“, manche gingen noch erheblich weiter.

„Umstritten“ – warum? Als Chef des Bundesverfassungsschutzes hatte sich Maaßen 2018 geweigert, die vom Bundeskanzleramt übernommene Behauptung der Antifa zu bestätigen, in Chemnitz habe es „Hetzjagden auf ausländisch Aussehende“ gegeben. Die Behauptung war nachweislich falsch, ihre Verbreitung durch das Kanzleramt (das es besser wissen musste) demnach eine Lüge. Maaßen verlor also sein Amt und gilt als „umstritten“, weil er nicht mitlügen wollte.

Die Lüge war durch und durch ideologisch motiviert, es ging um Munition für den „Kampf gegen Rechts“. Indem Maaßen sich dem entgegenstellte, setzte er Wahrheit vor Ideologie, Fakten vor eine zweifelhafte weltanschauliche „Haltung“.

Diese Vorgeschichte ist ebenso bemerkenswert wie die überaus heftigen Reaktionen auf die Nominierung. Es geht hier immerhin um nicht mehr als ein einziges angestrebtes Direktmandat. Maaßen

wird, sollte er gewählt werden, einer von mehr als 700 Bundestagsmitgliedern sein, mehr nicht. Doch allein die Aussicht darauf reicht schon, um eine Welle des politisch-medialen Aufruhrs loszutreten.

Offenbar wird Maaßens Engagement als Gefahr wahrgenommen für eine ausgefeilte grünlinke Machtstrategie, deren Protagonisten sich bereits kurz vor der Vollendung ihrer Träume wähnten. Darin fällt der Union die Rolle eines ideologisch willenlosen Steigbügelhalters zu, der das bürgerliche Lager politisch neutralisiert, statt dessen Anliegen zu artikulieren.

Nachdem es gelang, die AfD gleichsam einzukapseln, ist ihr in dieser Strategie der Part eines umzäunten Reservats für die Reste bürgerlichen Protestpotentials zugewiesen. Den Freien Wählern wird (noch) keine bundespolitische Bedeutung beigemessen. Und die FDP lässt sich wahlweise einbinden, oder wird, wie nach dem Platzen von „Jamaika“ 2017, als „unverantwortlich“ an den Pranger gestellt.

Repräsentant der bürgerlichen Basis

All diese Planspiele fußen indes auf der von Angela Merkel zäh und gründlich vorangetriebenen, völligen inhaltlichen Entkernung von CDU und CSU. Energiewende, offene Grenzen, Gender, „Identitätspolitik“ – kein grünlinkes Projekt musste konservativen oder liberalen Widerstand vonseiten der Merkel-CDU fürchten, nicht selten übernahm Merkel einfach die

Forderungen von Grünlinks. CSU-Chef Markus Söder sendet unterdessen freundliche Signale an die Grünen, und das Hauptanliegen des neuen CDU-Chefs Armin Laschet ist, folgt man seinen Worten, der forcierte „Klimaschutz“.

Maaßen dagegen steht für jenen, immer noch stattlichen Teil von Basis und Anhängerschaft der Union, der seine konservativen und liberalen Wurzeln nicht hat verdorren lassen. Er könnte ihm eine Stimme geben und damit kenntlich machen, wie groß dieses Potential noch immer ist. Und er könnte Entmutigte, die schweigen, aufrichten, auf dass sie ihre Stimme wieder erheben.

Für die Freien Wähler, welche sich bereits anschicken, die Lücke zwischen der entleerten Union und der AfD zu schließen, stellt Maaßen eine direkte Konkurrenz dar. Ähnlich für die AfD, die sich mehr denn je überlegen muss, ob und wie sie breite bürgerliche Schichten gewinnen will, um aus der Verkapselung im Reservat ihrer Stammwählerschaft auszubrechen.

So könnte Maaßen erhebliche Bewegung in die deutsche Demokratie bringen, was dringend überfällig war. Denn hinter den aggressiven Reaktionen auf seine Kandidatur lugt auch ein Machtanspruch von Grünlinks hervor, der mittlerweile so total ist, das ihm selbst der kleinste Störfaktor unerträglich erscheint. Von echter „Vielfalt“ und gelebtem Pluralismus hat man sich dort schon lange entfernt.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Frankreich bekommt einen Vorgeschmack auf grüne Regierungen Seite 6

Kultur
Der 100. Geburtstag von Josef Beuys findet vorwiegend digital statt Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Im Königsberger Gebiet decken engagierte Bürger Pusch am Bau auf Seite 13

HINWEIS
Beilage Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der DGG Deutsche Goldmünzen Gesellschaft bei.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Pandemie-Schwermet Während die Unzufriedenheit im Lande über die Corona-Maßnahmen wächst, gibt es noch immer wenig Detailwissen über die Ausbreitung des Virus und seine Folgen

Die Stimmung wird fragiler

Noch tragen viele Deutsche die Lockdown-Maßnahmen mit. Doch das könnte schnell kippen

VON HANS HECKEL

Die Zustimmung oder Ablehnung der Deutschen hinsichtlich der Corona-Zwangmaßnahmen schwankt hin und her. Nachdem die Zustimmung zu den rigiden Beschränkungen im März einen Tiefpunkt erreicht hatte, sprach sich Anfang April laut ARD-Deutschlandtrend wieder eine relative Mehrheit dafür aus, die bestehenden Maßnahmen sogar noch weiter zu verschärfen.

Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Bundesbürger mit dem Handeln der Regierung einverstanden wären. Hier sind die Zustimmungswerte auf ein solches Minimum gefallen, dass sie statistisch kaum mehr relevant sind. Vom Hin und Her zum Maskentragen ganz am Anfang der Pandemie über den lange Zeit versäumten Schutz besonders gefährdeter Gruppen, ein kaum noch darstellbares Chaos und ruinöse Verzögerungen bei Hilfsleistungen für betroffene Unternehmen, Freiberufler und Angestellte bis hin zum persönlich durch die Kanzlerin vermasselten Impfstart stapelt sich das Versagen der Politik auf solche Höhen, dass es selbst unbelehrbar Wohlmeinende nicht mehr schönreden mögen.

Hinzu treten offensichtlich unsinnige Vorschriften, die nur noch als Schikane wahrgenommen werden wie etwa der Maskenzwang auf luftigen Flaniermeilen unter freiem Himmel. Aerosolforscher haben nicht nur klargestellt, dass die Ansteckungsgefahr an solchen Orten gleich null ist.

Mediziner verweisen zudem darauf, dass den Menschen mit solchen Vorschriften die Bewegung an freier Luft vergrößert werden könnte – gerade die aber sei für die Stärkung des Immunsystems wesentlich. All das nehmen die Deutschen wahr und empfinden die Maßnahmen daher als Schikane oder Imponiergehabe von Politikern, die ihre Machtentfaltung auf Kosten der Bürger inszenieren.

Nun gesellen sich zu alledem die Nachrichten aus etlichen Nachbarländern Deutschlands, die, trotz teils deutlich höherer Inzidenzzahlen, umfangreiche Öffnungsschritte vollziehen, während die Deutschen im dumpfen Lockdown verharren sollen. Das wühlt die Stimmung weiter auf.



Medizinisch unsinnige Restriktionen wie die Maskenpflicht auf luftigen Flaniermeilen ließen zuletzt das Verständnis vieler Deutscher für die Corona-Maßnahmen zusätzlich schwinden: Demonstrantin vor dem Hamburger Rathaus *Foto: pa*

Dass die Unterstützung harter Lockdown-Maßnahmen bei den Bundesbürgern trotzdem immer noch hoch ist und viele sogar eine Verschärfung fordern, könnte einen anderen Grund haben, der für die Politik mittelfristig gefährlich wer-

den dürfte. Stets wird bei der Verkündung von Einschränkungen der Eindruck erweckt, es handele sich um schmerzhaftes, aber nur kurzfristige Eingriffe nach dem Motto: Jetzt noch einmal Zähne zusammenbeißen, damit bald alles besser wird.

Es begann mit dem „Wellenbrecherlockdown“ im November. Ihm folgten „Weihnachts-“ und „Endlockdown“, danach sprach CDU-Chef Armin Laschet vom „Brückenlockdown“, dann war die Rede von der (gescheiterten) „Osterruhe“. Das Osterdesaster führte schließlich in die geltende „Bundesnotbremse“.

Dass es immer weitergeht, nährt den Eindruck, dass jede dieser kurzfristig klingenden Maßnahmen nur die weitere Stufe in einen nahezu endlosen Zustand bezeichnet, aus dem die Politik keinen Ausweg finden kann – oder gar nicht finden will. Breitet sich diese düstere Ahnung erst aus, dürfte es mit der Zustimmung zu den Lockdown-Maßnahmen schnell zu Ende gehen, zumal die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen (siehe unten) Folgen der Zwangsmaßnahmen ohnehin zunehmend in den Vordergrund drängen. Ein solcher Stimmungsumschwung bräche dann ziemlich pünktlich zur Bundestagswahl über die politischen Entscheider herein.

Akteure



Peter Tschentscher
Hamburgs Bürgermeister befahl Maskenpflicht an luftigen Orten wie der Elbe. Selbst die SPD-nahe „Morgenpost“ sprach von „Quatsch-Regeln“



Gerhard Scheuch
„Maskenpflicht im Freien macht überhaupt keinen Sinn“, sagt einer der führenden Aerosolforscher Deutschlands. Politiker ignorieren den Hinweis



Gerd Antes gilt als ein Wegbereiter der evidenzbasierten Medizin in Deutschland. Er kritisiert, dass die Politik Maßnahmen beschließt, ohne die genaue Lage zu kennen

RKI-KITA-STUDIE

Der Lockdown macht krank, die Lockerungen aber auch

Im Sommer 2020 stieg die Zahl der Atemwegserkrankungen bei Kindern stärker an als im Jahr 2019

Dass der Corona-Pandemie-bedingte Lockdown nicht nur vor der Ansteckung mit dem SARS-CoV-2-Virus schützt, sondern auch krank macht, haben schon viele Untersuchungen gezeigt. Zuletzt berichtete die Professorin für Klinische Kinder- und Jugendpsychologie Silvia Schneider im Interview mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung über die psychischen Auswirkungen der Corona-Krise bei Kindern und Jugendlichen. „Wir gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der Kinder (von null bis drei Jahren) auf diesen Stress mit negativen Verhaltensänderungen reagiert“, so Schneider und weist auf den wichtigen Aspekt hin, dass die „psychische Befindlichkeit von Kindern

und Jugendlichen ... immer im Kontext mit der psychischen Befindlichkeit der Eltern gesehen werden“ muss.

Doch auch die Lockerung der Corona-Regeln nach einem langen Lockdown begünstigt bei vielen Kindern ein schwaches Immunsystem. Das konnte im Sommer 2020 in dem Hamburger Kinderkrankenhaus Wilhelmstift beobachtet werden. Nach Öffnung der Schulen wurden im August deutlich mehr Kinder zwischen sechs und neun Jahren mit einer Atemwegserkrankung stationär aufgenommen als im Vorjahr. In anderen Jahren gab es, nach Aussage einer Kinderkrankenschwester, Atemwegserkrankungen auf der Station, aber vorwiegend in

den Wintermonaten und nicht in dieser Altersstruktur. Der Verdacht liegt nahe, dass das Immunsystem der Kinder während des Lockdown nicht stark beansprucht wurde und mit der Mehrbelastung durch Viren und Bakterien nach der Schulöffnung überfordert war.

Diese Vermutung wird durch einen Blick auf die Statistik der Kita-Studie des Robert-Koch-Instituts (RKI) bezüglich der Inzidenz akuter respiratorischer Erkrankungen, die auf Werte der syndromischen Überwachung der Arbeitsgemeinschaft Influenza (AGI; influenza.rki.de) zurückgreift, bestärkt. Diese Statistik zeigt nach der Öffnung der Einrichtungen in der Kalenderwoche 32 einen starken

Anstieg der Inzidenz akuter respiratorischer Erkrankungen (ARE). Bei Kindern von null bis fünf Jahren stieg die Inzidenz um über 5000 Fälle pro 100.000 Einwohner. Die steilste Kurve ist bei Kindern von sechs bis zehn Jahren zu erkennen. Hier stieg der Wert innerhalb von drei Wochen von etwa 2500 auf knapp unter 10.000 pro 100.000 Einwohner. Vergleichswerte aus dem Jahr 2019 zeigen ebenfalls einen Anstieg nach den Sommerferien, aber die Kurve der Sechs- bis Zehnjährigen stieg nicht so steil an.

Während der Kalenderwochen 33 bis 36 gab es relativ konstant in etwas über zehn Prozent der Kitaeinrichtungen mindestens einen Verdachtsfall, allerdings

wurde nur höchstens in einem Prozent der Einrichtungen dieser als Sars-CoV-2-Infektionsfall bestätigt. Ein Anstieg der COVID-Fälle begann jedoch schon ab Kalenderwoche 28, also mit Beginn der Sommerferien. Die Kurven laufen somit nicht überein. Das RKI betont dennoch, dass die Ergebnisse es nicht zuließen, „von einem kausalen Zusammenhang zwischen Aufnahme des Regelbetriebes und dem Anstieg der ARE-Inzidenz bei den Null- bis Fünfjährigen zu schließen“.

Der Rat eines Hamburger Kinderarztes lautet: „Gehen Sie mit Ihren Kindern viel nach draußen; Bewegung an der frischen Luft und gesunde Ernährung sind die besten Mittel zur Immunstärkung.“ *CRS*

DATENLAGE

Nichts Genaues weiß man nicht

Zu den Ärgernissen der COVID-19-Pandemie gehört, dass wir bis heute wenig Detailkenntnisse über die Krankheit haben. Zwar aktualisiert das Robert-Koch-Institut täglich die Daten über die Neuinfizierten, die *an* beziehungsweise *mit* Corona Verstorbenen oder auch die aktuellen Inzidenzwerte.

Allein: Die Zahlen sagen in ihrer Gesamtheit kaum etwas über die tatsächliche Lage im Lande aus. So überraschte Anfang März RKI-Präsident Wieler die Öffentlichkeit mit dem Hinweis, dass ein Großteil der Corona-Patienten auf den Intensivstationen einen Migrationshintergrund hat – was den Schluss zulässt, dass viele Menschen in diesem Land von den Informationen der Gesundheitspolitik nicht erreicht werden.

Wohin die Nichterfassung detaillierter Informationen führt, erläuterte vor wenigen Tagen der Medizinstatistiker Gerd Antes. Im „heute journal“ des ZDF kritisierte er, dass die Politik in den letzten Monaten auf eine bessere Datengrundlage verzichtet habe. Man wisse bei Neuinfektionen weder, wo und wann sie geschähen, noch, wer am meisten betroffen sei. So seien weder die Arbeits- noch die Wohnverhältnisse der Infizierten miterfasst worden. Gäbe es diese Daten, würden sie wesentlich dabei helfen, zielgenauere Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu ergreifen.

Wie sehr exakte Daten notwendig sind, zeigte unlängst auch Karl Lauterbach. Der medial omnipräsente SPD-Gesundheitsexperte erklärte in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“, dass die Corona-Patienten auf den Intensivstationen „im Durchschnitt 47 bis 48 Jahre alt“ seien. Und weiter: „Die Hälfte von denen stirbt. Viele Kinder verlieren ihre Eltern.“ Das Problem nur: Eine Anfrage der FDP-Politikerin Judith Skudely an die Bundesregierung ergab, dass diese gar keine Kenntnis vom Durchschnittsalter der COVID-19-Patienten auf deutschen Intensivstationen hat – weil das Alter bislang gar nicht erfasst worden ist.

Es ist also nicht nur für die Entscheider relevant zu wissen, wie die Corona-Lage im Detail aussieht, sondern auch für die Bürger. *neh*

Die Armut eines reichen Kontinents

Seit Jahrzehnten gilt Afrika als Sorgenkind der Weltpolitik. Dabei ist der Kontinent reicher als oftmals dargestellt. Auch die Ursachen der Armut sind meist andere als die gemeinhin angenommenen. Viele Probleme der Afrikaner sind hausgemacht

VON JOSEF KRAUS

Afrika ist reich! Der „schwarze Kontinent“ verfügt über günstige Klimazonen und fast zwei Drittel der weltweit landwirtschaftlich nutzbaren Böden. Aus Afrika kommen mehr als 50 Prozent des Goldes, 90 Prozent des Kobalts, 50 Prozent der Phosphate, 60 Prozent des Kaffees. Afrika ist reich an Wasserkraftressourcen. Laut Weltbank würde allein die Wasserkraft des Kinshasa-Flusses ausreichen, um den gesamten Kontinent mit Strom zu versorgen. Ein anderer Fluss, der Kongo, hätte qua Wasserkraft Elektrizität für ganz West- und Zentralafrika; aber sie wird nur zu 2,5 Prozent genutzt.

Und Afrika ist riesengroß. Mit seinen 30,3 Millionen Quadratkilometern ist es dreimal so groß wie Europa, 85mal so groß wie Deutschland. In der Nord-Süd-Ausdehnung sind das 8.050 Kilometer und in der West-Ost-Ausdehnung 7.560 Kilometer. Das entspricht der Luftlinie Berlin-Peking.

Oft übersehen wird, dass in Afrika derzeit 1,3 Milliarden Menschen leben, also in etwa so viel wie in Indien oder in China. Zum Vergleich: Die Europäische Union hat 447 Millionen Einwohner. Deutschland hat 83,5 Millionen, Frankreich 67,5 Millionen. Wir wollen zudem nicht wahrhaben, wie Afrikas Bevölkerung explodiert. 1913 hatte Afrika rund 130 Millionen Bewohner. Damals entsprach das in etwa der Bevölkerung von Deutschland und Frankreich zusammen (120 Millionen). Nun prognostiziert die UN, dass sich die Bevölkerung Afrikas von aktuell 1,3 Mrd. bis 2050 auf 2,5 Milliarden und bis 2100 auf fast 4,5 Milliarden erhöhen wird. Das heißt: Afrika wächst jährlich um 40 Millionen Menschen, monatlich um 3,3 Millionen, wöchentlich um 770.000 und täglich um 110.000. Das ist einmal pro Monat Berlin; einmal wöchentlich Frankfurt; täglich in etwa Erlangen.

Größenwahnsinniges „Helfersyndrom“

Trotz des Reichtums an Bodenschätzen und trotz der dramatischen Bevölkerungsentwicklung pflegen viele Europäer in Bezug auf Afrika noch immer ein grenzenloses Helfersyndrom. Nach dem Motto „Afrika ist arm, weil wir reich sind“, soll ein Teil der Menschen Afrikas nach Europa kommen dürfen und der andere unter dem Schlagwort „Fluchtursachen bekämpfen“ dauerhaft mit Entwicklungshilfe versorgt werden.

Das Europäische Parlament (EP) möchte Afrika sogar am liebsten eingemeinden. Am 26. März 2019 verabschiedet das EP seine Entschließung „Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung“. Die Leitmedien berichten nichts davon, obwohl vom 23. bis 26. Mai 2019 die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfanden. Zufall? Erst neun Monate später wird die EP-Entschließung bekannt. Demnach sollen die EU-Mitgliedstaaten rassistische Voreingenommenheit in ihren Strafrechts-, Bildungs- und Sozialsystemen überwachen und entsprechend proaktive Maßnahmen ergreifen. Sie sollen die Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung in die Lehrpläne aufnehmen und dort die Themen Kolonialismus und Sklaverei umfassend darstellen. Der wohl brisanteste Punkt ist der 23.: Das EP „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsvorschriften und Verfahren dafür zu sorgen, dass Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber auf sicherem und legalem Wege in die EU einreisen können.“ Begründet werden all die 28 Maßnahmen mit der Behauptung, dass „Menschen afrikanischer Abstammung im Laufe der Geschichte erheblich zum Aufbau der europäischen Gesellschaft beigetragen“ hätten.

Die EU legte dann im September 2020 gleich einen Aktionsplan für die Jahre bis 2025



Natürlicher Reichtum, humane Katastrophe: Bergarbeiter in einer Coltan-Mine im Kongo

Foto: action press

vor. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will gar einen „Anti-Rassismus-Koordinator“ etablieren. Klingt alles gut. Doch als der Vorsitzende der Afrikanischen Union (AU), Moussa Faki Mahamat, Anfang 2020 Toleranz für die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen in 34 von 54 afrikanischen Ländern verlangt (in Mauretanien, im Sudan, in Teilen Nigerias und Somalias droht sogar die Todesstrafe, in arabischen Ländern ohnehin), meinte die Kommissionspräsidentin, die EU werde die Unterschiede deutlich machen, aber auch akzeptieren (sic!): „Wir versuchen zu überzeugen, aber wir erkennen an, dass es unterschiedliche Positionen gibt.“ Hier werden Kultursensibilität und Toleranz zur Farce.

Nicht der Kolonialismus ist schuld

Bis hinein in die expandierende Kolonialismus-Forschung wird das Narrativ gepflegt, die Ursache des afrikanischen Elends sei der Kolonialismus! Wohlgemerkt ausschließlich der westliche! Damit aber wird der Blick dafür verstellt, dass die Ursachen des Rückstands zumeist in Afrika selbst zu suchen sind. So wurden nach dem Ende des Kolonialismus oftmals lediglich die weißen Herren durch schwarze Kolonialherren ersetzt. Folge: 1960 betrug der Anteil Afrikas am Weltmarkt (ohne Südafrika) 9 Prozent, heute sind es 1,6 Prozent. Nigeria etwa gehörte vor 25 Jahren zu den 48 reichsten Ländern der Welt; heute zu den 25 ärmsten.

Prominente Afrikaner wie der 1945 in Guinea geborene Robert Kardinal Sarah urteilen denn auch weitaus differenzierter als viele Europäer und erinnern etwa an die kulturellen Leistungen durch die christliche Mission: „Die Kolonisatoren brachten viele lebendige, durch das Christentum geadelte Traditionen ihrer Vorfahren mit. Ihre Auffassung von der Würde des Menschen, seinen Rechten und Werten war etwas absolut Neues ... Ich bekenne mich gerne dazu, Kind einer konstruktiven Kolonisation zu sein“ (Buchtitel: „Herr, bleibe bei uns!“ Kisslegg, 2019).

Man will auch nicht wahrhaben, dass der Anteil der muslimischen Welt an der Sklaverei den der westlichen erheblich übertraf. Egon Flaig ist einer, der die historischen Fak-

ten aufdeckt und dazu das Standardwerk „Weltgeschichte der Sklaverei“ geschrieben hat. Darin heißt es: „Als die Muslime ihr Weltreich eroberten, errichteten sie das größte und langlebigste sklavistische System der Weltgeschichte ... Es wurden weit mehr subsaharische Afrikaner in die Kernländer des Islam verschleppt als über den Atlantik in die europäischen Kolonien, mindestens 17 Mio gegen 12 Mio Insgesamt ergibt das mehr als 53 Millionen versklavte Menschen im Laufe von 1300 Jahren ... Völkerrechtlich verboten wurde die Sklaverei in der Berliner Kongo-Akte von 1885 und durch die Antisklaverei-Akte der Brüsseler Konferenz (1889/90) ... Ohnehin wehrten sich insbesondere die islamischen Eliten heftig und kriegerisch gegen die Zumutung, ohne Sklaven auszukommen.“ Und noch heute werden nach Schätzungen der UNO jedes Jahr etwa 200.000 Kinderklaven verschachert. Meist sind sie Eigentum reicher muslimischer Familien.

Nicht zu vergessen: Die mächtigste aktuelle Kolonialmacht in Afrika ist China. China baut dort Fabriken, Häfen, Flughäfen, Staudämme, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Eisenbahnlinien (etwa von Mombasa nach Nairobi), rüstet afrikanische Armeen aus. Allein in Luanda (Angola) ist China mit 150.000 bis 200.000 Arbeitern präsent; alle haben zugleich eine vormilitärische Ausbildung hinter sich. Alles selbstlos? Nein, China bekommt dafür privilegierten Zugang zu Rohstoffen.

„Afrikas Heilung muss aus dem Inneren kommen“

Einer, der den gigantischen Komplex der Entwicklungshilfe auf den Seziertisch legt, ist Volker Seitz. Soeben erschien sein Klassiker „Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann“ in aktualisierter Neuausgabe. Seitz ist ein Mann mit besten Afrikanerkenntnissen. Er war bis 2008 insgesamt 17 Jahre lang im diplomatischen Dienst in verschiedenen afrikanischen Ländern tätig, zuletzt als Botschafter in Kamerun.

Auf 300 Seiten zerpfückt Seitz die Verirrungen der Entwicklungshilfepolitik. Geld sei immer eher zu viel als zu wenig dagewesen, schreibt er. Die seit 1960 nach Afrika geflosse-

Trotz des Reichtums an Bodenschätzen und trotz der dramatischen Bevölkerungsentwicklung pflegen viele Europäer in Bezug auf Afrika noch immer ein grenzenloses Helfersyndrom

nen rund zwei Billionen Dollar hätten kaum Verbesserungen gebracht. Den Grund sieht Seitz darin, dass die Hilfe zu wenig Hilfe zur Selbsthilfe gewesen sei und dass Gelder in Länder geflossen seien, die diese Gelder nicht brauchten. Etwa Angola, ein Land, das reich an Öl ist. Vor allem sieht Seitz kleptokratische Herrscher am Werk. Man könne davon ausgehen, dass 40 Prozent der Staatseinnahmen der Korruption zum Opfer fallen. Wörtlich schreibt Seitz: „Die afrikanischen Eliten sind Weltmeister im Champagnertrinken, ihre Autokorsos zeichnen sich durch eine erstaunliche Mercedesdichte aus ...“ Aber sie sind schnell bei der Hand, wenn man ihnen auf die Schliche kommt, dann kontern sie mit dem Totschlagargument „Das ist Rassismus“.

Gefördert wird dieses System dadurch, dass viele Milliarden als „Budgethilfe“ in afrikanische Länder gehen, das heißt als zweckfreie Einspeisung in die Etats der Länder. Oft werden dann Abermillionen für Waffenkäufe statt für Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung ausgegeben. Oder für aufgeblähte Regierungsapparate, etwa für 65 Minister in Kamerun und für 75 in Ghana bei jeweils weniger als 30 Millionen Einwohnern. Zugleich wird die Bevölkerung gezielt armgehalten, weil sonst die Gelder von außen versiegen.

Riesige Probleme sieht Seitz in den intransparenten Strukturen der „Helferindustrie“, die Katastrophen-Marketing betreibt und selber davon profitiert. Ärgerlich sei zudem deren endloser Konferenz-, Workshop- und Reisezirkus. Seitz nimmt die UNO nicht aus: „Längst ist die UNO ein Teil des Entwicklungsproblems.“ Die UNO betreibe nämlich ABM-Maßnahmen für 23 UNO-Spezialorganisationen: UNDP, UNICEF, UNHCR, WHO, UNCTAD, UNIDO, UNIDI, UNEP, UNOPS, UNESCO, UNIEM, ILO, FAO, WFP usw.

Ineffektive Entwicklungshelfer

An einer transparenten Evaluation sei man nicht interessiert, so Seitz, weil man sonst zur Kenntnis nehmen müsste, dass meist nur eines von fünf Projekten nach dem Ende der Hilfe überlebt. Zugleich hält man die Höhe der Ausgaben für Entwicklungshilfe bereits für einen Beweis von Erfolg. Die schwachen Resultate werden jedoch ausgeblendet.

Politik und Kirchen scheinen denn auch den Anspruch des Bekämpfens der Fluchtursachen aufgegeben zu haben, um jetzt auf Umsiedlungspolitik zu setzen oder zumindest zu glauben, mit Shuttle-Schiffen zur Rettung von Armutsflüchtlingen aus dem Mittelmeer würde man Afrika helfen. Nein, mit dieser Art von „Menschenhandel“ wird mittlerweile ebenso viel Geld verdient wie mit Drogenhandel. Aber gutmenschlich sieht man in der Abwanderung ein Ventil, ohne sich freilich der demographischen Dimensionen bewusst sein zu wollen.

Noch einmal zu Seitz: Der Ex-Botschafter bleibt nicht bei der Analyse stehen, sondern er nennt zwei Dutzend gelungene Beispiele von Entwicklungshilfe (etwa in Botswana und Ruanda). Vor allem nennt Seitz Bedingungen, an die eine zukünftige Förderung von außen zu binden sei: Investitionen ins Bildungswesen, Etablierung von Rechtsstaatlichkeit und Eigentumsrechten, Ausbau der Infrastruktur, Ausbau des Gesundheitswesens, stabile Versorgung mit Wasser und Elektrizität. Maßnahmen der Geburtenkontrolle qua Bildung muss man hinzufügen. Überhaupt sieht Seitz die afrikanischen Frauen als entscheidende Größe an. Er nennt sie die „Perlen Afrikas“, weil sie ihre Familien unter oft miserabelsten Bedingungen über die Runden bringen.

Seitz rührt schließlich auch an ein Tabu: Er fordert die Beendigung der Parallelstrukturen von Auswärtigem Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese beiden Ministerien arbeiten vor Ort nämlich zu oft aneinander vorbei. Frankreich und Großbritannien haben daraus Konsequenzen gezogen und beide Ministerien vereinigt.

● MELDUNGEN

Konfirmanden nachgespürt

Oldenburg – Das Kreisordnungsamt Oldenburg hat zahlreiche evangelische, katholische und freikirchliche Gemeinden angeschrieben, um die Namen und Adressen der diesjährigen Konfirmanden in Erfahrung zu bringen. Als Grund für die Aktion nannte die Behördenchefin Sonnhild Lindemann im Interview mit der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ „Anhaltspunkte dafür, dass etliche Familien nicht bereit sind, die Corona-Verordnungen einzuhalten“, und verbotene Feiern planen. Inwieweit die Kirchen dem Ansinnen nachgekommen sind, ließ sie offen. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die Weitergabe der gewünschten Informationen jedenfalls untersagt. Das Ordnungsamt kann seine Bediensteten aber trotzdem auf die Jagd schicken, wenn es einfach die im Internet oder per Gemeindebrief veröffentlichten und somit frei zugänglichen Angaben über Konfirmanden auswertet. **W.K.**

Polizei arbeitet mit Gotham

Berlin – Die Polizei in Hessen und Nordrhein-Westfalen arbeitet mit der umstrittenen Software Gotham. Dabei handelt es sich um ein Produkt der Firma Palantir Technologies, zu deren Kunden und Finanziers US-amerikanische Geheimdienste wie die CIA gehören. Gotham, benannt nach der dystopischen Stadt Gotham City, erlaubt der Polizei umfassende datenbankübergreifende Analysen und Recherchen, also quasi eine digitale Rasterfahndung. Da es dafür in der Bundesrepublik keine Rechtsgrundlage gibt, ist die Verwendung des 14 Millionen Euro teuren Bespitzelungsprogramms rechtswidrig. Darauf wiesen jetzt die nordrhein-westfälische Landesdatenschutzbeauftragte Helga Block und die Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten hin. **W.K.**

Fünf Millionen Muslime

Berlin – Eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass zwischen 5,3 und 5,6 Millionen Muslime in Deutschland leben. Das ist ein Bevölkerungsanteil zwischen 6,4 und 6,7 Prozent. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind in den vergangenen sechs Jahren rund 900.000 Angehörige des muslimischen Glaubens mit Migrationshintergrund neu hinzugekommen. Überdurchschnittlich hat die Zahl der Muslime aus dem Nahen und Mittleren Osten zugenommen, sodass die türkischstämmigen Muslime zwar mit 45 Prozent noch die absolut größte Herkunftsgruppe bildet. Mittlerweile leben aber 1,5 Millionen Zuwanderer aus arabischen Ländern in Deutschland. Laut der Studie sind die Menschen mit Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Ländern meist religiöser als diejenigen ohne einen solchen. Der Anteil der Gläubigen beträgt laut Studie 82 Prozent, wobei Frauen tendenziell gläubiger seien als Männer. Ein Problem stellen laut Innenstaatssekretär Markus Kerber die islamischen Verbände dar, vertreten sie doch nur 25 Prozent der in der Bundesrepublik lebenden Muslime. **MRK**



Hat die Verteidigung des Weimarer Amtsrichters Christian Dettmer übernommen: Hamburgs Staranwalt Gerhard Strate

THÜRINGEN

Gerhard Strate: „Ein skandalträchtiges Vorgehen“

Ein Weimarer Familienrichter und Kritiker der Corona-Maßnahmen sieht sich Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft ausgesetzt

VON PETER ENTINGER

Vor knapp einem Monat, am 8. April dieses Jahres, hat der Amtsrichter aus dem thüringischen Weimar, Christian Dettmer, mit einem richterlichen Beschluss an zwei Weimarer Schulen Masken- und Testpflicht, Abstandsregeln und Homeschooling untersagt. Kritiker der Corona-Maßnahmen sahen einen Dammbbruch.

Doch die Freude währte nur kurz. Die nächsthöhere Instanz kassierte das Urteil. Gegen den Familienrichter gingen mehrere Strafanzeigen wegen des Verdachts der Rechtsbeugung, also der vorsätzlich falschen Anwendung des Rechts, ein. Und

gegen den Beamten läuft ein Verfahren wegen des Verdachts der Rechtsbeugung. „Die Rechtsbeugung soll darin bestanden haben, dass Herr Dettmar sich eine Kompetenz angemäht habe, die ihm eigentlich nicht zukommt. Das Familiengericht hätte so eine Anordnung gegenüber der Schulleitung, dass keine Masken getragen werden sollen, nicht treffen dürfen. Das sei allein Sache des Verwaltungsgerichts“, erklärte Dettmers Verteidiger, der prominente Hamburger Rechtsanwalt Gerhard Strate.

„Eine reine Ausforschung“

In Thüringen gibt es Gerüchte, der Fall von zwei Schülern, die gesundheitliche

Probleme durch das Tragen der Schutzmasken davongetragen hätten, sei Dettmer gezielt zugespielt worden. „Das ist Nonsense“, sagte dessen Anwalt und wies auch Behauptungen zurück, der Richter habe Kontakte in die Querdenker-Szene.

Doch wohl nur mit diesen Gerüchten sind die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft zu erklären. Denn dass ein Richter eine Rechtsvorschrift falsch auslegt, kommt vor. Auch dass eine höhere Instanz ein Urteil kassiert, ist keine Seltenheit. Doch die Tatsache, dass die Ermittler Laptop und Mobiltelefon des Beschuldigten beschlagnahmten, wirft Fragen auf.

„Es kann ja nur darum gehen, zu erfahren, was Herr Dettmar für Kontakte

hat. Welche Art von Kontakten die Staatsanwaltschaft auf den Datenträgern vermutet, was da von Interesse sein sollte, kann ich mir beim besten Willen nicht erklären“, glaubt Strate, der deutliche Worte für die Aktion gegen seinen Mandanten fand: „Es ist auf jeden Fall ein skandalträchtiges Vorgehen. Es ist ein unmittelbarer Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit. Der Richter hat lediglich eine andere Rechtsposition vertreten als das Verwaltungsgericht wenig später eingenommen hat – das macht ihn aber nicht zum Rechtsbeuger. Das anzunehmen, ist schon ein gewisser Irrsinn. Der zu Corona-Zeiten aber immer mehr um sich zu greifen scheint.“

„Das ist rechtswidrig“

Thüringens Justizminister Dirk Adams von den Grünen gab sich zunächst gelassen. „Über einen Beschluss wie in diesem Fall wird im Rahmen des Rechtswegs nach ganz formalen ordentlichen Verfahren entschieden, ob er Bestand hat, ob er zurücküberwiesen wird oder ob er aufgehoben wird.“ Niemand müsse sich sorgen, dass das Urteil überschnell aufgehoben werde, sagt Adams. Das sei ein gewöhnlicher Vorgang. Was die Anzeigen gegen den Richter betreffe, betonte der Minister die Unschuldsvermutung.

Gleichwohl scheint es, als habe Adams Weisung erteilt, Ermittlungen gegen den Richter aufzunehmen und dies just zu dem Zeitpunkt, zu dem regionale Medien darüber spekulierten, die Klägerin habe sich den Richter bewusst ausgesucht.

„Richter Dettmars Überlegung, dass er als Familienrichter in Kindschaftsachen durchaus auch ermächtigt ist, eine derartige Anordnung zu treffen, ist absolut vertretbar. Weil es dem Gesetzeswortlaut nicht widerspricht“, meint Strate.

Die Staatsanwaltschaft sieht dies anders. „Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass der Beschuldigte willkürlich seine Zuständigkeit angenommen hat, obwohl es sich um eine verwaltungsrechtliche Angelegenheit handelte, für die ausschließlich der Verwaltungsrechtsweg eröffnet ist“, teilte sie auf Nachfrage mit.

Adams will sich zu den aktuellen Vorgängen nicht äußern. Die richterliche Unabhängigkeit, aber auch die Möglichkeit, Entscheidungen überprüfen zu lassen, seien ein hohes Gut, betonte er. „Deshalb gibt es keine Kommentierung eines Gerichtsbeschlusses oder -urteils durch die Landesregierung.“

Für Dettmer ist die Rufschädigung enorm. Schon wird über eine Versetzung spekuliert. Dass juristisch etwas hängen bleiben werde, daran glaubt Strate nicht: „Ich bin mir ziemlich sicher, dass das Verfahren alsbald eingestellt wird. Die Aktion ist eine reine Ausforschung, welche persönlichen Hintergründe der Richter hat. Und das ist rechtswidrig.“

GRÜNE

„Einladende Zuwanderungspolitik“

Die von Baerbock propagierte Immigrationspolitik könnte zum Kollaps der Sozialsysteme führen

Bereits in ihrem Wahlprogramm vom vergangenen November hatten die Grünen erleichterte Einreisen für Asylsucher nach Europa gefordert. Das Wahlrecht für Ausländer soll ausgeweitet und die deutsche Staatsangehörigkeit großzügiger vergeben werden, selbst wenn dazu das Grundgesetz geändert werden muss. Anstatt einer Begrenzung der Zuwanderung fordern die Grünen mehr Zuwanderung von Arbeitnehmern, Asylsuchenden und nachziehenden Angehörigen, weniger Abschiebungen sowie schnellere Gleichstellung und Einbürgerung der Ankömmlinge. Die Einwanderungsgesellschaft soll in Zukunft noch pluraler, „vielfältiger“, „bunter“ sein, als sie es bereits heute ist. Ob die Gesellschaft

das will oder verträgt und ob sie dies alles bezahlen kann, diese Frage wird nicht beantwortet, ja nicht einmal gestellt.

Die Vision einer Multikulti-Gesellschaft gehört zu den Grundfesten der Öko-Partei wie die Klimapolitik. Annalena Baerbock sprach in ihrer Antrittsrede als Kanzlerkandidatin von einer „einladenden Zuwanderungspolitik“. Was sie genau darunter versteht, sagte sie zwar nicht, aber im grünen Wahlprogramm heißt es, dass man ein „modernes Einwanderungsrecht, das neue Zugangswege nach Deutschland schafft“, will. Nach dem Willen der Grünen soll es für „gering- und unqualifizierte“ Einwanderer noch leichter werden, nach Deutschland zu kommen. Finanziert wer-

den soll die „einladende Zuwanderungspolitik“ mit 50 Milliarden Euro jährlich, die durch eine Erhöhung der Kreditaufnahme und der Steuern gewonnen werden sollen.

Schon jetzt herrscht Frust in den Job-Centern bei der Gewährung von Hartz IV, weil das von der rot-grünen Schroeder-Regierung geschaffene System von „Fordern und Fördern“ auf Immigranten kaum noch eine abschreckende Wirkung hat. Von Einheimischen, darunter auch viele Alt-Ausländer, wird gefordert, dass nur Immigranten mit Schutzstatus gefördert werden. Während Einheimische, die nach vielen Jahren als Steuer- und Beitragszahler in Not geraten sind, keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben, solange sie als ver-

mögend gelten, haben Immigranten in den deutschen Sozialsystemen von Anfang an langfristige Ansprüche auf Leistungen, ohne jemals eingezahlt zu haben. Von einer Versicherten-Solidargemeinschaft, wie einst geplant, kann keine Rede mehr sein. Selbst abgelehnte Asylbewerber bekommen, solange ein Abschiebehindernis besteht, Unterhalt und Unterkunft gestellt.

Das zieht besonders kinderreiche Familien an, da hier die Alimentierung noch höher ist, so hoch, dass Paare mit mehr als drei Kindern schon zu den Spitzenverdienern gehören müssten, um über die Regelbedarfssätze von Hartz IV zu kommen. **Bodo Bost**

TESLA

Schwarze Zahlen übertünchen Probleme

Mit Autos verdient Elon Musk immer noch kein Geld – Kritik an Giga-Fabrik bei Berlin nimmt zu

VON NORMAN HANERT

Nachdem der E-Autobauer Tesla im ersten Quartal 2020 nur einen zweistelligen Millionen-Gewinn ausweisen konnte, präsentierte das amerikanische Unternehmen in diesem Jahr für das erste Geschäftsquartal immerhin einen Nettogewinn von 438 Millionen US-Dollar.

Trotz des guten Ergebnisses strafte Anleger das Unternehmen ab. Und trotz Rekordgewinns verlor der Aktienkurs zunächst einmal zwei Prozent. Für die Reaktion der Investoren lassen sich mehrere Gründe finden: Teslas Gewinn beruht erneut sehr stark auf Nebeneinkünften, die mit dem eigentlichen Kerngeschäft, dem Bau von E-Autos, nicht unbedingt etwas zu tun haben.

Der Autobauer nahm im ersten Quartal allein im Handel mit Abgaszertifikaten 518 Millionen Dollar ein. Mehr als 100 Millionen Dollar brachte zudem ein Kursgewinn der Digitalwährung Bitcoin in die Kasse. Mit den hohen Nebeneinkünften und guten Verkaufszahlen in China drängt sich die Frage auf, warum bei Tesla unterm Strich nicht noch viel mehr Gewinn übrig geblieben ist. Aus Sicht von Frank Schwope, Analyst bei der Norddeutschen Landesbank, lautet die Antwort: „Im Grunde verdient Tesla mit dem Verkauf von Autos immer noch kein Geld.“

In China zunehmend unter Druck

Verdauen mussten Aktionäre dazu auch noch weitere schlechte Nachrichten aus Teslas eigentlichem Kerngeschäft: Die chinesische „Global Times“, Ableger des kommunistischen Parteiblatts „Renmin Ribao“, prognostizierte dem Autobauer einen scharfen Einbruch der Verkaufszahlen in China. Die Parteizeitung wies dabei auf den Unfall eines Tesla-Fahrzeugs in Zentralchina hin, bei dem die Bremsen des Fahrzeugs versagt haben sollen.

Außer auf Qualitätsprobleme ging das Blatt auch auf die Öffentlichkeitsarbeit von Tesla in der Volksrepublik ein. Das Unternehmen war bereits durch einen Zwischenfall auf der Shanghaier Automesse im April unter Druck geraten. Eine Chinesin war dabei auf ein Model 3 von Tesla gestiegen und hatte lautstark Bremsversagen beklagt. In der Folge kritisierten andere Kunden weitere Mängel an



Von einem Projekt zum nächsten: Tesla-Chef Musk bei der Vorstellung seines Raumfahrtprogramms Ende 2020 in Berlin Foto: pa

Tesla-Fahrzeugen. Dass gleich mehrere Staatsmedien „Respekt vor den chinesischen Verbrauchern“ anmahnten, deutet darauf hin, dass die Zeiten für Tesla im Reich der Mitte schwieriger werden. Im Hintergrund könnte dabei eine Rolle spielen, dass inzwischen auch chinesische Firmen wie Nio, XPeng und Geely immer mehr Elektroauto-Modelle auf den Markt bringen und damit zu direkten Konkurrenten von Tesla aufsteigen.

Eröffnung verzögert sich

Damit nicht genug: Fast zeitgleich mit der Meldung eines Quartalsgewinn verdichteten sich Hinweise auf Probleme beim Bau von Teslas vierter Gigafabrik im brandenburgischen Grünheide. Der Zeitplan von Konzernchef Elon Musk sah ursprünglich vor, in dem Werk bereits im kommenden Juli die Produktion anlaufen zu lassen. Wie die „Automobilwoche“ unter Berufung auf Unternehmenskreise berichtet, kalkuliert Musk nun mit einem halben Jahr an zusätzlicher Zeit bis zur Eröffnung.

Verantwortlich für die Verzögerung ist das Unternehmen selbst. Tesla will nach Angaben des brandenburgischen Umweltministeriums seinen Genehmigungsantrag nochmals ändern.

Zweifel an „Job-Maschine“

Statt in einem gesonderten Bauantrag will der Autobauer, dass der bereits eingereichte Antrag auch die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur Batteriezellherstellung umfasst. Das Umweltministerium in Potsdam geht vor diesem Hintergrund davon aus, dass je nach Umfang der Antragsänderung eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit notwendig wird: „Dies beinhaltet eine erneute Bekanntmachung und Auslegung der Unterlagen sowie die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben“, so das Ministerium.

Tesla kann sich bei seinem Projekt im Land Brandenburg kaum über ein Übermaß an Bürokratie beklagen. Der Bau des umfangreichen Werkes ist weit fortgeschritten, obwohl eine endgültige Um-

weltgenehmigung für das Projekt noch gar nicht vorliegt. Möglich ist dies, weil Tesla beim Bau auf vorläufige Zulassungen zurückgreifen kann.

Bei einer Kontrolle am 25. März hatte die Untere Wasserbehörde des Landkreises allerdings festgestellt, dass auf der Baustelle Untergrundleitungen verlegt wurden, für die nicht einmal eine vorläufige Zulassung vorlag. Laut Berichten des ZDF-Magazins „Frontal 21“ und des Online-Portals „Business Insider“ soll es sich sogar um Abwasserrohre gehandelt haben, die in einem Trinkwasserschutzgebiet ohne Genehmigung verlegt wurden.

Obendrein erhielt auch Teslas Ruf als „Jobmaschine“ für die Region Berlin-Brandenburg einen Kratzer: Nach den Recherchen von „Business Insider“ und „Frontal 21“ beschäftigt Tesla auf seiner Baustelle in Grünheide Hunderte polnische Bauarbeiter, die in Zwölf- bis 14-Stunden-Schichten für weniger als den deutschen Mindestlohn arbeiten.

LINKSEXTREMISTEN

„Dumper Wille zur Gewalt“

1. Mai: Nach anfänglicher Verharmlosung gibt sich auch SPD-Innensenator Geisel „fassungslos“

Bereits in den Abendstunden des 1. Mai ging Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) mit einer „Zwischenbilanz“ des Maifeiertags an die Öffentlichkeit. Zu einem Zeitpunkt, als die berüchtigte „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ der linksextremen Szene in Neukölln noch im Gange war, sagte Geisel, es sei „ein im Wesentlichen friedlicher Tag gewesen“. Am Folgetag sprach der Senator dagegen von einem „dumpfen Willen zur Gewalt“ und beklagte eine hohe Anzahl von verletzten Polizeibeamten, die ihn „fassungslos“ mache.

Nach Angaben der Innenverwaltung sind am 1. Mai in Berlin mindestens 93 Polizisten verletzt worden. Die Zahl der Festnahmen wird mit 354 angegeben. Geisel bescheinigte Berlins Polizei zwar, auf Konfrontationen vorbereitet gewesen zu

sein. Tatsächlich war die Lage bei der „Revolutionären 1. Mai-Demo“ aber so stark eskaliert wie seit Jahren nicht mehr.

Auch hier keine Mindestabstände

Laut „Tagesspiegel“ hatte die Polizei die Lage zeitweise nicht mehr im Griff. Im Stadtteil Neukölln hatten sich zunächst 5000 Anhänger der linksextremen Szene versammelt, um von dort nach Kreuzberg zu ziehen.

Bereits der Start des Demonstrationzugs verzögerte sich, weil Corona-Mindestabstände nicht eingehalten wurden. Bereits zu diesem Zeitpunkt zündeten Demonstranten Nebeltöpfe und bewarfen Einsatzkräfte mit Böllern. Vollends eskalierte die Lage, als die Polizei den schwarzen Block nach nur 500 Metern auf der

Sonnenallee wegen Verstoßes gegen die Corona-Regeln stoppte, um ihn vom Demonstrationzug auszuschließen. Bislang war die linksextreme Szene dadurch aufgefallen, dass sie Corona-Regeln eingehalten hatte, um sich gegen Querdenker und „Corona-Leugner“ abzugrenzen.

Medien verniedlichen „Enteigner“

Nach dem Stopp artete die Situation aus: Aus dem Demonstrationzug flogen Flaschen und Steine auf Beamte. Auf der Sonnenallee steckten linke Randalierer Haufen aus Papiercontainern und Holzpaletten in Brand. Neben der „Revolutionären 1. Mai-Demo“ scheint sich am Maifeiertag auch eine Demonstration in Berlins Nobelviertel Grunewald als fester „antikapitalistischer“ Protesttermin zu

etablieren. Aufgerufen zu einer Fahrraddemo hatte ein „autonomes Quartiersmanagement Grunewald“. Nach Polizeiangaben nahmen in diesem Jahr immerhin etwa 10.000 Personen an der Demonstration teil.

Ein Großteil der Hauptstadtmedien betonte den friedlichen Verlauf dieses „Enteignungsmarsches“ durch das Stadtviertel. Auffällig oft wiesen Kommentatoren auch auf den „bunten“ und „satirischen“ Charakter des Protestes hin. Geschichtsbewusste Beobachter werden Parolen wie „Villenbesitzer abholen“ oder „Wir enteignen euch alle!“ allerdings weniger als Satire denn als ernst zu nehmende Drohung wahrnehmen. Die Verharmlosung durch Medien verstärkt dabei das ungute Gefühl nur noch. N.H.

KOLUMNE

Unehrliche SPD

VON THEO MAASS

Der Abgrund, der sich zwischen der Beschlusslage der Berliner SPD einerseits und den Verlautbarungen der führenden Repräsentanten der Berliner Sozialdemokratie andererseits auftut, wird immer größer. Im Brennpunkt stehen ausreisepflichtige Afghanen, die immer noch in der Spree-Metropole weilen.

Der SPD-Landesparteitag befand, dass selbst sogenannte Gefährder und Straftäter nicht nach Afghanistan abgeschoben werden „dürfen“. Das Land sei genauso gefährlich wie Syrien. Dorthin schiebt Berlin auch keine abgelehnten Asylbewerber ab. Innensenator Andreas Geisel (SPD) erklärte demgegenüber publikumswirksam, er wolle weiterhin Gefährder abschieben. Die SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey assistiert: „Schutz vor Gewalt und Übergriffen, das ist unser Alleinstellungsmerkmal.“ Der Konflikt zwischen Parteibasis und Führung ist aber letztlich nur ein Schaulaufen, denn Berlin beherbergt mittlerweile 1500 ausreisepflichtige Afghanen.

Geisels Sprecher: „Der Innensenator trifft diese Einzelfallentscheidung immer zur Abwehr von Gefahren für die Menschen in unserer Stadt.“ Als vor Kurzem ein verurteilter afghanischer Straftäter (21 Jahre alt mit bereits 71 Anzeigen) abgeschoben wurde, tobte bei Rot-Rot-Grün deswegen sogar eine Regierungskrise.

Das ist unehrlich. Wieder einmal versucht die SPD so zu tun, als trage sie gar nicht die Verantwortung für die Politik im Lande Berlin. In der Verkehrspolitik geschieht das in jüngster Zeit besonders plakativ. Nun versucht der Innensenator den Eindruck zu erwecken, mit der SPD wäre eine verantwortungsbewusste und konsequente Asylpolitik möglich. Dabei haben die Sozialdemokraten Ende 2016 die Entscheidung getroffen, trotz deren bekannten Positionen zu Abschiebungen mit Linkspartei und Grünen zu koalieren, obwohl auch Rot-Schwarz-Gelb eine Mehrheit gehabt hätte.

MELDUNG

„Autofrei“ ruft Unterstützer

Berlin – Neben dem Volksbegehren zur Enteignung von Wohnungsunternehmen beginnt in Berlin nun ein weiteres, dem grün-linken Milieu zuzurechnendes Volksbegehren: diesmal zum Thema „Autofreies Berlin“. Die Aktivisten haben rund sechs Monate Zeit, um in der ersten Stufe des Begehrens 20.000 Unterschriften zu sammeln. Erfahrungsgemäß finden sich für fast jedes Anliegen genügend Unterstützer, um diese Hürde zu nehmen. Begehren für den Nichtrauchererschutz und gegen den Transrapid schafften dies auch. Die zweite Stufe jedoch, den Volksentscheid, der dann rund 175.000 gültige Unterschriften von in Berlin Wahlberechtigten erfordert, erreichen nur wenige. Sechsmal kam es in Berlin auch zu einem Volksentscheid, lediglich drei waren letztendlich erfolgreich. Die Initiative „Autofreies Berlin“ will „die Umweltzone von nicht notwendigem Autoverkehr befreien“. Als nicht notwendig sieht die Initiative fast alle Autofahrten an. F.B.

MELDUNGEN

MI6 jagt „Klimasünder“

London – Der 1909 gegründete legendäre britische Auslandsgeheimdienst Secret Intelligence Service (SIS), besser bekannt als MI6, soll laut seinem seit vergangenen Herbst amtierenden Chef Richard Moore künftig weltweit „Klimasünder“ jagen. In einem Interview mit dem Sender Times Radio erklärte der Chief of the SIS: „Wo Menschen im Klimaschutzbereich Verpflichtungen eingehen, ist es ... unsere Aufgabe sicherzustellen, dass das, was sie tun, auch wirklich das ist, wozu sie sich verpflichtet haben.“ Dabei hat er weniger kleine Kohlendioxid-Schleudern im Privatbereich im Auge, denn Staaten und große Unternehmen. Hier gelte für den Geheimdienst nun der glasklare Grundsatz: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ W.K.

Moskau plant Raumstation

Moskau – Der Vertrag zur Zusammenarbeit mit Russland auf der Internationalen Raumstation (ISS) läuft noch bis zum Jahr 2024. Ab 2025 beabsichtigt das Land, aus dem internationalen Projekt auszusteigen. Laut Roskosmos-Chef Dmitrij Rogosin liegt der Grund vor allem am technischen Zustand der mehr als 20 Jahre alten Raumstation. Rund 80 Prozent der Ausrüstung allein im russischen Segment seien bereits veraltet. Darüber hinaus arbeite Russland bereits am Bau einer eigenen Raumstation. Da Präsident Wladimir Putin angekündigt hatte, die nationale Raumfahrt weiter voranzubringen zu wollen, könne die russische Raumfahrtstation bereits 2030 in die Umlaufbahn gebracht werden, wenn alles planmäßig verläuft. Der russische Alleingang bedeute allerdings nicht das Aus für die ISS, da mit der NASA an einer Zusammenarbeit auf „kommerzieller Grundlage“ verhandelt werde. Um Kosten einzusparen, soll die russische Station nicht dauerhaft bewohnt werden. MRK

Biden beugt sich der Kritik

Washington – Nachdem sich US-Präsident Joe Biden bezüglich der Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen härtscher Kritik seitens des linken Flügels seiner Partei ausgesetzt gesehen hatte, gab er nach und sagte, dass nun statt der „historisch niedrigen“ Obergrenze von 15.000 bis Ende September 62.500 Flüchtlinge aufgenommen werden sollen. Mitte April hatte die Regierung lediglich eine Änderung der Herkunftskriterien für die noch durch Donald Trump festgelegte Obergrenze von 15.000 Flüchtlingen in Aussicht gestellt. Das hatte nicht nur zu einem Sturm der Kritik von Menschenrechtsorganisationen geführt, sondern auch Abgeordnete der Demokraten warfen ihm vor, die „rassistische und fremdenfeindliche“ Politik seines Vorgängers fortzusetzen. Das Weiße Haus kündigte an, noch in diesem Monat eine neue Obergrenze festzulegen. Ob die angestrebte von 62.500 Zuwanderern bis Herbst jedoch erreicht werden könne, stehe noch nicht fest. Im kommenden Jahr soll die Obergrenze auf 125.000 Flüchtlinge erhöht werden, damit Flüchtlingen weltweit geholfen werden könne, so Biden. MRK



Will Frankreichs nächster Präsident werden: Der grüne Bürgermeister von Grenoble, Éric Piolle (M.)

Foto: Sylvia Fredriksson

KOMMUNALPOLITIK

Vorgeschmack auf einen Regierungschef der Grünen

Viele Großstädte in Frankreich haben bereits grüne Bürgermeister – und tiefgreifende Erfahrungen mit diesen sammeln können

VON WOLFGANG KAUFMANN

In Frankreich kamen als Folge der dortigen Kommunalwahlen vom Frühjahr vergangenen Jahres in vielen Großstädten grüne Bürgermeister ins Amt. Einer von ihnen ist Grégory Doucet, der seitdem die Geschicke von Lyon lenkt. Der 1973 in Paris geborene Grüne versucht um jeden Preis, den Autoverkehr aus der drittgrößten Stadt Frankreichs zu verbannen, und spricht sich gegen mehr Polizeipräsenz in den Problemvierteln aus, in denen regelmäßig Unruhen

aufflammen. Allergisch reagiert er auf alles Militärische. So verbat er sich Überflüge der offiziellen Kunstflugstaffel der französischen Luftwaffe, der Patrouille de France, zum Nationalfeiertag am 14. Juli. An der Tour de France, einem weiteren nationalen Symbol Frankreichs, kritisierte er vergangenen November, sie vermittele ein „machistisches Bild des Sports“ und sei umweltschädlich. Ebenso wird in Lyon nun gegendert. Die Schüler der Stadt bekommen fleischlose Einheitsmenüs, die mindestens zur Hälfte aus Bioprodukten bestehen sollen. Den Aufwand für die

Bühnenbilder der Lyoner Oper tadelte Doucet als zu hoch und leitete eine gründliche Überprüfung der Honorare der Künstler ein.

Lyon, Bordeaux und Grenoble

Pierre Hurmic, der neue grüne Bürgermeister von Bordeaux, verkündete als erstes, dass es nun mit dem Wirtschaftswachstum in seiner Kommune vorbei sei und die Menschen sich auf „selbstgewählte Mäßigkeit“ einzustellen hätten. Was er darunter versteht, demonstrierte der Anwalt unter anderem mit seiner Weigerung,

Weihnachtsbäume im Herzen von Bordeaux aufstellen zu lassen, denn die stünden im Widerspruch zum „Begrünungskonzept“ seiner Partei.

Éric Piolle, der schon seit 2014 als Bürgermeister von Grenoble amtiert und voriges Jahr im Amt bestätigt wurde, will bis 2022 alle Autos ohne Elektroantrieb von den Straßen des Wintersportortes verbannen. Er erließ ein absolutes Werbeverbot im öffentlichen Raum und kürzte dem weltberühmten Orchester der Stadt die Mittel.

In Straßburg, wo nun die armenischstämmige Grüne Jeanne Barseghian das Zepter schwingt, soll die „kulturelle Praxis der Amateure“ gefördert werden, welche die „Verschiedenheit der Kulturen“ anerkennen. In diesem Zusammenhang erhielt bis zum 15. vergangenen Monats auch die radikal-islamische Bewegung Milli Görüş städtische Fördermittel für den Bau der größten Moschee auf europäischem Boden. Dann musste Barseghian schweren Herzens auf die massive landesweite Kritik reagieren und das Sponsoring einstellen.

Straßburg und Poitiers

Aktuell von einer grünen Bürgermeisterin regiert wird auch das altehrwürdige Poitiers. Die 31-jährige Léonore Moncond'huy hasst alle Arten von Motorsport und meint, dass Fliegen kein Kindheitstraum mehr sein dürfe. Deswegen hat sie den beiden Hobbyflieger-Clubs der Stadt die Subventionen gestrichen. Darüber hinaus wettet Moncond'huy gegen den Freizeitpark Futuroscope der École nationale supérieure de mécanique et d'aérotechnique im unweit von Poitiers gelegenen Chasseuil-du-Poitou, der die Faszination der Technik vermitteln will und zumeist von Familien besucht wird, die mit dem Auto anreisen.

Angesichts des Auftretens dieser und weiterer grüner Kommunalpolitiker fühlen sich viele Franzosen an die chinesische Kulturrevolution oder das Pol-Pot-Regime in Kambodscha erinnert und sprechen daher nun teilweise analog zu den Roten Khmer von den „Grünen Khmer“.

Das scheint die Grünen in ihrem ideologischen Furor aber nicht weiter anzufechten. Analog zu Annalena Baerbock im benachbarten Deutschland plant eine der Galionsfiguren der französischen Grünen, nämlich Piolle, inzwischen, den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron aus dem Amt zu jagen, um selbst in den Élysée-Palast einzuziehen.

ISLAM

Attentatswelle in Frankreich reißt nicht ab

Politiker aller Parteien fordern harte Reaktionen – Umfragewerte für Marine Le Pen steigen

Die Serie islamischer Anschläge in Frankreich reißt nicht ab. Politiker aller Parteien überschlugen sich mit Forderungen nach härtesten Sanktionen. Und die Umfragewerte für die Vorsitzende des Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbewegung), Marine Le Pen, steigen.

Erst vor wenigen Wochen wurde eine Polizistin im Kommissariat von Rambouillet im Norden Frankreichs mit gezielten Messerstichen in Bauch und Hals getötet. Der Angreifer Jamal G., ein 36-jähriger Tunesier, der seit 2009 in Frankreich lebt, hatte sie von ihrem Weg vom Parkplatz in das Gebäude verfolgt und bedrängt.

Es ist der 17. Anschlag auf Sicherheitskräfte des Landes seit 2014. Und er trifft die Franzosen einschließlich ihres Präsidenten Emmanuel Macron ins Mark. Rund ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen wächst im Establishment die Sorge, der RN mit seiner Spitzenkandidatin Le Pen könnte den Amtsinhaber schlagen. Zwar liegt der in Umfragen im direkten Duell noch immer vor der Politikerin, doch erreicht sie mittlerweile zwischen

43 und 48 Prozent. Höhere Werte wurden für sie noch nie gemessen.

Murren im Militär

Sollte Macron gewinnen wollen, dann benötigt er eine Neuaufgabe der linken Sammlung „Front républicain“ (Republikanische Front). Zweimal schaffte es die RN-Vorgängerpartei Front National in die Stichwahl. 2002 unterlag Parteigründer Jean-Marie Le Pen haushoch Jacques Chirac von der gaullistischen Partei Rassemblement pour la République (RPR, Sammlung für die Republik) mit 18 zu 82 Prozent. Vor vier Jahren kam seine Tochter in der zweiten Runde immerhin auf 34 Prozent. Beide Male hatte sich ein breites Bündnis von links bis ins bürgerliche Lager gebildet, um einen Sieg der Rechten zu verhindern.

Doch der „Front républicain“ bröckelt, seit die Angst vor einer islamischen Landnahme wächst. „Wie nur kann ein Mann, der sich zehn Jahre lang illegal in unserem Land aufhielt, eine Aufenthaltserlaubnis bekommen?“, fragte Le Pen nach dem jüngsten Attentat zur besten Sendezeit im französischen Fernsehen und erhielt Un-

terstützung von bürgerlichen Politikern. Es gebe einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Terrorismus, erklärte die Regionalpräsidentin Valérie Pécresse der konservativen Partei „Les Républicains (LR, Die Republikaner)“. Und ihr Parteifreund, der Innenexperte der LR-Parlamentsfraktion in der Nationalversammlung Éric Ciotti, legte nach: „Wenn man Jamal G. ausgewiesen hätte, wäre die Polizistin noch am Leben. Ich verlange, sofort damit aufzuhören, den Aufenthaltsstatus illegaler Einwanderer zu regularisieren.“

Innenminister Gérald Darmanin konnte es plötzlich gar nicht schnell genug gehen, ein neues Anti-Terror-Gesetz vorzustellen. Es soll unter anderem Radikalisierungstendenzen potenzieller Täter in den sozialen Netzwerken und verdächtige Kontakte mit der Hilfe von Algorithmen kontrollieren. „Unsere Hand zittert nicht“, sagte der Minister, der einst LR-Generalsekretär war, von Präsident Macron aber eingebunden wurde, um die Wogen im Land zu glätten.

Wie aufgeheizt die Stimmung ist, zeigt ein offener Brief, mit dem mehrere

nicht mehr im Dienst befindliche Generale an die Öffentlichkeit getreten sind. 20 Offiziere im Ruhestand haben in einem vielbeachteten Aufruf die „Laschheit“ der politisch Verantwortlichen angesichts der Bedrohung durch den radikalen Islam und „die Horden in der Banlieue“ angeprangert. „Frankreich ist in Gefahr. Wir bleiben Soldaten und können nicht ignorieren, was unserem schönen Land widerfährt“, schreiben sie. Der Appell wurde von mehr als 100 Offizieren und 1000 weiteren Armeeangehörigen unterzeichnet.

Die Verteidigungsministerin Florence Parly kündigte „harte Sanktionen“ für die Unterzeichner an, die gegen ihre Pflicht zur politischen Zurückhaltung verstoßen hätten. Sie will überprüfen lassen, ob unter ihnen auch aktive Soldaten sind. Linksliberale Medien fürchten gar einen versteckten Aufruf zum Staatsstreich und Parly warnt davor, dass der Brief Le Pen in die Hände spielen könnte. Laut dem „Spiegel“ hat sie Mühe, „überhaupt noch Gehör zu finden. Das, was sie fordert, wird zum Mainstream.“ Peter Entinger

VON NORMAN HANERT

Seltsam und zeitlich unpassend muss aus afrikanischer Sicht der Vorschlag von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Schaffung eines afrikanischen „Grünen Deals“ anmuten. In einer Botschaft an die Eröffnungssitzung des EU-Afrika-Forums bezeichnete die Kommissionschefin den „grünen Übergang“ als „größte wirtschaftliche Chance unserer Zeit“.

Ob der afrikanische Kontinent der Empfehlung folgt, die Energiepreise nach dem Vorbild der EU künstlich in die Höhe zu treiben, ist fraglich: Länder, die stark von Ölexporten abhängen wie Nigeria und Angola müssen den Vorschlag der deutschen Kommissionspräsidentin sogar als direkten Angriff auf ihr Geschäftsmodell werten. Auch viele andere afrikanische Länder haben derzeit schon so starke wirtschaftliche Probleme, dass auch ohne „Green Deal“-Experimente ihre politische Stabilität gefährdet ist.

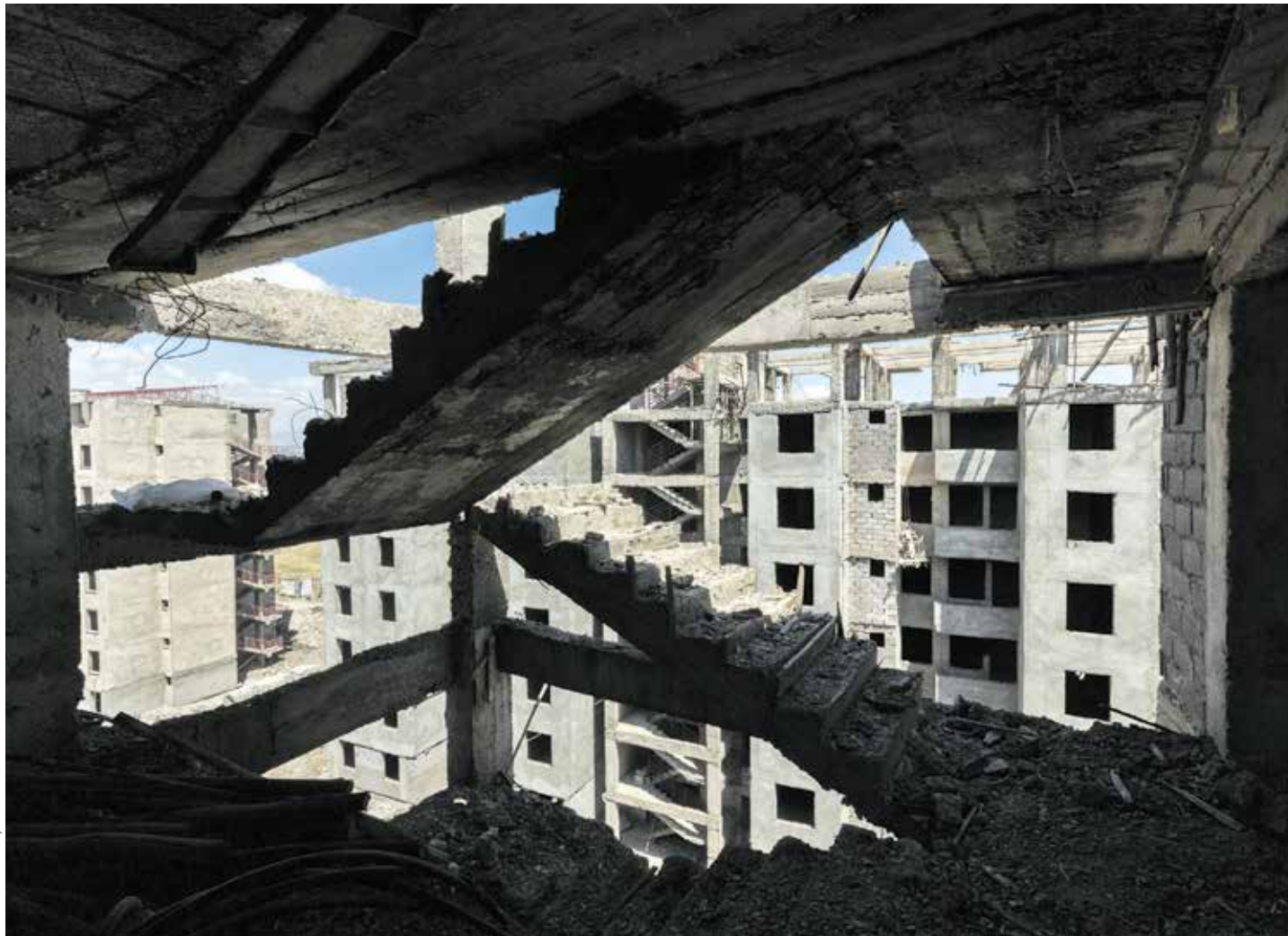
Bereits 2017 hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) neun Länder südlich der Sahara, darunter Kamerun, Äthiopien und Sambia, als Staaten mit hohem Schuldenrisiko eingestuft. Auch den Tschad, die Republik Kongo, Eritrea, Mosambik, Südsudan und Simbabwe sah der Währungsfonds als hochverschuldete Entwicklungsländer an.

Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich die Schuldenkrise zugepunktet. Bislang ist es auf dem afrikanischen Kontinent zu weniger Ansteckungen und schweren Krankheitsverläufen gekommen, als dies anfangs befürchtet worden war. Stark getroffen hat Afrika aber die wirtschaftlichen Einbrüche auf anderen Kontinenten infolge der Corona-Pandemie und des Lockdowns in vielen Industrieländern: „Die wirtschaftlichen Folgen“ der Pandemie „überwiegen in Afrika momentan die gesundheitlichen bei Weitem“, so eine Einschätzung aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

410 Milliarden Euro bis 2023 fällig

Wie in anderen Teilen der Welt sind auch in Afrika Märkte und Lieferketten zusammengebrochen. Zudem sind Touristen und ausländische Investitionen ausgeblieben; auch die bisherige Nachfrage nach Rohstoffen fehlt. Die Exporte der Sub-Sahara-Zone Afrikas bestanden bisher zu fast zwei Dritteln aus Brennstoffen, Erzen und Metallen.

Weltbank und IWF schätzen die finanzielle Situation von mehr als einem Dutzend Staaten als hochrisikant ein. Besonders prekär ist die Lage in Sambia. Das Land im südlichen Afrika musste bereits im Herbst seine Gläubiger um einen Zah-



Mit Afrikas Wirtschaft geht es treppauf, treppab: Es wird – wie hier in Addis Abeba – viel gebaut, aber vieles wird nicht fertig

AFRIKA

Ein Kontinent klemmt in der Schuldenfalle fest

Während die EU-Kommission einen grünen Öko-Deal für afrikanische Staaten vorschlägt, haben diese mit ganz anderen finanziellen Problemen zu kämpfen

lungsaufschub bitten. Auch in Nigeria und Ghana ist die finanzielle Situation schwierig. Mosambik geriet durch einen milliardenschweren Korruptionsskandal schon vor Corona in Schieflage. Der Einbruch der Ölpreise hat die Situation verschärft. Alle Staaten Afrikas zusammen brauchen nach Berechnungen des IWF 410 Milliarden Euro, um die Auslandsschulden zu begleichen, die allein bis 2023 fällig werden.

Die Überschuldung der Entwicklungsländer ist nicht neu. Bei der aktuellen Krise auf dem Kontinent spielen allerdings private Investoren als Kreditgeber eine größere Rolle als in vergangenen Jahrzehnten. Auch afrikanische Regierungen haben die Niedrigzinsen nach der globalen Finanzkrise 2008 genutzt, um an den Kapitalmärkten Schulden zu machen.

Bei der Kreditaufnahme konnten die Afrikaner gegenüber Investoren auf gestiegene Rohstoffpreise und damit auf vermeintlich sichere Einnahmen verweisen. Allein der Verfall der Ölpreise zeigt, dass viele Kreditgeber und afrikanische Schuldner eine Milchmädchenrechnung angestellt haben.

Neben privaten Investoren spielt inzwischen auch China eine wichtige Rolle. Die Volksrepublik ist mittlerweile für 32 afrikanische Staaten der größte staatliche Gläubiger. Wie Statistiken der Weltbank zeigen, ist China in Ländern mit niedrigem Einkommen im Subsahara-Bereich mit 64 Milliarden Dollar an Krediten sogar stärker engagiert als die Weltbank.

China hat mit seiner Kreditvergabe in vielen Fällen Infrastrukturprojekte angeschoben. Der Nutzen der Schnellstraßen,

Eisenbahnlinien und Flughäfen ist allerdings oft umstritten.

Schuldenerlass gefordert

Bereits im November hat sich die Gruppe der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer auf einen Schuldenstopp für besonders hoch verschuldete Entwicklungsländer geeinigt. Von der Aussetzung von Rückzahlungen bis Ende Juni 2021 profitiert auch eine Reihe afrikanischer Staaten. Weltbank-Präsident David Malpass wies schon vor einigen Monaten darauf hin, dass einige Länder „substantielle Schuldenerlasse“ brauchen. Beobachter sehen allerdings bei privaten Gläubigern wie Großbanken und Fonds und auch bei der Volksrepublik China bislang wenig Bereitschaft, in großem Umfang auf die Rückzahlung von Schulden zu verzichten.

STARLINK

Der Zweck ist eher militärisch als selbstlos

Mit seinem Satellitennetzwerk zielt Elon Musk primär auf das Pentagon als Kunde

Mit dem Satellitennetzwerk Starlink will das Raumfahrtunternehmen SpaceX des US-Multimilliardärs Elon Musk künftig einen weltweiten, von niemandem blockierbaren Zugang zum schnellen Internet für praktisch Jedermann bieten. Dazu sollen langfristig bis zu 42.000 Satelliten in die Umlaufbahn geschossen werden, um den Himmel über sämtlichen bewohnten Regionen der Erde abzudecken (die PAZ berichtete). Allerdings kristallisiert sich nun heraus, dass das System mehr Nachteile hat, als Musk und dessen Marketingexperten zugeben.

Ohne ein dichtes Netzwerk an unterstützenden Bodenstationen kann Starlink den Nutzern die versprochenen hohen Datenübertragungsraten wohl kaum garantieren. Länder mit restriktiven Regelungen werden den Bau der entsprechen-

den Station wohl kaum zulassen. Desgleichen braucht SpaceX Lizenzen für die Nutzung der Frequenzen innerhalb des Hoheitsgebietes der von den Satelliten überflogenen Staaten. Und das dürfte dann das nächste Problem sein. Es gibt keinen Anlass anzunehmen, dass Regime, die das Internet sperren, wenn ihre Herrschaft bedroht scheint, einem System den Weg bahnen, das diesen Eingriff erschwert.

Außerdem wären da noch die Kosten: Mit stolzen 99 US-Dollar veranschlagt Starlink derzeit die monatliche Nutzungsgebühr für das „Internet für alle“ zuzüglich weiterer 499 Dollar für die Antenne. In Nigeria beispielsweise leben aber beispielsweise vier von zehn Einwohnern von weniger als zwei Dollar pro Tag. Dies veranlasste den nigerianischen Journalis-

ten Muhammed Akinyemi zu den Worten: „Für viele Leute ist es ein Interessenkonflikt – bleiben sie im Internet oder haben sie etwas zu essen.“ Daran ändert auch der Umstand nichts, dass sich mehrere Nigerianer eine Antenne teilen könnten.

Aufgrund der technischen Einschränkungen sowie der nicht unbeträchtlichen finanziellen Aufwendungen werden wohl nur drei bis vier Prozent der Menschen auf der Erde die Dienste von Starlink nutzen. Das Ganze ist also doch eher etwas für Gutsituierte.

Trotzdem muss Musk nicht um seine Investitionen fürchten. Das US-Militär ist nämlich auch ein guter Kunde, wenn es um stabile Verbindungen zu möglichst vielen Telekommunikationssatelliten geht. Das gilt zukünftig mehr denn je, da Drohnen und andere autonome Waffen-

systeme immer größere Bedeutung erlangen. Und so kann es kaum verwundern, dass SpaceX in letzter Zeit verstärkt Fachkräfte an Bord holte, deren Sicherheitsstatus es dem Unternehmen ermöglicht, sie in geheime staatliche Projekte einzubinden. Vor einem Jahr, im Mai 2020, schloss das Unternehmen von Musk einen Vertrag mit der US-Armee über ausgedehnte dreijährige Tests zur Prüfung der grundsätzlichen militärischen Brauchbarkeit von Starlink.

Damit dürfte klar sein, wohin die Entwicklung geht. Am Ende wird das satellitengestützte Internet sicher nicht vorrangig für die Menschen da sein, denen bisher der Zugang zu dem weltweiten Verbund von Rechnernetzwerken verwehrt blieb, sondern für das Militär der Vereinigten Staaten. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

2020 weniger Bargeldumsatz

Berlin – Der Appell an die Deutschen, wegen der Gefahr, sich mit Corona anzustecken, möglichst kein Bargeld zu verwenden, hat vergangenes Jahr dazu geführt, dass mehr als sechs Zehntel der finanziellen Transaktionen bei der Bezahlung von Waren und Dienstleistungen bargeldlos abliefen. Dadurch kamen 70 Milliarden Euro weniger in Form von Scheinen und Münzen in Umlauf, wie Harald Olschok, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste, jetzt mitteilte. Deshalb musste die Werttransportbranche einen Umsatzeinbruch von 25 Prozent hinnehmen und die Zahl ihrer Mitarbeiter verringern. Die Banken und Sparkassen im Lande nutzten die Entwicklung, um Geldautomaten abzubauen und Filialen zu schließen. Dafür führten 460 Geldinstitute neue Gebühren für Kartenzahlungen ein, die zwischen neun und 75 Cent pro Bezahlvorgang liegen. *N.H.*

„Fracht-Tsunami“

Los Angeles – Drastisch gestiegene Frachtpreise und Kapazitätsengpässe bei Schiffscontainern sind nicht nur im Seefrachtverkehr zwischen Asien und Europa derzeit ein Problem. Auch Importeure in den USA berichten über massive Schwierigkeiten im transpazifischen Seehandel mit Asien. Ende April warnte Nerijus Poskus vom Logistikanbieter Flexport im Interview mit „American Shipper“ vor einem „Fracht-Tsunami“ und einer Zuspitzung der Lage im Frachtverkehr im Laufe des Jahres. Laut dem Logistikexperten sind die Kapazitäten im transpazifischen Seeverkehr für den gesamten Monat bereits ausgebucht. Nach Angaben von Poskus überstieg das Importvolumen beim Seeverkehr über den Pazifik im März dieses Jahres das im März 2019 um die Hälfte. Den starken Anstieg gegenüber der Zeit vor der Pandemie führt er darauf zurück, dass Händler in den USA derzeit ihre Lagerbestände wieder auffüllen. *N.H.*

Sattes Minus durch Corona

Wiesbaden – Nachdem das Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2020 um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken war, befand sich die deutsche Wirtschaft in den ersten drei Monaten dieses Jahres weiter auf Talfahrt. Laut dem Statistischen Bundesamt sank das BIP mit 1,7 Prozent stärker, als Ökonomen dies erwartet hatten. Verschärfte Lockdowns mit geschlossenen Läden und verordnetem Daheimbleiben haben vor allem Dienstleistern wie Modehändlern, Gastronomen und Hoteliers noch nie dagewesene Umsatzeinbußen beschert. Damit hatte Deutschland im ersten Quartal einen schlechteren Start als Frankreich, das 0,4 Prozent Wachstum verzeichnete. Die Schwäche der deutschen Wirtschaft stürzt die gesamte Eurozone in eine Rezession. Zwar rechnen Volkswirte der Deutschen Bank mit einem Aufschwung von bis zu vier Prozent in den kommenden Monaten, doch bislang belastet die gesunkene Konsumbereitschaft der Deutschen die Wirtschaft. *MRK*

KOMMENTARE

Panikmache

WOLFGANG KAUFMANN

B.1.1.7 aus Großbritannien mit 23 Varianten, B.1.351 aus Südafrika mit drei Unterarten, B.1.1.248 alias P.1 aus Brasilien – Mutationen des Coronavirus, wohin das Auge schaut ... Und nun auch noch B.1.617 aus Indien! Viele der staatsnahen Medien hierzulande nutzen das Auftauchen dieser neuen SARS-CoV-2-Form, um abermals apokalyptische Szenarien zu entwerfen und Ängste vor dem „wütenden Super-Virus“ zu schüren, das „eine Gefahr für die ganze Welt“ darstelle. Dazu werden wie zu Beginn der Pandemie Bilder aus der „Corona-Hölle“ präsentiert – nur, dass diese sich nun nicht mehr in Bergamo befinden soll, sondern in Neu-Delhi oder anderswo auf dem indischen Subkontinent.

Und tatsächlich scheinen die Zahlen dort auf eine Katastrophe hinzudeuten: So wurden am 28. April 360.927 positiv Getestete innerhalb von 24 Stunden gemeldet. Darüber hinaus starben alleine am 27. April 3293 Inder „an oder mit Corona“. Allerdings leben in Indien auch

knapp 1,4 Milliarden Menschen. Daher kommt das Land derzeit auf Inzidenzen, deren Größenordnung kaum vom momentanen bundesdeutschen Durchschnitt abweicht.

Aber das reicht aus, um das Gesundheitssystem auf dem Subkontinent zum Kollabieren zu bringen, weil es dort nur ein Viertel so viele Intensivbetten pro 100.000 Einwohner gibt wie in unserem Lande? Trotzdem taugt die Entwicklung in Indien nicht als Grund für Panikmache – so dramatisch sie sich vor Ort auch darstellen mag.

Mittlerweile bestätigen das sogar die Weltgesundheitsorganisation und das deutsche Robert-Koch-Institut. Selbst der düstere Dauer-Mahner Christian Drosten urteilte im Gegensatz zum SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach, die indische Virus-Variante B.1.617 werde „in der Medienbewertung überschätzt“. Nun bleibt abzuwarten, wie lange er noch an dieser Meinung festhalten kann. Schließlich dienen die Mutationen den Lockdown-Befürwortern ja inzwischen als Hauptargument.

Ständig hinter der Lage

RENÉ NEHRING

Wenn eine Regierung im Namen des Infektionsschutzes verfassungsmäßige Grundrechte einschränkt, muss sie diesen Eingriff nicht nur gut in der Sache begründen. Ebenso sollte sie – im Sinne einer höheren Akzeptanz ihrer Maßnahmen – den Menschen das sichere Gefühl vermitteln, in guten Händen zu sein.

Doch daran hapert es in Deutschland an allen Ecken und Enden. Seit Monaten erleben die Bürger, dass die politischen Entscheider an jeder Wegscheidung der Corona-Pandemie vorhersehbare Probleme immer erst dann behandeln, wenn sie kaum noch zu bewältigen sind.

So hatte sich zum Beispiel den ganzen Sommer 2020 hindurch offenbar niemand in Bund und Ländern darüber Gedanken gemacht hatte, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, falls die Infektionszahlen – wie bei jedem Virus – wieder steigen würden. Anders als im Frühjahr, als das öffentliche Leben bei rund 6000 neuen Fällen täglich herun-

tergefahren wurde, geschah im Herbst lange Zeit nichts. Erst als im Oktober die Zahlen binnen kurzer Zeit in die Höhe schossen, wurde hektisch ein „Wellenbrecher“-Lockdown beschlossen, der bis heute in verschiedenen Formen anhält.

Der jüngste Beleg für die Kurzsichtigkeit der Pandemie-Politik ist die Debatte um den Umgang mit den COVID-Geimpften. Seit am 26. Dezember 2020 der erste BioNTech-Impfstoff in Deutschland verabreicht wurde, war klar, dass die Zahl derjenigen, die vom Coronavirus nicht mehr betroffen sein würden, kontinuierlich wachsen wird. Warum also hat sich niemand frühzeitig Gedanken darüber gemacht, ob man die Einschränkung verfassungsmäßig verankerter Grundrechte für Bürger aufrechterhalten kann, die weder sich selbst noch andere infizieren können?

So sind es eben nicht nur die „Querdenker“, die Zweifel am Verhalten der Verantwortlichen säen, sondern – durch ihr unglückliches Agieren – letztlich auch diese selbst.



Vor jeder Impfung sollte der Arzt seinen Patienten über die Vor- und Nachteile des Impfens aufklären und der Pfingling diese Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen: Corona-Impfung
Foto: imago/Chromorange

GASTBEITRAG

Mangelnde Risikoabwägung

HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

In Deutschland haben sich noch nicht genügend Impfungen über die Gefahren des Impfens gegen das Coronavirus Gedanken gemacht. Noch zu viele Ärzte sitzen heute in einem Elfenbeinturm und glauben ernsthaft, sich nicht weiter über die Impfstoffe, die Vakzine, informieren zu müssen, obwohl sie dazu verpflichtet wären, uns Bürger über die allgemeinen Impff Gefahren aufzuklären. Viele Virologen im deutschsprachigen Raum wollen aber die Bevölkerung wachrütteln. Sie haben erkannt, dass man die Menschen ansprechen muss. Doch eine öffentliche Diskussion findet in den tradierten Medien schon lange nicht mehr statt und die Politik wünscht diese auch nicht!

Wenn man sich über die Pandemiebekämpfung wirklich informieren will, so hat man aber als selbstdenkender Mensch heute dazu die Möglichkeit! Die folgenden Daten, die uns alle zugänglich sind, beweisen eindrucksvoll, dass das Durchimpfen einer gesamten Nation von 80 Millionen Menschen ohne wirklichen Nutzen ist.

In Deutschland sind bis heute über 80.000 Menschen „mit oder an“ Corona gestorben. In der Tat gab es dabei immer wieder tragische Einzelschicksale oder Patienten mit Langzeitfolgen, die in keine Statistik passen. Jedes Opfer und jeder

Verstorbene stimmt uns sehr traurig. Doch die Sterbequote der Infizierten, die sogenannte Infektionssterblichkeit, liegt laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bei zirka 0,23 Prozent. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass es laut dem Statistischen Bundesamt in Deutschland kaum eine Übersterblichkeit seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie gibt.

Zur Risikogruppe, die wirklich gefährdet ist, an Corona zu sterben oder daran sehr schwer zu erkranken, gehören Menschen, die in der Regel weit älter als

Überlebensrate durch einen Impfstoff noch weiter zu verbessern, ist äußerst schwierig. Hier muss eine sorgfältige Risikoabwägung stattfinden – gerade mit Hinblick auf den noch experimentellen Status der Impfstoffe, die lediglich über eine bedingte Zulassung verfügen.

Zu den bekannt gewordenen kurzzeitigen Schäden können noch mittel- und langfristige Folgen hinzukommen. Dies führt eventuell zu einer hohen Anzahl an Geschädigten, gerade wenn unsere Bevölkerung von 80 Millionen Menschen irgendwann komplett durchgeimpft sein soll. So können in Deutschland viele Menschen aufgrund der Impfung erhebliche Gesundheitsprobleme bekommen, die neben den unkalkulierbaren Langzeitfolgen zum Tod führen können.

Dieser gesundheitliche Schaden kann den Schaden des Virus selbst schnell übersteigen. Wir sollten dabei die Auswirkungen des Lockdowns und die daraus entstandenen Kollateralschäden in keinem Fall unberücksichtigt lassen. Welchen Nutzen das Robert-Koch-Institut und die Politik von einer Durchimpfung der deutschen Bevölkerung erwartet, ist fraglich und nicht nachvollziehbar!

● **Heinrich Prinz von Hannover**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlich-Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. und arbeitet als Verleger in Göttingen.

Den Risiken von Corona stehen die des Impfens gegenüber

70 Jahre sind und erhebliche Vorerkrankungen mitbringen. Das Robert-Koch-Institut unter seinem Präsidenten Lothar H. Wieler sowie die Politik fordern aber eine Durchimpfung der gesamten Bevölkerung in Deutschland.

Umgekehrt betrachtet überleben folglich zirka 99,77 Prozent der Infizierten eine Corona-Infektion. Eine derart hohe

PORTRÄT

Heimlicher Mannschaftskapitän

Kontinuität wird beim DFB großgeschrieben. Wenn Jogi Löw im Sommer nach der Fußball Europameisterschaft als Bundestrainer aufhören wird, war er fast ebenso lange im Amt wie Kanzlerin Angela Merkel, die nach der Bundestagswahl im September abtreten will. Ähnlich wie Merkel, in deren Amtszeit vier Bundespräsidenten ihren Dienst versahen, hat Löw vier reguläre DFB-Präsidenten erlebt. Ein fünfter könnte folgen, wenn der derzeit amtierende Fritz Keller zurücktritt. Seit ihm vergangenes Wochenende die Amateurfußballverbände das Vertrauen entzogen haben, sind seine Tage gezählt.

Keller ist ein übler Vergleich zum Verhängnis geworden: Er hat den eigentlich starken Mann beim DFB, den Vizepräsidenten und früheren Richter **Rainer Koch**, mit dem NS-Richter Roland Freisler gleichgesetzt. Dass Koch ein Strippenzieher ist, an dem man schwer vorbe-

kommt, hat nun auch Keller erfahren. Erst 2019 hatte eine DFB-Findungskommission den Ex-Präsidenten des FC Freiburg ins Amt geholt, um mit den seit der mutmaßlich gekauften „Sommermärchen“-WM von 2006 andauernden Filz- und Bestechungsvorfällen im Verband aufzuräumen. Nachdem er zuletzt mit dem Generalsekretär Friedrich Curtius aneinandergeriet, war nun Koch an der Reihe.

Der könnte nach dem Freisler-Vergleich als Sieger vom Platz gehen. Seit 2013 als Vizepräsident im Amt, war er schon zweimal mit Reinhard Rauball von Borussia Dortmund kommissarisch als Präsident tätig. Doch als dauerhafte DFB-Spitze will offenbar niemand den 1956 in Kiel geborenen und im oberbayerischen Poing – dort saß er 30 Jahre lang für die SPD im Gemeinderat – lebenden Koch sehen. Der Sportfunktionär, der auch Präsident des Süddeutschen Fußball-Verbands ist und in verschiedenen UEFA- und FIFA-Bereichen tätig war, ist zu tief in die Machenschaften des DFB verstrickt.

Dass Löw und Teammanager Bierhoff trotz zuletzt katastrophaler Ergebnisse der Nationalmannschaft weiter im Amt sind, ist wohl auch Koch zu verdanken. Hier hält eine Seilschaft fest zusammen. Bei so viel Kontinuität wird es jeder DFB-Präsident schwer haben.
H. Tews



DFB-Vize: Rainer Koch

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teves; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Fett, Filz – Beuys

Zum 100. Geburtstag von Josef Beuys wollten sich Museen mit Ausstellungen gegenseitig übertreffen – Vorerst bleibt alles geschlossen



Fingerzeig des Künstlers nach Bonn: Vom 25. Juni bis 1. November plant die Bundeskunsthalle dort die Ausstellung „Beuys – Lehbruck“

FOTO: BONNER KUNSTHALLE/IMAGO IMAGES/LEWIS

VON VEIT-MARIO THIEDE

Kein anderer deutscher Künstler fand zu Lebzeiten mehr Beachtung als der am 12. Mai 1921 in Krefeld geborene Joseph Beuys. Dafür sorgte er mit provokanten Ankündigungen wie „Dürer, ich führe Baader + Meinhof persönlich durch die documenta V“ (1972), rätselhaften Werken aus für die Kunst ungewöhnlichen Materialien wie Fett, Filz und Blutwurst sowie der irritierenden Botschaft: „Jeder Mensch ist ein Künstler.“

Der Mann mit dem Filzhut polarisiert „bis heute derart, dass die Diskurse, ob wissenschaftlich oder populär, eher von Sympathien beziehungsweise Antipathien denn von kritischer Distanz geprägt sind“, wie Bettina Paust, die lange das Beuys-Museum Schloss Moyland leitete, treffend urteilt.

Paust gibt zusammen mit dem Düsseldorfer Kunstgeschichtspräsident Timo Skrandies das erste umfassende Nachschlagewerk über Beuys heraus. Es weist 84 Artikel von 52 Autoren auf und erscheint anlässlich des vom Land Nordrhein-Westfalen ausgerufenen Beuys-Jahres. An ihm beteiligen sich 20 Museen und andere Kultureinrichtungen des Landes mit geplanten Sonderausstellungen und weiteren Veranstaltungen, die nun Pandemie-bedingt ebenso ruhen wie außerhalb von NRW die Ausstellung in der Staatsgalerie Stuttgart und im Hessischen Landesmuseum Darmstadt.

Beitrag zur „Stadtverwaltung“

Beide Museen verfügen über Beuys-Räume, die der Künstler persönlich mit seinen Werken ausgestattet hat. Auch das Münchener Lenbachhaus, das Krefelder

Kaiser-Wilhelm-Museum, das Städtische Museum Abteiberg Mönchengladbach und die Neue Galerie in Kassel verfügen über von Beuys eingerichtete Räume.

Zu Kassel hegte Beuys eine besonders enge Beziehung. Seit der documenta III (1964) war er Dauerteilnehmer der Kasseler Weltkunstausstellung. Seinen Raum in der Neuen Galerie hat er 1976 mit Zeichnungen, Objekten und seiner allerersten Installation bestückt. Sie heißt „The pack (das Rudel)“ (1969) und besteht aus einem verrosteten VW-Bus, aus dem heraus sich 24 Holzschlitten einen Weg durch den Raum bahnen. Jeder Schlitten ist mit einer Filzrolle, einem Stück Talg und einer Taschenlampe ausgestattet, die symbolisch für Wärmeschutz, Nahrung und Orientierung stehen, während der gleichsam gegen die Wand gesteuerte VW-Bus Skepsis gegenüber dem technischen Fortschritt wecken soll. Von der Lichtleiste über der Installation hängt die Arbeit „2 x Spaten mit zwei Stielen“ (1964) herab. Die beiden doppelstieligen Spaten sind ein Aufruf zu gemeinschaftlichem Handeln.

Auch das Paradebeispiel für das von Beuys postulierte und mit zahllosen Reden über den „Erweiterten Kunstbegriff“ und die „Soziale Skulptur“ vorbereitete gemeinschaftliche Handeln zum Wohle aller befindet sich in Kassel. Es heißt „7000 Eichen – Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung“. Im neu erschienenen Buch „Beuys 100“ würdigen vornehmlich Kasseler Autoren den Künstler und legen ihr Hauptaugenmerk auf die Pflanzaktion. Sie erstreckt sich über 300 Standorte im Stadtgebiet und Umland. Neben jedem Baum steht eine Basaltstele, gepflanzt und aufgestellt von Beuys und freiwilligen Helfern, die sich aus Bürgerinitiativen, Vereinen, Kirchengemeinden, Studenten,

Arbeitslosen, Strafgefangenen und Anwohnern rekrutierten. Die Aktivisten haben nicht nur Eichen, sondern auch viele andere Baumarten gepflanzt.

Die Aktion startete vor documenta 7 (1982). Beuys lagerte vor dem Museum Fridericianum 6999 Basaltstelen, die zusammen eine Keilform bildeten, deren Spitze auf die erste von Beuys gepflanzte Eiche und die daneben aufgerichtete Stele wies. Den erfolgreichen Abschluss der Aktion erlebte er am 23. Januar 1986 gestorbene Beuys nicht mehr. Sein Sohn Wenzel pflanzte zur Eröffnung der documenta 8 (1987) die letzte Eiche neben die erste.

Gründungsmitglied der Grünen

Beuys sagte über die „7000 Eichen“: Es „ist eine Plastik, die sich auf das Leben der Menschen bezieht, auf ihre alltägliche Arbeit. Das ist mein Kunstbegriff, den ich den erweiterten Kunstbegriff oder die soziale Skulptur nenne. Dieser Kunstbegriff schließt auch meine Arbeit bei den Grünen ein. Es geht darum, ausgehend von einem anderen Kapitalbegriff, die Gesellschaft zu verändern. Nicht Geld ist das Kapital, sondern die Fähigkeit des Menschen.“

Beuys war Gründungsmitglied der Grünen. Er wollte 1983 auf ihrer Liste in den Bundestag einziehen. Da die Grünen ihn jedoch auf einen aussichtslosen Listenplatz abschoben, nahm er Abstand von der Kandidatur.

Mit der „Fähigkeit des Menschen“ meinte Beuys die in jedem vorhandene schöpferische Kraft. Daher sein Ausspruch: „Jeder Mensch ist ein Künstler.“ Nach seiner Vorstellung sollen alle Menschen gemeinsam an der künftigen „Sozialen Skulptur“ arbeiten, für die die „7000 Eichen“ das erste verwirklichte

Modellprojekt sind. Museumschefin Paust bezeichnet im Beuys-Nachschlagewerk die „Soziale Skulptur“ als das immaterielle Hauptwerk des Künstlers und charakterisiert sein Auftreten als „Selbstinszenierung mit Heilsversprechen“.

Das mit basisdemokratischem und gemeinwohlorientiertem Anspruch ausgestattete immaterielle Hauptwerk zielt auf eine gesamtgesellschaftliche Umwandlung. Zwar benenne Beuys die wesentlichen gesellschaftlichen Problemfelder: die militärische, ökologische, ökonomische, politische Krise sowie die Bildungskrise. „Jedoch in der Benennung seiner ‚Lösungsmodelle‘ bleibt er sehr allgemein“, wie Paust anmerkt. Beuys’ jahrzehntelangen Kasseler Mitstreiter Heiner Georgsdorf, den ehemaligen Lehrer an der Kunsthochschule, stört das nicht: „Mag das Beuys’sche Natur- und Politik- und Weltverständnis falsch oder richtig sein, für mich ist es der Treibsatz für bewundernswerte künstlerische Höhenflüge in vorher nicht gekannte Sphären.“

● **Neue Beuys-Bücher** Philip Ursprung: „Joseph Beuys“, C.H. Beck Verlag, 336 Seiten, 29,95 Euro; Volker Schäfer: „Beuys 100“, euregioverlag, 152, Seiten, 20 Euro; Timo Skrandies, Bettina Paust (Hrsg.): „Joseph Beuys: Leben – Werk – Wirkung“, J.B. Metzler-Verlag, 99,99 Euro (ab August); Susanne Gaensheimer: „Jeder Mensch ist ein Künstler“, Hatje Cantz Verlag, 336 Seiten, 48 Euro. Weitere Beuys-Ausstellungskataloge erscheinen im selben Verlag im Laufe des Jahres: www.hatjecantz.de. Auch der Steidl Verlag bietet einen ähnlichen Programmschwerpunkt mit etwa 18 Publikationen zu Beuys, von denen die Hälfte bereits erschienen ist: www.steidl.de.

● **Beuys in NRW** www.beuys2021.de

DAS NARRENSCHIFF

Vor 500 Jahren gestorben: Sebastian Brant

Als Goethes „Die Leiden des jungen Werthers“ 1774 erschien, löste das Buch einen anderen Bestseller ab, der bis dahin fast 300 Jahre lang das erfolgreichste Buch deutscher Sprache in Europa war. Der Buchdruck war kaum erfunden, als Sebastian Brants Moralsatire „Das Narrenschiff“ volle Fahrt aufnahm und sich rasend schnell auf dem Kontinent verbreitete. Das Buch erlebte zahlreiche Auflagen, Raubdrucke und Übersetzungen in alle damals wichtigen Sprachen des Kontinents sowie ins Lateinische.

Die in dem Werk versammelten 112 Narrheiten – in einer späteren Ausgabe fügte der vor 500 Jahren gestorbene Brant zwei weitere hinzu – trafen einen Nerv der Zeit. Man verabschiedete gerade das Mittelalter, während der Humanismus Bildungsideale predigte, die gegen die Frömmigkeit und den Aberglauben alter Tage gerichtet waren. Gegen all das zielte das „Narrenschiff“, das eigentlich weniger ein Schiff, denn ein Narrenspiegel ist.

Die Schiffsmetapher, die auch an einen Schiffsuntergang denken lässt, taucht nur am Anfang und gegen Ende des Werks auf. Stattdessen nimmt Brant in mehrzeiligen Reimpaaren all jene Laster und (Tod-)Sünden des urbanen Menschen aufs Korn wie Spielwut, Trunksucht, Modetorheiten, Tanzlust, Buhlerei, Zankerei, nächtliches Hofieren oder – wie ein Kapitel heißt – „Von Fälscherei und Beschiff“.

Das Buch wäre wohl nie solch ein Erfolg geworden, wäre nicht jedes Ka-



Holzstich aus dem „Narrenschiff“

pitel mit anschaulichen Holzchnitten illustriert. Auf diese Weise hatten auch Analphabeten Zugang zu diesem Werk. Ein Teil der Holzchnitte könnte von Albrecht Dürer stammen, der sich in Basel aufhielt, als dort 1494 das „Narrenschiff“ erschien. In dieser Buchdruckhochburg – bereits 1464 entstand dort die erste Druckerei – lebte Brant damals als Rechtsgelehrter und Herausgeber vieler antiker Drucke.

Als sich Basel nach dem Schwabenkrieg 1499 der Schweizer Eidgenossenschaft anschloss, verließ Brant die Stadt und kehrte in seine Heimatstadt Straßburg zurück, wo er am 10. Mai 1521 im Alter von vermutlich 64 Jahren starb. Sein „Narrenschiff“ aber ist weiter auf großer Fahrt. H. Tews

● „Das Narrenschiff“ ist samt Holzchnitten im Reclam Verlag erhältlich: 536 Seiten, 11 Euro, oder als Studienausgabe mit 620 Seiten, 13,80 Euro

FRIEDEN VON FRANKFURT

Keine Blaupause für das Versailler Diktat

Vor 150 Jahren endete der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71

VON MANUEL RUOFF

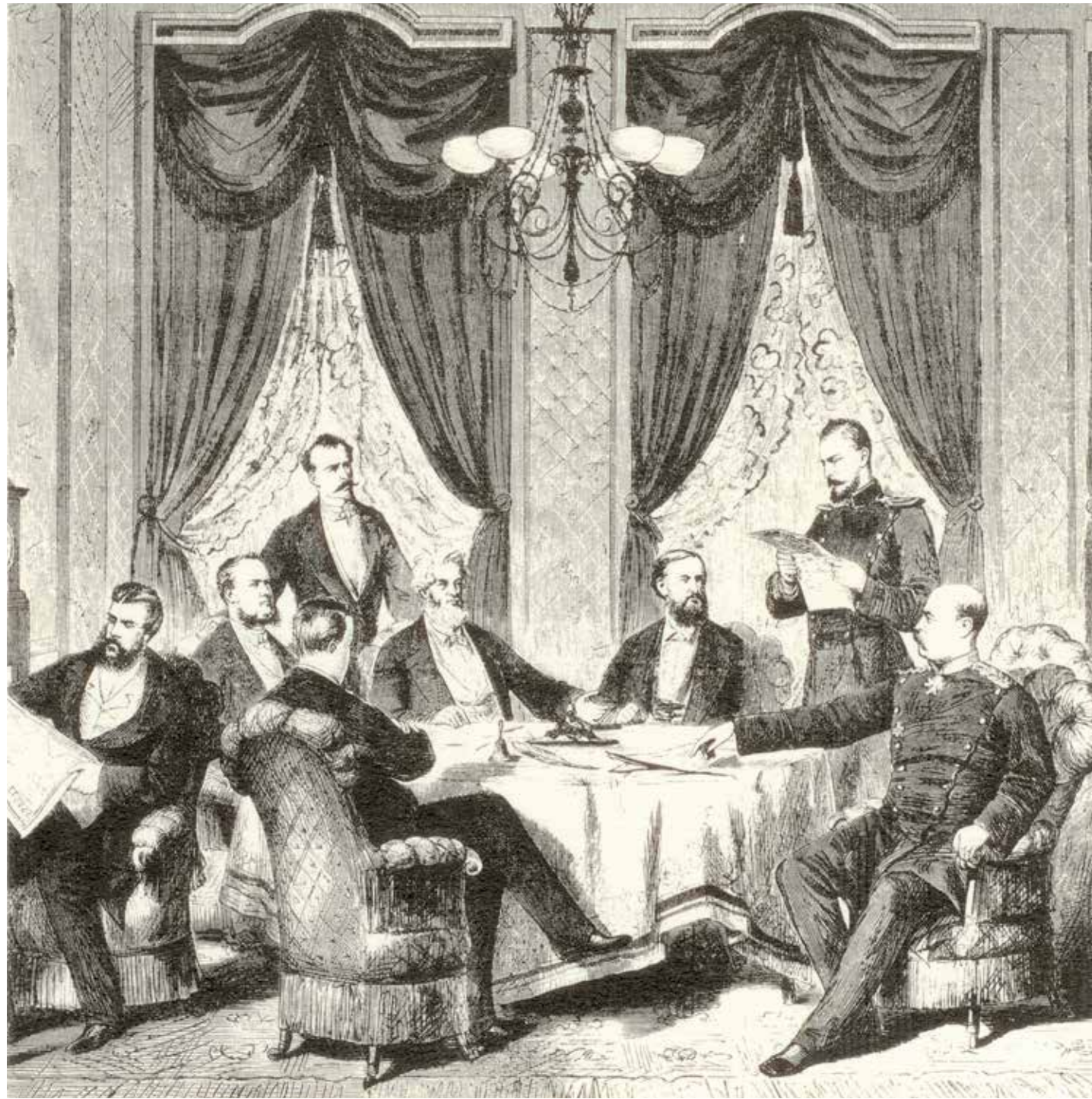
Spätestens seit der Sedanschlacht vom 1. und 2. September 1870 war Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg in die Defensive geraten. Sein Kaiser, Napoleon III., war in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten. Sein primäres außenpolitisches Kriegsziel, die Verhinderung der Ausdehnung des Einflusses Preußens über den Main Richtung Süden, war verfehlt. Als krönender Abschluss des preußischen Sprungs über den sogenannten Weißwurstäquator wurde der preußische König am 18. Januar 1871 zum Deutschen Kaiser proklamiert.

Für Frankreich war es seitdem primäres Kriegsziel, möglichst unbeschadet aus dem Krieg herauszukommen. Die Dritte Republik, die zwei Tage nach Napoleons Gefangennahme dessen Zweites Kaiserreich abgelöst hatte, stellte sich auf den Standpunkt, dass mit dem Sturz des Kaisers, der Preußen den Krieg erklärt hatte, der Kriegsgrund entfallen sei und man deshalb zum Frieden auf der Basis des Status quo ante zurückkehren könne.

Bilaterale Verhandlungen

Preußen, mittlerweile in der Offensive, war hierzu jedoch nicht bereit. War es anfänglich darum gegangen, Frankreichs Widerstand gegen Preußens Sprung über den Main zu brechen, so kamen während des Krieges territoriale Forderungen hinzu. Elsass und Lothringen sollten wieder deutsch werden. Die Militärs begründeten diese Forderung mit der Notwendigkeit, sich nach den schlechten, kriegerischen Erfahrungen mit Napoleon I. und Napoleon III. in diesem 19. Jahrhundert in den dauerhaften Besitz weiterer linksrheinischer Befestigungen bringen zu müssen.

Preußens Militär und die deutsche Nationalbewegung gingen in dieser Frage konform. Bereits in den napoleonischen Kriegen hatte Ernst Moritz Arndt klargestellt, was des Deutschen Vaterland ist: „So weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt, das soll es sein! das, wackrer Deutscher, nenne dein!“ Und zumindest im Elsass wurde Deutsch gesprochen. So hatte Arndt den Rhein denn auch als „Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze“ bezeichnet. Über Jahrhunderte hatten das Elsass und Lothringen zum Reich gehört. Umso größer war in der deutschen Nationalbewegung die Enttäuschung, dass Frankreich nach den Befreiungskriegen diese Erwerbungen des 17. und 18. Jahr-



Deutsch-französische Friedensverhandlungen im Frankfurter Hotel Zum Schwan: Zeitgenössischer Holzschnitt Foto: Wikimedia

hunderts hatte behalten dürfen. Noch einmal sollte das nicht passieren.

Aus französischer Sicht gehörten das Elsass und Lothringen spätestens seit der Revolution von 1789 zur gemeinsamen Schicksals- und Wertegemeinschaft. Am 6. September 1870 erklärte Frankreichs neuer Außenminister Jules Favre in einem Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter seines Landes: „Wir werden keinen Fußbreit unseres Gebietes, keinen Stein unserer Festungen opfern.“

Auf die ernste militärische Lage reagierte die Dritte Republik wie gut sieben Jahrzehnte später das Dritte Reich mit einer Totalisierung der Kriegsführung. Die französischen Massenausbegungen brachten die deutsche Seite in eine un-

günstige Lage. Anders als zu Beginn des Krieges war sie nun wie in den späteren beiden Weltkriegen quantitativ unterlegen. Letztlich obsiegte jedoch „das Qualitätsheer über das Quantitätsheer“, wie es so schön griffig heißt.

Belfort blieb französisch

Wie so oft im traditionell zentralistisch regierten Frankreich, kam der Hauptstadt eine entscheidende Bedeutung zu. Am 28. Januar 1871 kapitulierte Paris und es trat ein dreiwöchiger Waffenstillstand in Kraft. In dieser Zeit sollte der französische Wähler zu Worte kommen. Am 8. Februar entschied er über die Zusammensetzung der Nationalversammlung, die vier Tage später in Bordeaux die Arbeit

aufnahm. Bei den Wahlen obsiegten die Tauben über die Falken, sodass Friedensverhandlungen aufgenommen werden konnten, die am 26. Februar zum Vorfrieden von Versailles führten.

Die französische Seite war zwar friedensbereit, setzte aber bei der Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrages auf Verschleppung. Sie hoffte auf das Eingreifen einer dritten Macht. Zum einen hatten die deutschen Gebietsforderungen den Deutschen Sympathien unter den Neutralen gekostet. Zum anderen war Preußen durch die militärischen Erfolge in Frankreich und die Reichsgründung von der einst schwächsten der europäischen Landmächte zur stärksten aufgestiegen, was das Wohlwollen unter

Europas Gleichgewichtspolitikern schmälerte.

Eine Frage weniger Jahre

Allerdings schwächte der innerfranzösische Konflikt mit der Pariser Kommune die französische Regierung, und schließlich gab sie ihre Hinhaltetaktik auf. Vor 100 Jahren, am 10. Mai 1871, unterzeichneten der französische Außenminister und der deutsche Reichskanzler, Otto von Bismarck, im Hotel zum Schwan den Frieden von Frankfurt.

Dieser Vertrag unterschied sich wesentlich vom Versailler Diktat. Letzterer war von Rachedgedanken geprägt. Bismarck hingegen nahm zwar auf die Wünsche aus dem Militär und der Nationalbewegung Rücksicht, vermied jedoch Reizungen des Gegners um ihrer selbst willen. Da der Frankfurter im Gegensatz zum Versailler Frieden weitgehend auf Nadelstiche gegen den Verlierer in Form von demütigenden, moralisch abwertenden und diskriminierenden Bestimmungen verzichtete, kam er statt mit 440 wie der Versailler mit 18 Artikeln zuzüglich dreier zusätzlicher Bestimmungen aus. Anders als in Versailles, wo die Verlierer von den Siegern vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und nur noch unterschreiben sollten, gingen dem Frankfurter Friedensschluss Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien voraus. Der Frankfurter Friede trägt denn auch Züge eines Kompromisses.

Im Falle von Metz folgte Bismarck seinen Militärs und ließ es Frankreich nicht. Zu schwer wog das militärische Argument, die Festung habe den Wert einer Armee von mindestens 120.000 Mann. Mit ihrem Eintreten für einen Verbleib von Belfort bei Frankreich setzte sich die französische Seite hingegen durch. Im Ergebnis trat Frankreich schließlich das Territorium des späteren Reichslandes Elsass-Lothringen ab.

Auch auf die Höhe der Wiedergutmachungszahlungen konnte der Verlierer Einfluss nehmen. Statt der von deutscher Seite ursprünglich geforderten sechs Milliarden Francs einigte man sich auf fünf Milliarden. Das entsprach 1450 Tonnen Feingold und war viel Geld. Allerdings gingen die Vertragsparteien davon aus, dass Frankreich das in drei Jahren würde aufbringen können. Und selbst diese zugestandenen drei Jahre brauchte der Kriegsverlierer noch nicht einmal. Für die Zahlung der Reparationen von Versailles brauchte der Verlierer hingegen Jahrzehnte. Am 3. Oktober 2010 zahlte die Bundesrepublik Deutschland die letzte Rate.

MARINE-EHRENMAL

Restaurierung für 4,6 Millionen Euro geplant

Deutscher Marinebund startet Spendenkampagne für die noch fehlenden 1,2 Millionen

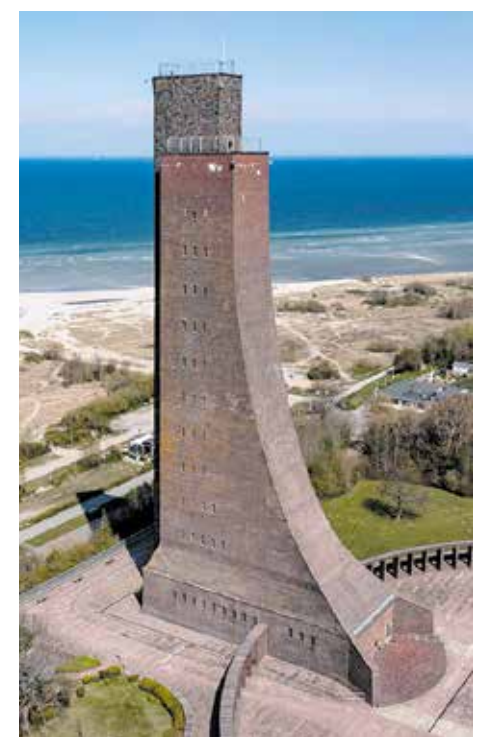
In der Region und unter den der Seefahrt Verbundenen ist es vielen bekannt: das 72 Meter hohe Marine-Ehrenmal in Laboe. Wie kein anderes Gebäude prägt es das Gesicht der Kieler Außenförde. Es ist ein wichtiger Ort des Gedenkens und mit seinem großartigen Ausblick Attraktion für Besucher aus der ganzen Welt. Dieses Jahr feiert das Marine-Ehrenmal sein 85-jähriges Bestehen.

Die Zeit hat wie die Witterung ihre Spuren hinterlassen. „Ganz aktuell machen gravierende Schäden am Turm des Ehrenmals eine Sanierung der Fassade notwendig“, sagt Heinz Maurus, Staats-

sekretär a. D. und Präsident des Deutschen Marinebundes (DMB), der das 1996 zur Gedenkstätte umgewidmete Ehrenmal an die auf den Meeren gebliebenen Seeleute aller Nationen am 30. Mai 1954 übernommen hat. Seit rund zwei Jahren dringt Wasser in die Fugen des Mauerwerks ein, das, wenn es gefriert, Klinkersteine absprengt. Eine im vergangenen Jahr durchgeführte gutachterliche Untersuchung bestätigt die Notwendigkeit einer umfassenden Instandsetzung der Verblendsteinfassade mit einer Fläche von rund 4500 Quadratmetern bis in eine Höhe von knapp 68 Metern.

Dabei sollen rund 5000 Steine und etwa 100 Kilometer Fugen ausgetauscht werden. Zusätzlich sollen Restaurierungsarbeiten an Türen, Fenstern, Geländern und im Sockelbereich des Turmes erfolgen. Die Ausschreibungen für die Sanierungsarbeiten sollen nach Erhalt der Förderbescheide voraussichtlich noch dieses Jahr erfolgen. Kommendes Jahr sollen die Arbeiten beginnen. Bis 2024 soll die Sanierung abgeschlossen sein. Der Besuch der 85 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen Aussichtsplattform soll währenddessen weiter möglich sein.

Gerechnet wird mit Baukosten in Höhe von 4,6 Millionen Euro, einschließlich Reserve. Der Bund fördert das Vorhaben mit bis zu 2,25 Millionen Euro, das Land Schleswig-Holstein mit 460.000 Euro. Aus zweckgebundenen Mitteln zum Erhalt des Marine-Ehrenmals will der DMB selbst 800.000 Euro beisteuern. „Das jetzt noch bestehende Delta von zirka 1,2 Millionen Euro hoffen wir, wie in den vergangenen Zeiten, wieder über Spenden schließen zu können“, so der Präsident des Dachverbandes von über 300 örtlichen Vereinen, Clubs und Marinekameradschaften.



PAZ Marine-Ehrenmal in Laboe Foto: paz

VON WOLFGANG KAUFMANN

W er die griechische Insel Kreta kontrolliert, verfügt über einen unsinkbaren Flugzeugträger im östlichen Mittelmeerraum. Im Zweiten Weltkrieg hatte Kreta darüber hinaus eine besondere strategische Bedeutung. Von dort aus konnte man den Nachschubverkehr für das Deutsche Afrikakorps (DAK) attackieren, und die Bombardierung der rumänischen Erdölfelder bei Ploiești, von denen die Wehrmacht erhebliche Treibstoffmengen bezog, lag ebenfalls im Bereich des Möglichen. Andererseits erlaubte die Stationierung von Flugzeugen auf Kreta gleichermaßen Angriffe auf britische Konvois während ihrer Fahrt von Indien nach Großbritannien auf der Suezkanal-Route. Aus diesem Grunde strebten sowohl Adolf Hitler als auch Winston Churchill danach, die Insel am Südrand der Ägäis zu besetzen.

Die Briten waren schneller. Am 1. November 1940, nur vier Tage nach dem Einmarsch der Achsenmacht Italien in Griechenland und einem Hilferuf Athens an London, kamen die ersten Vorauskommandos des Empire nach Kreta. Bis zum Februar des Folgejahres entstanden dann drei Flugplätze für die Royal Air Force (RAF) in Maleme, Rethymno und Iraklio.

Nach der Totalniederlage der griechischen Armee gegen die später ebenfalls einrückende Wehrmacht im April 1941 mussten die im Vormonat angelandeten britisch-australisch-neuseeländischen Expeditionsstreitkräfte Attika und den Peloponnes wieder räumen, wobei ein Teil davon nach Kreta verlegt wurde. Das Kommando über die schließlich 32.300 Mann starke „Creforce“, der rund 11.500 reguläre griechische Soldaten und Gendarmen zur Seite standen, erhielt Generalmajor Bernard Cyril Freyberg.

Die Briten waren schneller

Währenddessen legte der Befehlshaber der Luftflotte 4, General der Flieger Alexander Löhr, einen Plan zur Besetzung Kretas durch Luftlandetruppen vor. Dieser wurde am 21. April 1941 von Hitler gebilligt. Dem folgte vier Tage später die Führerweisung „Nr. 28 für die Kriegführung (Unternehmen Merkur)“. Vorgesehen waren Luftlandungen im Bereich der drei RAF-Flugfelder sowie der Inselhauptstadt Chania, wo neben Freybergs Führungsstab auch die Regierung und

der König Griechenlands ihren Sitz genommen hatten.

Zunächst sollten Fallschirmjäger die Pisten im Handstreich einnehmen. Anschließend war geplant, weitere Luftlandeverbände und Gebirgsjäger mit Transportflugzeugen nach Kreta zu bringen.

Insgesamt standen für das Unternehmen Merkur das XI. Fliegerkorps der Luftflotte 4 unter dem General der Flieger Kurt Student, zu dem die 7. Flieger-Division und das Luftlande-Sturm-Regiment 1 mit insgesamt 15.000 Fallschirmjägern gehörten, das VIII. Fliegerkorps der Luftflotte 4 mit 690 Bombern und Jagdflugzeugen, 14.000 Gebirgsjäger der 5. und 6. Gebirgs-Division der 12. Armee sowie drei Kampfgeschwader zur besonderen Verwendung mit 533 Transportmaschinen vom Typ Junkers Ju 52 („Tante Ju“) und 70 Lastenseglern DFS 230 zur Verfügung.

Löhrs Plan hatte mehrere Schwächen. So beruhte er auf Fehleinschätzungen der Abwehr, denen zufolge auf Kreta maximal 15.000 Mann Commonwealth-Truppen stünden und die griechische Zivilbevölkerung sehr deutschfreundlich sei. Darüber hinaus fehlte jedwedes Überraschungsmoment, weil der Gegner in der Lage war, die mit der Schlüsselmaschine Enigma codierten Funksprüche mitzulesen, und sich daher gezielt vorbereiten konnte.

Dennoch siegten die deutschen Luftlandeverbände schließlich. Das lag daran, dass Freyberg keine Erlaubnis erhielt, die Pisten in Maleme, Rethymno und Iraklio unbrauchbar zu machen, um die Landung der feindlichen Transportmaschinen zu verhindern. Dadurch konnte vor allem der Brückenkopf von Maleme ausgebaut werden, womit die militärische Entscheidung im Kampf um Kreta fiel.

Bis zum 1. Juni 1941 evakuierte die britische Marine knapp 17.000 alliierte Soldaten. Der Rest geriet in Kriegsgefangen-

UNTERNEHMEN MERKUR

Eine der ersten großen Luftlandeoperationen

Im Rahmen der Kämpfe um Kreta vor 80 Jahren wurden deutsche Soldaten von griechischen Freischärlern angegriffen sowie von kretischen Zivilisten, auch von Frauen, massakriert und verstümmelt



FOTO BUNDESARCHIV, BILD-ID: 1979-28-36 (UNKNOWN AUTHOR) / CC-BY-SA

„Jetzt ist die Zeit gekommen, allen derartigen Fällen planmäßig nachzugehen, Vergeltung zu üben und Strafgerichte abzuhalten, die auch als Abschreckungsmittel für die Zukunft dienen sollen. Ich beabsichtige, in dieser Richtung mit äußerster Härte vorzugehen“

Kurt Student
Kommandierender General des XI. Fliegerkorps am 31. Mai 1941

schaft oder fiel. Die Zahl der Toten und Vermissten bezifferte London später mit 3579. Alleine schon infolge der Versenkung von drei Kreuzern und sechs Zerstörern

durch Bomber der Luftwaffe starben 2011 Seeleute der Royal Navy. Dazu verloren auch 544 griechische Soldaten ihr Leben.

Löhrs Plan hatte diverse Schwächen

Auf der deutschen Seite soll es 3744 Tote und Vermisste gegeben haben, darunter auch drei blutjunge Nachkommen des legendären preußischen Marschalls Gebhard Leberecht von Blücher. Darüber hinaus zerstörten die Verteidiger der Insel 284 Transport- und Kampfflugzeuge der Luftwaffe.

Etliche Fallschirm- und Gebirgsjäger der Wehrmacht fielen indes nicht in regulären Gefechten, sondern im Feuer griechischer Freischärler, die teilweise verbotene Munition benutzten. Und manche der deutschen Soldaten wurden von kretischen Zivilisten, darunter auch Frauen, massakriert und verstümmelt, nachdem sie verwundet in deren Hände geraten waren oder sich ergeben hatten. Ermittler der Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts (WUSt) nahmen später zahlreiche Zeugenaussagen auf mit Schilderungen von abgetrennten Körperteilen, ausgestochenen Augen und durchgeschnittenen Kehlen. Übergriffe solcher Art ereigneten sich unter anderem in Castelli Kisano, Moussoura, Prasses, Kandanos und Kondomari. Hieraus resultierte ein Befehl von Student vom 31. Mai 1941, unverzüglich Vergeltung zu üben: „Bei der ganzen Sachlage ist dies Sache der Truppe und nicht von ordentlichen Gerichten. Sie kommen für Bestien und Mörder nicht in Frage.“

Nach unterschiedlichen Quellenangaben wurden infolgedessen zwischen 500 und 2000 kretische Zivilisten exekutiert und drakonische Strafmaßnahmen gegen einige Ortschaften auf der Insel verhängt. Sie gelten im heutigen Griechenland als „Martyrerdrörfen“.

HAMM-BRÜCHER

Bonns linksliberale „Grande Dame“

Als „Grande Dame“ der FDP ließ sich Hildegard Hamm-Brücher nicht ungerne bezeichnen. Die linksliberale Politikerin kandidierte 1948 erfolgreich für den Münchener Stadtrat. 2012 gehörte sie noch einmal der Bundesversammlung an, allerdings auf Initiative der Grünen. Ihrer Partei hatte sie zu dieser Zeit bereits den Rücken gekehrt. Sie verstand sich seitdem als „freischaffende Liberale“. Die Eckdaten kennzeichnen den langen Zeitraum ihrer umfassenden politischen Betätigung mit einer Vielzahl an Mandaten und Ämtern.

Geboren wurde Hildegard Brücher vor 100 Jahren, am 11. Mai 1921, in Essen. Den Doppelnahmen führte sie seit



Wurde vor 100 Jahren geboren: Hildegard Hamm-Brücher Foto: pa

der 1956 geschlossenen Ehe mit dem CSU-Politiker Erwin Hamm. Während des NS-Regimes galt sie als „Halbjüdin“, konnte aber, auch durch Protektion des Nobelpreisträgers Heinrich Wieland, in München ein Chemiestudium absolvieren. Entfernt war sie mit Mitgliedern der „Weißen Rose“ bekannt, von deren konkretem oppositionellen Wirken sie nichts wusste. Sie sagte im Nachhinein, es sei die „Gesinnung“ gewesen, „die uns verbunden hat“. Das Andenken an den Widerstand war ihr stets ein Anliegen.

Der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, dem sie 1946 begegnete, überzeugte sie „von einer Politik auf der Basis einer süddeutsch-demokratischen Spielart des Liberalismus“, so der Historiker Jürgen Frölich.

Hamm-Brücher machte sich als Bildungspolitikernamen. Sie war Abgeordnete im Bayerischen Landtag und in Bonn, Staatssekretärin im Bundesbildungsministerium und Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Enttäuscht zeigte sie sich, als ihre Partei 1982 die sozialliberale Koalition beendete und mit der Union zusammenging. Das konstruktive Misstrauensvotum lehnte sie ab. Vor der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler rief sie dazu auf, „der persönlichen Meinung und Verantwortung des gewählten Abgeordneten mehr Gewicht“ beizumessen. Der Linie der eigenen Partei stand sie fortan äußerst kritisch gegenüber.

1994 stellte die FDP sie als Bundespräsidentenskandidatin auf. Gegen ihren Willen wurde sie vor dem dritten Wahlgang zurückgezogen. Acht Jahre später verließ sie die Liberalen. Vor allem durch das Wirken von Jürgen Möllemann sei die FDP „zur rechten Volkspartei“ geworden, wie Hamm-Brücher es formulierte. Öffentlich engagiert war sie weiterhin. Am 7. Dezember 2016 ist sie gestorben. E.L.



Am 21. Mai 1941 über Kreta: Junkers Ju 52 der Luftwaffe setzten Fallschirmjäger ab

Foto: New Zealand Official

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während die Bundesregierung mit ihrer „bundes einheitlichen Corona-Notbremse“ das föderale Prinzip aushöhlt und der Staat Grundrechte in bislang einzigartiger Weise beschränkt, rufen Kritiker dieses Treibens dazu auf, eine ganz andere Art von Notbremse zu betätigen. Damit spielen sie auf den Artikel 20 des Grundgesetzes an. Während in dessen ersten drei Absätzen die tragenden Säulen unserer gesellschaftlichen Grundordnung benannt werden, als da sind Demokratie, das Rechts- beziehungsweise Sozial- und Bundesstaatsprinzip sowie die Gewaltenteilung, heißt es dann im Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Dieser Passus wurde im Zuge der Notstandsgesetzgebung mit dem 17. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 in den Artikel 20 eingefügt, um das Abwehrrecht des Bürgers gegenüber einem verfassungswidrig handelnden Staat zu begründen. Mögliche Widerstandshandlungen können dabei vom individuellen oder kollektiven passiven Ungehorsam bis hin zum aktiven und unter Umständen letztlich auch bewaffneten Widerstand reichen.

Allerdings ist unter Staatsrechtlern umstritten, wann dieses Notwehrrecht der Deutschen tatsächlich zu greifen beginnt. Während einige Widerstand bereits in dem Moment für legitim halten, in dem der Staat punktuell beginnt, den Boden der ordnungspolitischen Rationalität oder des Grundgesetzes zu verlassen, sieht die Mehrheit den Moment zum Handeln erst dann für gekommen, wenn die verfassungsmäßige Grundordnung in ihrer Gänze auf der Strecke zu bleiben droht.

Nur, wenn alles Normale versagt

Das ist auch der Standpunkt des derzeitigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Stephan Harbarth. Das Gericht selbst hat sich bislang aber noch nicht ausdrücklich zu dieser Frage geäußert – jedoch gibt es eine Entscheidung aus dem Jahre 1956, in der es zum Thema Widerstandsrechte der Bürger angesichts staatlicher Übergriffe und Verfassungsbrüche heißt: Wer solche gewähren wolle, müsse „den grundsätzlichen Unterschied zwischen einer intakten Ordnung, in der im Einzelfalle auch Verfassungswidrigkeiten vorkommen mögen, und einer Ordnung, in der die Staatsorgane aus Nichtachtung von Gesetz und Recht die Verfassung, das Volk und den Staat im ganzen verderben“, ins Kalkül ziehen. Denn nur im letzteren Falle sei Widerstand gegen die Obrigkeit legitim. Und mit genau dieser Argumentation wird nun heute versucht, den 1968 dann schließlich in Kraft gesetzten Absatz



Hoffnung auf staatliche Organe: Kritiker von Corona-Maßnahmen vergangenen April in Berlin

Foto: imago/serienlicht

WIDERSTANDSRECHT

In der Praxis wenig wert

Manche Kritiker der Corona-Restriktionen sehen den Rechtsstaat in Gefahr und sinnieren über das Recht zum Widerstand. Doch ein Blick ins Grundgesetz zeigt: Die Verfassung bleibt da recht theoretisch

4 des Artikels 20 des deutschen Grundgesetzes zur ebenso substanz- wie wirkungslosen Hohlformel zu degradieren.

Wenn der Staat sich mit seiner Corona-Politik über die Verfassung hinwegsetzt, soll der Widerstandsfall keineswegs schon gegeben sein. Oder wie es der Staatsrechtler Josef Isensee in einem Aufsatz mit dem Titel „Widerstandsrecht im Grundgesetz“ darlegte: „Das Widerstandsrecht reagiert nicht auf einzelne Rechtsverstöße, für die ... Abhilfe besteht.“ Erst wenn „alle Mittel der Normallage“ versagten, dürften die Bürger „zu den heiklen Mitteln des Rechtsbruchs und der Gewalttätigkeit greifen“.

Als probate Instrumente, welche Widerstand unnötig machen und somit auch delegitimieren, gelten dabei insbesondere Klagen oder Verfassungsbeschwerden wegen einer Einschränkung der Grundrechte oder des Erlasses verfassungswidriger Gesetze durch die Legislative – selbst wenn diese Schritte unter ganz bewusster

Missachtung des Grundgesetzes erfolgten. Solange es theoretisch also noch möglich ist, juristisch gegen den übergriffigen Staat anzukämpfen, soll keine Berufung auf Artikel 20 möglich sein. Das heißt im Klartext, dass bis zum Ende der formellen Existenz des Bundesverfassungsgerichts durch Selbstauflösung oder Zwang niemand behaupten darf, es fehle an „normalen“ Abhilfemöglichkeiten zur Beendigung einer staatlichen Tyrannei.

Muss es erst zu spät sein?

Außerdem muss auch im Falle der Geltendmachung des Widerstandsrechts immer der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werden, was die Pflicht einschließt, stets das mildeste mögliche Mittel der Gegenwehr zu wählen. Unter Berücksichtigung solcher Vorgaben wären Attentate wie das von Claus Schenk Graf von Stauffenberg zum Zwecke der Tötung des Diktators Adolf Hitler in aller Regel illegitim. Der Absatz 4 des Artikels

20 des Grundgesetzes gewährt den Bürgern hierzulande somit ein Notwehrrecht gegenüber dem Staat oder diktatorisch auftretenden Einzelpersonen, welches nach vorherrschender Meinung der juristischen Experten erst dann gelten und Wirkung entfalten soll, wenn es dazu in der Realität schon zu spät ist.

Damit schafft der Passus logischerweise kein echtes Recht und dient als bloße Beruhigungsspiel für die Bürger. Darüber hinaus ignoriert er jedoch auch eine absolute Selbstverständlichkeit: Das einzig wahre politische Subjekt überhaupt, nämlich das Volk, braucht keine gesetzliche Erlaubnis, um Gefahren für sein eigenes Wohl abzuwenden. Wobei der diesbezügliche Volkswille im Prinzip recht einfach durchsetzbar ist. Bei einer flächendeckenden Verweigerungshaltung gegenüber dem Staat, aufgrund derer kaum noch jemand dessen schädliche oder demokratiefeindlichen Gesetze befolgt, wären Exekutive und Judikative sehr bald am Ende

ihres Lateins und ganz ohne Volksaufstand zur Kapitulation gezwungen.

Wunschtraum „stille Revolution“

Entscheidend ist also nicht der dramatische offene Widerstand einiger Weniger, sondern das Handeln der breiten Masse. In der wachsenden Ignoranz gegenüber den Regeln zum „Infektionsschutz“ sehen manche schon den Hinweis, dass Deutschland am Beginn einer solchen „stillen Revolution“ stehe. In deren Verlauf wären für solche Stimmen dann freilich auch noch andere Formen der passiven Verweigerung, wie das Einstellen der aufgezwungenen Zahlungen zur Alimentierung des staatlichen Rundfunks, denkbar.

Das wiederum könnte einen Schneeballeffekt auf dem Felde des zivilen Ungehorsams auslösen. Die Angst hiervor könnte mitspielen bei besorgten Diskussionen unter Politikern hierzulande, wie viele Einschränkungen man den Bürgern jetzt noch zumuten dürfe.

CORONA

Geburtenknick statt Babyboom

Viele erwarteten mehr Geburten wegen der erzwungenen Häuslichkeit im Lockdown – Doch das Gegenteil ist eingetreten

Hartnäckig halten sich Legenden, die von Babybooms nach längeren Stromausfällen oder Schneestürmen berichten. Bereits im Fall der beiden New Yorker Blackouts von 1965 und 1977 hatten Statistiker Medienberichte geradegerückt, die aus einigen gut ausgelasteten Kreißsälen die Schlussfolgerung zogen, die Geburtenzahlen hätten sich verdreifacht.

Vereinzelte tauchten auch im vergangenen Jahr, nach der Verhängung der ersten Pandemiebeschränkungen, Spekulationen auf, die erzwungenen Häuslichkeit würde sich in steigenden Geburtenzahlen widerspiegeln. Statistische Daten aus vielen Ländern belegen nun das

genaue Gegenteil: Die Corona-Krise hat eher zu einem Geburtenrückgang geführt.

Minus 20 Prozent in Spanien

Für Österreichs Akademie der Wissenschaften (ÖAW) hat der Bevölkerungswissenschaftler Tomáš Sobotka systematisch die Geburtenzahlen untersucht. Festgestellt hat der Leiter der Forschungsgruppe „Fertilität und Familie“ am Institut für Demographie der ÖAW, dass in keinem einzigen der untersuchten Länder die Geburtenzahlen neun Monate nach Ausbruch der Pandemie bis Jahresbeginn 2021 gestiegen sind. Stattdessen gab es

zum Teil drastische Einbrüche. Davon waren vor allem Länder betroffen, die gleich in der ersten Welle der Pandemie hohe Infektionszahlen und viele Todesfälle zu beklagen hatten.

In Spanien beispielsweise sank die Zahl der Geburten im Dezember 2020 und im Januar darauf um 20 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr zuvor. Italiens Statistik weist für den November 2020 ein Minus von acht Prozent aus. Beide Länder hatten bereits vor der Corona-Pandemie im internationalen Vergleich sehr geringe Fertilitätsraten zu verzeichnen. Auffällig ist die Entwicklung in Ungarn verlaufen. Dort stiegen die Ge-

burtenzahlen nach Beginn der Pandemie an, bis sie im November 2020 stagnierten und bis Januar um zehn Prozent abstürzten. Auch die Entwicklung in Schweden, das bei den Pandemiemaßnahmen einen Sonderweg geht, ist dem gegenüber bemerkenswert.

Schweden blieb nahezu stabil

In dem skandinavischen Land ging im Dezember die Zahl der Geburten im Vergleich zum Dezember 2019 nur um ein halbes Prozent zurück. Auch in Finnland, Norwegen und Dänemark, aber ebenso in Tschechien konnten die Wissenschaftler der ÖAW zumindest bislang keinen deut-

lichen Einfluss der Pandemie und der Lockdown-Maßnahmen auf die Fertilität feststellen.

Sobotka und seine Forschungsgruppe sehen hinter dem Geburtenknick in vielen Ländern mehrere Faktoren: Die Pandemie habe zu einer starken Verunsicherung über die ökonomischen Zukunftsaussichten geführt. In einigen Ländern wurde die Unsicherheit zumindest etwas durch die Sozialsysteme abgefedert. Auch gesundheitliche Motive spielen offenbar eine Rolle, etwa die Angst von Frauen, sich während einer Schwangerschaft oder im Krankenhaus mit Corona zu infizieren.

Norman Hanert



SÜDOSTPREUSSEN

Groß angelegte Impfkampagne

Artur Chojecki will bald zur Normalität zurückkehren – Sorge um ausreichende Versorgung mit Vakzinen

VON DAWID KAZANSKI

Bis heute wurden in der Republik Polen über zehn Millionen Impfstoffdosen gegen COVID-19 verabreicht. In Flughäfen, Sporthallen und Schulen werden im südlichen Ostpreußen zurzeit verstärkt Impfzentren eingerichtet. Zunächst gab es Pilotzentren in jeder Woiwodschaft. Nun soll es bald Hunderte solcher Punkte geben. Durch die neuen Impfzentren soll die Impfung gegen Corona landesweit wesentlich beschleunigt werden.

Bei den neuen Impfzentren handelt es sich um riesige Flächen, die komplett dem Impfprogramm gewidmet sein sollen. Die Standorte für die Zentren wurden auf der kommunalen Ebene vorgeschlagen, die endgültige Entscheidung wurde jedoch von der Regierung getroffen, damit alle nach einheitlichen Standards geschaffen werden.

Die ersten Impfzentren wurden am 19. und 20. April im Rahmen des Pilotprojekts freigegeben. Das erste derartige Zentrum in Südostpreußen wurde in Osterode feierlich eröffnet. „Unsere Priorität ist es, so viele Menschen wie möglich in kurzer Zeit impfen zu lassen, damit wir zur Normalität zurückkehren können. Wir gehen davon aus, dass wir im Stande sind, bis Ende August alle Impfwilligen zu impfen“, teilte der Woiwode von Ermland und Masuren, Artur Chojecki, während der Eröffnungsveranstaltung mit.

Die Zahl der Massenimpfstellen soll landesweit 470 erreichen. Die neuen Impfzentren sollen sich nach Angaben der Regierungsvertreter durch hohe Effizienz auszeichnen. Es ist beabsichtigt, dass in Städten mit bis zu 50.000 Einwohnern täglich mindestens 200 Impfungen stattfinden. In größeren Städten über 50.000 Einwohner müssten mindestens 500 Impfungen pro Tag verabreicht werden, sagte Michał Dworczyk, der im Auftrag der Regierung für das Impfprogramm



Impfzentrum Allenstein: Die Turnhalle des Sportkomplexes in der Mariengasse wurde umfunktioniert

Foto: D.K.

verantwortlich ist. Ergänzt werden soll das gesamte System durch sogenannte Drive-Thru-Punkte, an denen man sich impfen lassen kann, ohne aus dem Auto auszusteigen.

Impfen auch in Unternehmen

Im Rahmen des nationalen Impfprogramms dürfen auch Arbeitgeber ihren Mitarbeitern die Möglichkeit bieten, sich impfen zu lassen. Dies gilt für große Konzerne und Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern. Die betrieblichen Impfaktionen sollen im Mai beginnen und vom Arbeitgeber organisiert werden. Der Möbelfabrikant Jan Szynaka aus Löbau in Westpreußen erklärt zum Beispiel, dass er in seinen Fabriken sogar 4000 Menschen in einer Woche impfen lassen könne. Wie das Gesundheitsministerium versprach, wird jeder Erwachsene bis Mitte Mai eine elektronische Einladung erhalten, mit

der er sich für die Impfung anmelden kann. So viel zur Theorie.

Das Tempo des groß angelegten Impfvorhabens hängt jedoch grundsätzlich von der Versorgung mit Vakzinpräparaten ab. Trotz der Tatsache, dass Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ankündigte, dass Polen bis Juni allein 4,2 Millionen Dosen des Impfstoffs von Pfizer erhalten soll, sind viele lokale Politiker nicht so optimistisch und befürchten einen Mangel an ausreichenden Vorbereitungen sowie die Ineffizienz des Systems.

So wurde beispielsweise in Allenstein eine Turnhalle, die zum Sportkomplex in der Mariengasse gehört, an die Bedürfnisse eines Impfzentrums angepasst. Der wichtigste Teil der Maßnahmen, die mit der Vorbereitung der Impfstelle und der Einstellung von qualifiziertem Personal verbunden sind, ist bereits erledigt. Das Stadtkrankenhaus ist für den Impfstützpunkt

verantwortlich. Laut den Vertretern der Einrichtung werden dort jeden Tag etwa 60 Menschen pro Stunde geimpft, was 3600 Menschen pro Woche bedeutet. Das Impfzentrum wird sechs Tage in der Woche zehn Stunden am Tag geöffnet bleiben. „Wir könnten die Aktion an dieser Stelle jederzeit starten, aber nach meinen Informationen gibt es einen Mangel an Impfstoffen“, sagte der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz. Gegenüber Lokalmedien fügte er hinzu: „Eine ähnliche Situation herrscht auch in anderen Städten, in denen solche Punkte geschaffen werden. Das beunruhigt mich sehr, denn die Verschiebung des Beginns der groß angelegten Impfungen bedeutet die Gefahr weiterer Erkrankungen.“

In Allenstein entstehen zwei allgemeine Impfzentren. Das zweite wird in der Fachklinik an der Dworcowa-Straße untergebracht.

MELDUNGEN

Rathaus wird renoviert

Pr. Holland – Das Dach des denkmalgeschützten Rathauses von Pr. Holland bedarf dringend der Renovierung. Zur Zeit läuft eine zweite Ausschreibung, an der sich drei Baufirmen beteiligt haben. Die Stadt hat für die Sanierung des Dachs umgerechnet etwa 72.000 Euro bereitgestellt. Das niedrigste Angebot beträgt jedoch fast 87.000 Euro. Das letzte Mal wurde das Rathaus im Jahr 1968 renoviert. Jetzt muss das Dach abgedichtet, neu gedeckt sowie die Dachkonstruktion verstärkt werden. Zusätzlich umfassen die Arbeiten die Reparatur der Schornsteine und der Attika, die Pflege des Mauerwerkes, die Wärmedämmung des Daches, das Auswechseln der Fenster in den Innenwänden und die Anbringung eines Blitzableiters. Im Gebäude befinden sich die Touristik-Information und das Zentrum für soziale Integration. Die interessierten Firmen können ihr Angebot bis zum 23. April abgeben. Der Unternehmer hat nach Unterzeichnung des Vertrages vier Monate Zeit für die Ausführung der Arbeiten. PAZ

Frauenburg erhält Zuschuss

Frauenburg – Der sogenannte Glockenturm ist das höchste Gebäude auf dem Domhügel in Frauenburg. Die letzte Renovierung fand vor 50 Jahren statt. Nun hat es dank eines Zuschusses durch das Ministerium für Kultur und das nationale Erbe in Höhe von umgerechnet 413.000 Euro die Chance, seinen früheren Glanz wiederzugewinnen. Der Turm hat eine Höhe von 70 Metern. Er hat eine Aussichtsterrasse, von der man das Panorama der Stadt, den Hafen und das Frische Haff besichtigen kann. Im unteren Teil des Turmes befindet sich ein Planetarium. PAZ

KÖNIGSBERG

Bürger decken Baupfusch auf

Empörung in sozialen Netzwerken – Stadtverwaltung geht auf die Beschwerden ein und reagiert umgehend

In jüngster Zeit nutzen Königsberger Beamte immer häufiger soziale Netzwerke, um mit den Bürgern in Dialog zu treten. Neben Facebook erfreut sich Instagram großer Beliebtheit. Aus den Nutzerkommentaren in sozialen Netzwerken erfahren sie, was die Bewohner der Region bewegt und worauf sie ihre besondere Aufmerksamkeit legen müssen. Besonders aufmerksam verfolgt die Leiterin der Königsberger Verwaltung, Jelena Djatlowa, die seit Frühlingsbeginn zahlreicher werden empörten Kommentare über den Zustand erst kürzlich reparierter öffentlicher Plätze und Straßen der Stadt nach dem Winter.

Insbesondere war den Bürgern der Zustand des Wallrings [ul. Professora Baranowa], der Wege am Ober- und Unterteich, des Hansaplatzes, der neuen Fußgängerzone auf der Rossokowskogoer und ebenso des Ufers am Fischdorf ein Dorn im Auge. Djatlowa versprach, die Hinweise zu überprüfen. Auf der Straße Rossokowskogo waren die Verschönerungsarbeiten gerade

erst beendet, als sich schon die ersten Defekte zeigten. Die Anwohner beklagten sich, dass nach der Modernisierung der Straße kaum noch Bäume standen. Zu den Mängeln zählen ein sichtbares Absacken

der Beschichtung, schlecht installierte Regenwasserabflüsse sowie verrutschte Gehwegplatten. Darüber hinaus war während der Bauarbeiten das Fundament des Panzers T-34 beschädigt worden. Der Auf-

tragnehmer verpflichtete sich, die Mängel zu beseitigen und die Arbeiten so schnell wie möglich abzuschließen, zumal die Stadtverwaltung für jeden Verzugstag eine Forderung von umgerechnet knapp 100 Euro erheben wird.

Es ist geplant, dass die Rossokowskogostraße zusammen mit der Schönstraße [Prospekt Sommera], die an den Steindamm anschließt, zur Fußgängerzone wird. Das bedeutet, dass im Zentrum nach dem Wallring eine zweite Fußgängerzone entsteht. Der Umbau wird im Rahmen des Programms „Bildung einer modernen städtischen Umwelt“ durchgeführt. Der Auftragnehmer muss die Arbeiten bis zum 1. August dieses Jahres abschließen. Im Rahmen der Neugestaltung wird die Fußgängerzone mit verschiedenfarbigen Steinen gepflastert und neue Sträucher gepflanzt. Zusätzlich werden Fahrradwege angelegt und Bänke aufgestellt.

Die Bürger beklagten auch, dass die Gehwegplatten an der Promenade des

Fischdorfs weggebrochen sind und nur noch die Hälfte des Fußgängerweges nutzbar ist. Am Unterteich, der erst im vergangenen Jahr verschönert wurde, brach ein Teil des Stegs ein. Der Bodenbelag hat sich an einigen Stellen gewellt, und es gibt große Lücken zwischen den Brettern. Der Putz am gegenüberliegenden Pfeiler bröckelt. Die Stadtverwaltung hat bereits Ansprüche gegen den Auftragnehmer angemeldet. Die Aufwertung des Unterteichs wurde im Rahmen des Programms „Bildung einer modernen städtischen Umwelt“ in den Jahren 2019 und 2020 durchgeführt. Insgesamt wurden umgerechnet 1,2 Millionen Euro dafür ausgegeben.

Im Rahmen der Gewährleistungspflicht wird der Auftragnehmer gezwungen, die schadhafte Beläge am Wallring zu erneuern. Es ist gut möglich, dass durch die Aufmerksamkeit besorgter Bürger die Liste der restaurierungsbedürftigen Objekte ergänzt wird und die Stadtverwaltung erneut darauf reagieren muss. Jurij Tschernyschew



Schon wieder defekt: Fußgängerzone in der Rossokowskogo-Straße

Foto: J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Harder, Gerda, geb. Meschonat, aus Lyck, Morgenstraße 31, am 11. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Theiß, Hedwig, geb. Wisotzki, aus Lyck, Morgenstraße 22, am 7. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Deimann, Hanna, geb. Wiede, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Gehre, Meta, geb. Lankau, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 11. Mai
Grzyb, Irmgard, geb. Pauleit, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Quassowsky, Ilse, geb. Conrad, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Tobegen, Hildegard, geb. Bartsch, aus Königsberg, Knipprodestraße, am 13. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brassus, Doris, aus Babken, Kreis Treuburg, am 12. Mai
Jopp, Ewald, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Mai
Loh, Elsa, aus Keipern, Kreis Lyck, am 13. Mai
Parszczenski, Johanna, geb. Kijewski, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai

Pörschke, Johannes, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. Mai
Schillgalies, Fritz, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Staklies, Waltraut, geb. Neumann, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Burdina, Grete, geb. Grzanna, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Christner, Edith, geb. Knoch, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Mai
Grallert, Hildegard, aus Waldwender, Kreis Lyck, am 9. Mai
Jösten, Brigitte, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Mai
Küsener, Erna, geb. Sotzek, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Michaelis, Ursula, geb. Berger, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. Mai
Rosinski, Christel, geb. Meyer, aus Radomin, Kreis Lyck, am 12. Mai
Woggon, Ruth, geb. Palluck, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Blumenscheit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Gornecki, Gertrud, geb. Botzkowski, aus Osterschau, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Heinius, Walter, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Hoffmann, Fritz, aus Wehlau, am 13. Mai
Kuhn, Elisabeth, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 12. Mai
Schmitz, Erna, geb. Duchnitzki, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Damrau, Alfred, aus Kurnehnen, Kreis Fischhausen, am 12. Mai
Fröhlich, Bruno, aus Ortelsburg, am 12. Mai
Lau, Waltraut, geb. Pilchowski, aus Lyck, Bismarckstraße 65, am 7. Mai

Pasternak, Erika, geb. Weisflog, aus Wehlau, am 10. Mai
Pettenpaul, Karl-Heinz, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 11. Mai
Scheffler, Ilse, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Sopha, Charlotte, geb. Berg, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai
Soppa, Werner, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Mai
Wenig, Anne-Eva, geb. Philipp, aus Kirschnellen, Kreis Fischhausen, am 13. Mai
Wojke, Elisabeth, geb. Warniak, aus Sarken, Kreis Lyck, am 7. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. Kolletzki, aus Pertelnicken, Kreis Fischhausen, am 11. Mai
Becker, Gerda, geb. Preuß, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Benter, Margot, geb. Hoff, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Blessing, Helga, geb. Kendziorra, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 7. Mai
Fankhauser, Hildegard, geb. Salewski, aus Neidenburg, am 8. Mai
Füseke, Elly, geb. Dohmann, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 13. Mai
Ingmann, Lisbeth, geb. Grigo, aus Krassau, Kreis Lyck, am 10. Mai
Kempka, Gerda, geb. Nernheim, aus Wehlau, am 7. Mai
Leonhardt, Herta, geb. Wenz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai
Mordas, Kurt, aus Königsberg, am 10. April

Rabe, Gerda, geb. Riedel, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 5. Mai
Rossmann, Walter, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Schmidt, Margarete, geb. Mex, aus Treuburg, am 7. Mai
Wienefeld, Christel, geb. Kullik, aus Lyck, Hindenburgstraße 22, am 12. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Birth, Gerhard, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 12. Mai

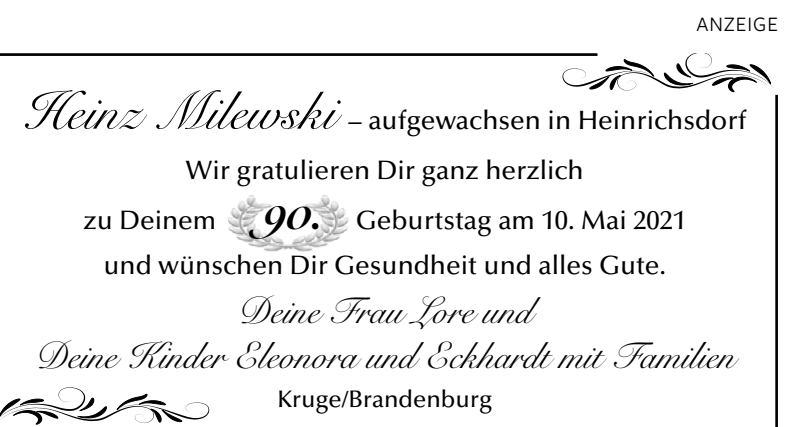
Chmielewski, Willi, aus Wachal, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Gollub, Adeltraud, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Herrmann, Siegfried, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Meineke, Irma, geb. Dickmann, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Mischke, Inge, geb. Grzeski, aus Allenstein, am 11. Mai
Olbrisch, Waltraud, geb. Grabosch, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai
Scharna, Monika, geb. Preuss, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 9. Mai
Schrenke, Eva, geb. Gelhaar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Vogt, Lena, geb. Jotzo, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 8. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Willi, aus Reichertswalde, Kreis Mohrungen, am 9. Mai
Balz, Lieselotte, geb. Kolossa, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Mai
Block, Traute, geb. Usko, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai
Dinges, Herta, geb. Gindler, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai
Janz, Bruno, aus Guttshallen, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Kock, Dietrich, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 12. Mai
Kullak, Edith, geb. Reck, aus Arlen, Rhein, Kreis Lötzen, am 7. Mai
Kuschka, Dora, geb. Eggert, aus Caspershöfen, Kreis Fischhausen, am 8. Mai
Langer, Ursel, geb. Tusnat, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 13. Mai
Milewski, Heinz, aus Heinrichsdorf, Kreis Sensburg, am 10. Mai
Tarrach, Kurt, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Wagner, Klaus, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 11. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bahr, Inge, geb. Patzinski, aus Lyck, am 11. Mai
Boguschewski, Klaus-Dieter, aus Treuburg, am 12. Mai



Briese, Renate, geb. Ewert, aus Lötzen, am 8. Mai

Butzke, Helga, geb. Goldner, aus Sablau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai

Cohrs, Erika, geb. Gennies/Wilkanowski, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Mai

Debler, Lothar, aus Wehlau, am 12. Mai
Gintaut, Alfred, aus Tims-tern, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Mai

Kelch, Dietmar, aus Lyck, am 10. Mai

Keller, Käthe, geb. Wallis, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai

Kremer-Jung, Anneliese, geb. Elbe, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 9. Mai

Kröncke, Erika, geb. Budnick, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 10. Mai

Kutzko, Margit, geb. Schobert, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 8. Mai

Makowka, Helmut, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Masuch, Rautgunde, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai

Müller, Elli, geb. Schibath, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 11. Mai

Müller, Gisela Karin, geb. Suck, aus Lötzen, am 13. Mai

Nowak, Ruth, geb. Lasogga, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 9. Mai

Patz, Günter, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai

Paustian, Ilse, geb. Petermann, aus Nöttnicken, Kreis Fischhausen, am 10. Mai

Rekowski, Margarete, geb. Kosziullo, aus Weidicken, Rhein, Kreis Lötzen, am 10. Mai

Salzbrunn, Eleonore, geb. Olbrisch, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 8. Mai

Schroff, Elfriede, geb. Kopka, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Mai

Skrotzki, Hiltrut, geb. Stenker, aus Alt-Kriewen, Kreis Lyck, am 12. Mai

Szubries, Friedhelm, geb. Dzubries, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bindzus, Ingbert, aus Lyck, am 8. Mai

Danneberg, Gerda, geb. Waschulewski, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai

Dinkloh, Peter, aus Wehlau, am 13. Mai

Druminski, Inge, geb. Borkowski, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 13. Mai

Meister, Christa, geb. Kischlat, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 11. Mai

Müller, Gustav-Adolf, aus Bergwalde/Arlen, Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Mai

Fehlberg, Peter, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 8. Mai

Meyer, Brigitte, geb. Tobias, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 10. Mai

Packheiser, Erich, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 12. Mai

Paulsen, Helga, geb. Spei, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 7. Mai

Thiel, Käthe, geb. Erbuth, aus Klein-Bolken, Kreis Treuburg, am 8. Mai

Wassenberg, Helga, geb. Zeier, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai

Wormland, Sigrid, geb. Fuchs, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 11. Mai

Napalowski, Hans-Jürgen, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 9. Mai

Spauschus, Dr. Roswitha, geb. Gaigalat, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 10. Mai

Skauschus, Dr. Roswitha, geb. Gaigalat, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 10. Mai

Skauschus, Dr. Roswitha, geb. Gaigalat, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 10. Mai

www.paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Frau
 Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 20/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 20/2021 (Erstverkaufstag 21. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 11. Mai**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

Abgesagt: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen (19. Juni)

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Das Jahrestreffen der Ostpreußen am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird.

Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

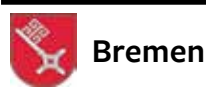
Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann
 Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
 28209 Bremen, Telefon (0421)
 3469718

Nachruf

Am 18. April verstarb Waltraud Bartholomeyczik, die langjährige stellvertretende Leiterin unserer Frauengruppe. Sie wurde 97 Jahre alt. Ihr bereits verstorbener Ehemann Werner gehörte zu den Mitbegründern unserer Gruppe. Sie selbst war damals als 25-jährige Lehrerin im niedersächsischen Schuldienst tätig.

Noch vor wenigen Jahren hatte sie sich dem Bremer Schulmuseum als Zeitzeugin zur Verfügung gestellt und ihre Eindrücke und Erlebnisse als junge vertriebene Lehrerin für die Nachwelt dokumentieren lassen. Als wir von der Suche des Museums nach Zeitzeugen aus dem Schulbereich erfahren hatten, schlugen wir Waltraud Bartholomeyczik vor und waren sehr glücklich, dass der Kontakt zustande kam. Für kommende Generationen ist es wichtig, auch etwas über den Anteil vertriebener Lehrer und Lehrerinnen an der Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung nach dem Krieg zu erfahren.

Ihr großes Wissen um volkskundliche und musische Unterrichtsinhalte hat die Verstorbene schon immer mit großer Freude und Begeisterungsfähigkeit an Menschen weitergegeben. Das gemeinsame Singen, nicht nur in unserer Frauengruppe, lag ihr besonders. Es gab kaum eine gesellige Zusammenkunft, zu der sie nicht vielfältige Liederzettel verteilte und mit solcher Unterstützung einen begeisterten gemeinsamen Gesang mit den Anwesenden hervorzauberte. Auch kleine Gedichte und Prosastücke hatte sie dabei und konnte so im Handumdrehen einen gelungenen ostpreußischen Nachmittag zur Freude aller aus dem Nichts entstehen lassen.

Eng befreundet war sie mit Frida Todtenhaupt, der allseits sehr anerkannten Leiterin unserer Frauengruppe. Mit ihr bildete sie ein Duett der ostpreußischen Kulturarbeit, das nicht nur in Bremen sondern auch bei den Werkwochen der Landsmannschaft Ostpreußen im Ostheim in Bad Pyrmont perfekt und segensreich funktionierte. Viele ehemalige Teilnehmerinnen werden sich ihrer erinnern.

Nach dem Tode Frida Todtenhaupt im Jahre 1994 war sie der Nachfolgerin Barbara Richter als Stellvertreterin noch sechs Jahre lang eine wichtige Hilfe bei der Leitung der Frauengruppe. Inzwischen war sie von Bremen nach Bassum verzogen, doch ließ sie es sich noch viele Jahre nicht nehmen, weiterhin zu den größeren Veranstaltungen und den Treffen der Frauengruppe zu kommen. Im

Jahre 2008 verfasste sie eine ausführliche Würdigung der Lebensleistung Frida Todtenhaupt im Dienste unserer Landsmannschaft, die wir in unserer Festschrift veröffentlichten.

Wir werden Waltraud Bartholomeyczik stets in dankbarer Erinnerung behalten.

Heinrich Lohmann



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel
Geschäftsstelle:
 Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459
 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59,
 Mobiltelefon (0170) 3102815



Gratulation

Elchniederung. Zum 70. Geburtstag der Heimatkreisgruppe Insterburg in Hamburg gratulieren wir und wünschen Glück und Erfolg bei vielen weiteren Treffen sowie Gesundheit und Kraft dem „lieben Manfred“. In heimatlichem Gedanken grüßen alle Marjellens und Lorbasse der Kreisgruppe Elchniederung in Hamburg *Helga Bergner*



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke,
 Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg,
 Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.
Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465.
Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Optimistisch bleiben

Oldenburg. Corona und kein Ende! Auch für dieses Frühjahr sehen wir noch kein Licht am Ende. Unser Optimismus mit einem Veranstaltungsbeginn im April war offensichtlich verfrüht. Augenblicklich können wir noch nichts planen, weshalb wir vor Ende der Sommerpause, also vor September, keine Veranstaltung vorbereiten werden. Wir glauben auch, dass es erst einmal wichtig ist, dass wir alle, sofern wir wollen, unsere zweite Impfung bekommen sollten, bevor wir uns einigermaßen sicher treffen können. Wir sind auch auf die Öffnung der Gastronomie angewiesen. Vergessen Sie uns nicht und bewahren Sie sich Ihren Optimismus und Ihre Zuversicht. Bleiben Sie behütet!

Ostpreußen lebt und wir kommen wieder!
 Gisela Borchers



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner,
 Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Durchhalten

Landesgruppe. Nun will der Lenz uns grüßen; aber leider hat uns Corona noch immer fest im Griff. Postalisch und per Telefon haben wir mit allen 20 Ortsgruppen in unserem Land Schleswig-Holstein Kontakt halten können. Im Übrigen hoffe ich, dass ein Großteil unserer Mitglieder die erste Impfung bekommen hat und dass unsere Zusammenkünfte auf Orts- und Landesebene bald wieder stattfinden können. Bis dahin müssen wir uns aufpassen, damit wir uns alle gesund und munter wiedersehen. Wer die Heimat wie wir zwangsweise verlassen musste, spürt häufig eine lebenslange Wunde, die nur oberflächlich verheilt und immer wieder aufbricht. Und so haben wir respektieren gelernt, was die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann folgendermaßen formulierte: „Es gibt so etwas wie ein Menschenrecht auf die eigene Erinnerung, das man mit Zensur und Tabuisierung schwerlich aus der Welt schaffen kann.“ Und ich füge hinzu: Die Erinnerung an unsere alte Heimat ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können. Und nun etwas Positives:

Saure Wochen – frohe Feste!

Dieses Dichterwort passt auf die Ostpreußen wie die Butter auf das Brot. Und die wurde kräftig aufgeschmiert. Grund zum Feiern gab es immer. Da waren die Jahresfeste, die in Ostpreußen länger gefeiert wurden als anderswo. Weihnachten, Ostern und Pfingsten: Es wurde noch einer, ein dritter „Feiertag“ angehängt, an dem nur das Nötigste getan wurde „Affjebroocht Fierdoog“ nannte man das. Und dann wurde aufgetischt: Kurzum, der Menschheit Glück und Jammer liegt oft in der Speisekammer.

„Ich bleibe gleichfalls bei der Regel, denn meine Wiege stand am Pregel; und wär' Lukullus hier geboren, hätt' er wie ich sein Herz verloren – an Königsberger Klops natürlich. Er fänd' es auch nicht genierlich, und würde derob gar nicht staunen, dass Fleck man kocht aus Rindskaldaunen. Denn diese Fleck schmeckt gar nicht iebel mit Mostrich, Majoran und Zwiebel. Doch fast so delikate wie Fleck sind graue Erbsen – fett mit Speck. Auch Spirkel auf Kartoffelbrei und Sauerampfer – schön mit Ei! Dann Flinsen mit Farin bestreut, Schwarzsauer um die Weihnachtszeit. Und Pflaumenkeilchen, Bartsch und Beeten gab's in Kalthof wie in Metgethen. Loblieder sang ein Jedermann auf Königsberger Majoran, so stand es auf den Speisekarten in Julchental und Königsgarten und wer dies alles nicht geschmeckt, hat nie das Paradies entdeckt.“

In der Hoffnung, Ihnen ein paar Erinnerungen und Anregungen für ostpreußische Gerichte gegeben zu haben, verbleibe ich Ihr Landesvorsitzender *Edmund Ferner*

Absagen

Schwarzenbek. 6. Mai: Essen fällt aus, ebenso die Ausfahrt am 10. Juni.



Mohrungen
Kreisvertreter: Ingrid Tkacz,
 Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Nachruf

Joachim Berg wurde am 19. Juli 1930 in Kallisten/Ostpreußen geboren. Er liebte seine Heimat Ostpreußen und hat die Kreisgemeinschaft Mohrungen mit seinem Wissen und Wirken sehr unterstützt. Viele Jahre gehörte er zum Organisationsteam der Mohrunger Heimatkreistreffen und sorgte unter anderem für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung. Dafür sind wir ihm dankbar.

Doch die Spuren seines Lebens und Wirkens und die Zeit mit ihm werden wir nicht vergessen. Dafür sind wir ihm dankbar.

Am 17. Dezember 2020 verstarb Joachim Berg.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Den familienehörigen sprechen wir unser tief empfundenes Mitgefühl aus.

Im Namen des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V.

Ingrid Tkacz,
 Kreisvertreterin



Tilsit-Stadt
Stadtvertreter: Erwin Feige,
 Am Karbel 52, 09116 Chemnitz,
 Telefon (0371) 3363748.

Nachruf

Irmgard Steffen, geb. Hoedtke geboren am 25. Oktober 1934, gestorben am 31. März 2021, Mitglied der gewählten Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., Schulsprecherin der „Johanna-Wolff-Schule/Meerwischer Volksschule“ in Tilsit, Vorstandsmitglied des Landesverbandes der

Ost- und Westpreußen e.V. in Wiesbaden.

„Ich denke gerne an das Fleckchen Erde im Osten, fern, wo ich geboren bin. Ich weiß, daß ich es nicht vergessen werde. Die Sehnsucht trägt mich immer zu ihm hin“.

Ja, diese Worte der Dichterin Hannelore Patzelt-Hennig sprach sie auch zum Unterzeichner dieses Nachrufs am Telefon, als er sie im August 2020 in Wiesbaden kontaktierte. Ein Treffen wurde vereinbart für Oktober des Jahres anlässlich eines Geschäftsaufenthaltes, den er in der hessischen Landeshauptstadt geplant hatte. Es kam nicht mehr dazu. Anrufe und Briefe erreichten die Empfängerin nicht mehr.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. ist erfüllt von tiefer Trauer und hohem Respekt für die Lebensleistung und das Schicksal Irmgard Steffens, geboren der Familie Hoedtke in Tilsit, dort in der Clausiusstraße 20. Da der Name Hoedtke so oft nicht in Ostpreußen vorkam, vermuten wir, dass ihr Vater Walter und ihre Schwester Käthe, unter derselben Adresse verzeichnet, ihre nächsten Verwandten waren.

Liebe Irmgard, die Trauer erinnert sich Deiner Verbundenheit mit der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., in der und für die Du selbstlos, zuletzt als Mitglied der Stadtvertretung tätig warst. In der Trauer bist Du als Mensch, als uns wertvolle, erfahrene und kollegiale Mitträgerin der Idee der Völkerfreundschaft ganz nahe. Ganz nahe fühle ich auch Deine engagierte Stimme auf unserem letzten physischen Treffen der Stadtvertretung in Magdeburg am 10. Mai 2019.

Unser Respekt verbindet sich mit Deiner unermüdbaren, tätigen Solidarität Deinen Schulkameradinnen und -kameraden der Tilsiter „Johanna-Wolff-Schule/Meerwischer Volksschule“ gegenüber, bei deren Treffen im August 2001 Du stimmungsvolle Gespräche initiiertest, vor allem mit typisch ostpreußischer Sprache und vertrautem Klang, sodass die damalige Organisatorin des Treffens, Traute Englert, im Heimatbrief Tilsiter Rundschau festhalten konnte: Irmgard Steffen ist „eine wirkliche Bereicherung für unseren Kreis, denn neben ihrem Humor und Gemein-

schaftssinn brachte sie noch viel Wissen über unser altes Tilsit und unsere Schule mit. Letzteres sollte für uns alle ganz besonders wertvoll sein. Denn schließlich sind unsere Jahrgänge die letzte Generation, die noch in Tilsit geboren ist.

Unsere Kinder sind bereits in unserer zweiten Heimat zur Welt gekommen. Dadurch sind sie logischerweise mit ganz anderen Sitten und Gebräuchen aufgewachsen. Ihre Sprache hat sich gemäß ihrem eigenen Geburtsort entwickelt. Ostpreußische Bräuche und Ausdrücke kennen sie nur vom Hörensagen.

Wer also von uns ‚Alten‘ die Urheimat immer noch an erster Stelle liebt, sollte nicht müde werden, sein sonst unwiderruflich untergehendes Kulturgut weiterzutragen.“ Das möge uns heute noch bewegen.

Zum Treffen Deiner Mitschülerinnen und -mitschüler im Jahre 2011 hattest Du sogar ein Einladungsgedicht verfasst: „Die Stadt ohne Gleichen‘ Tilsit genannt, wo die Memel fließt, ist unser Heimatland. Zum 13. Treffen 2011 aus Deutschland verteilt, in die Lutherstadt Wittenberg ein jeder gerne eilt. Danke für Euer Kommen - und eines ist klar: ich freue mich auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr!“

Und Du wusstest es ganz genau, wie es sich anfühlt, Abschied zu nehmen von guten Bekannten, von Marjellchen und Lorbasen. Die Heimkehr zweier Deiner Mitschülerinnen war zu beklagen. Du hattest für sie einen Nachruf verlesen, der endete mit: „Wir wollen nicht trauern, dass wir sie verloren haben, sondern dankbar sein dafür, dass wir sie gehabt haben, ja auch jetzt noch besitzen, denn wer heimkommt zum HERRN bleibt in der Gemeinschaft der Gottesfamilie und ist nur vorausgegangen. Gotteskinder sehen sich nie zum letzten Mal!“

Nun stehen wir, uns verneigend, und zugleich in dankbarer Erinnerung, vor Dir, liebe Irmgard. Wir sind froh, auch die Jüngeren und nicht in Tilsit Geborenen, wie der Unterzeichner, Dich kennen- und schätzen gelernt zu haben. *Günter H. Hertel, Sprecher der Stadtvertreterversammlung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.*

ANZEIGE

Kreisgemeinschaft Gumbinnen e.V.

In großer Hochachtung und tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserer sehr geschätzten Vorsitzenden und Kreisvertreterin

Karin Banse

geb. Ritter
 * 29. 5. 1937 † 19. 4. 2021
 in Rödszen / Röden in Uelzen

Karin Banse wurde als Tochter des Landwirts Hans Ritter und seiner Ehefrau Gertrud in Rödszen / Röden im Kreis Gumbinnen geboren.

Nach ihrer Schulzeit studierte sie Lehramt und war mehr als 40 Jahre als Lehrerin, dann als Rektorin und ab 2002 bis zu ihrer Pensionierung als Leitende Regierungsschuldirektorin tätig.

Gumbinnen war für Karin Banse und ihre Familie immer ein Thema. Deshalb wurde ihre erste Fahrt in die alte Heimat 1992 gleich zu einer Reise der ganzen Familie. Für sie war es stets ein großes Bedürfnis, immer wieder in die Heimat zu reisen. „Wir möchten eine Brücke zur Vergangenheit schlagen, denn wir haben eine gemeinsame Geschichte und teilen die Verpflichtung, die kulturellen Werte zu erhalten und weiterzugeben“ sagte sie über ihre Aktivitäten.

Seit 2004 gehörte sie dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen an, seit 2015 bis zu ihrem plötzlichen Tod als Vorsitzende und Kreisvertreterin. Sie war stellvertretende Vorsitzende im Stiftungsrat der Stiftung Gumbinnen. Mit ihren Ideen und Gedanken gründete sie, in Verbindung mit verschiedenen Schulen in Gusev, den dortigen Schulwettbewerb „Meine Heimat Gusev – Deine Heimat Gumbinnen“. Sie warb für die Restaurierung des historischen Freskos in der ehemaligen Friedrichsschule Mittel zur Finanzierung ein und war an der Gestaltung der „Gumbinner Stuben“ im Historischen A.M. Iwanow-Museum der Stadt Gusev, neben vielen anderen Aktionen, beteiligt.

Karin Banse hat sich im besonderen Maße, auch durch ihre Kontakte zu früheren jüdischen Mitbürgern in aller Welt und für die Belange der Kreisgemeinschaft Gumbinnen eingesetzt.

In Dankbarkeit

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen
 Der Vorstand der Stiftung Gumbinnen



Wir trauern um

Waltraud Bartholomeyczik

geb. Wabfels

*17. 7. 1923 in Kreuzingen † 18. 4. 2021 in Bassum

Wir bedanken uns bei der Verstorbenen für die jahrzehntelange Unterstützung und ihren Einsatz in unserer Frauengruppe.

Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Bremen

Heinrich Lohmann Dagmar Schramm Barbara Richter
 Vorsitzender stellv. Vorsitzende Leiterin der Frauengruppe

ANZEIGE

OSTPREUSSISCHE MUSEUMSSTÜCKE

Einmal um die Welt

Das Porträt Immanuel Kants beendet seine Reise im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg

Immanuel Kant ist der wohl berühmteste Ostpreuße. Sein Name macht die Region unsterblich. Für die Philosophie ist er ungefähr das, was ein Mozart oder Beethoven für die Musik ist: ein Klassiker. Zur Pop-Ikone wurde Kant nie, obwohl er Potenzial dazu hat. Zu keinem Philosophen wird heute mehr veröffentlicht. Und zu sehen ist er nun in Lüneburg. Hier hängt sein weltweit wohl bekanntestes Porträt.

Bequem sitzt er da, in fast stehender Haltung, seinen linken Arm locker auf den Schreibtisch gestützt. Das Format ist klein, und klein war auch der große Denker: nur 1,57 Meter. Die adrette Kleidung zeigt den Mann von Welt, Kant liebte Gesellschaften. Im Hintergrund sieht man Tintenfass und Globus, Kant bezeichnete Philosophen gern als „Weltweise“.

Rätsel um den Maler Doebler

Gesehen hat er diese Welt bekanntlich nie, er blieb seiner Heimatstadt Königsberg stets treu. Wer ihn malen wollte, musste zu ihm kommen. So auch Gottlieb Doebler, ein Berliner Maler. Auf ihn geht unser Lüneburger Porträt zurück. Dieser Doebler ist eine rätselhafte Person: Vier Jahre nach der Sitzung mit Kant soll er sich 1795 umgebracht haben, gleichzeitig hängt in Schloss Grunewald nahe Berlin ein Bild, das er etwa fünfzehn Jahre nach seinem Selbstmord malte. Erstaunlich. Das Ostpreußische Landesmuseum besitzt von seiner Hand Porträts der Elbinger Familie Pott aus dem Jahre 1795. Ebenso rätselhaft wie der Maler ist auch die Herkunft des Bildes.



Wird dem Berliner Maler Gottlieb Doebler zugeschrieben: Gemälde von Immanuel Kant, um 1791 Foto: OL

Es beginnt wie im Roman: Das berühmteste Kant-Porträt, ursprünglich im Besitz der Königsberger Freimaurer-Loge

„Zum Totenkopf und Phoenix“, wird im Krieg zerstört – dachte man. Da taucht es zehn Jahre nach dem Krieg wieder auf,

nein: Es ist eine Kopie, eine Kopie, von der bislang niemand wusste, eine alte Kopie, vielleicht vom Maler selbst, vielleicht aus dem 18. Jahrhundert für einen Schüler von Kant geschaffen, die Schrift auf der Rückseite lautet: „P. Kieseewetter angehörend.“ Vielleicht meint „P.“ Professor Johann Gottfried Karl Christian Kieseewetter, er wurde Kants Meisterschüler.

Ganze 150 Jahre der Geschichte des Bildes liegen (noch!) im Dunkeln, erste Nachforschungen ergaben kaum Ergebnisse. Eine Liebesgeschichte, dergleichen ja in keinem Roman fehlt, ist (noch?) nicht belegt, bekannt nur, dass die Amerikaner das aufgetauchte Bild zwar der Münchner Staatsgemäldesammlung zum Kauf anboten, es am Ende aber nach New York verbrachten. Posthum wird Kant also doch noch zum Globetrotter.

Bald gelangte das Bild dank engagierter Alt-Königsberger nach Deutschland zurück, nach Duisburg in das damalige Museum Stadt Königsberg. Nachdem es dort jahrzehntelang die Betrachter in den Bann zog, gelangte es nun – zusammen mit der restlichen Sammlung des aufgelösten Museums – 2016 nach Lüneburg.

Das Besondere an dem Bild

Doch warum all die Reisen, was macht das Bild so berühmt? Erstens haben sich nur wenige Porträts von Immanuel Kant erhalten, vor allem aber zeigt unser Porträt wie kein zweites den ganzen Kant: Den gründlichen Systematiker und den Menschenfreund, der in der weichen braunen

Farbigkeit etwas altmodisch, doch sehr herzlich wirkt. Dies Schwanken zwischen Strenge und Wärme macht den Reiz des Bildes aus – und auch den Reiz von Kant als Philosophen.

Wer immer also unser Porträt im Kant-Artikel auf Wikipedia als Hauptbild eingestellt hat, tat das sehr klug. Nur die Standortangabe haben wir noch hinzugefügt: Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg.

Geplante Dauerausstellung

2024 wird anlässlich seines 300. Geburtstags am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg erstmals eine Dauerausstellung zu Immanuel Kant in einem eigenen Anbau eröffnet. Der europaweite Architektenwettbewerb wurde kürzlich ausgerufen. Unter dem Arbeitstitel „Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung“ werden Leben und Werk des Philosophen vor allem aber die aktuelle Bedeutung seines Denkens einem breiten Publikum anschaulich und interaktiv präsentiert werden. Ostpreußisches Landesmuseum

● Ostpreußisches Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags, 10 bis 18 Uhr. Bitte buchen Sie vorab einen Termin und tragen Sie eine FFP2- oder eine medizinische Maske während des Aufenthaltes im Museum.

Rätsel

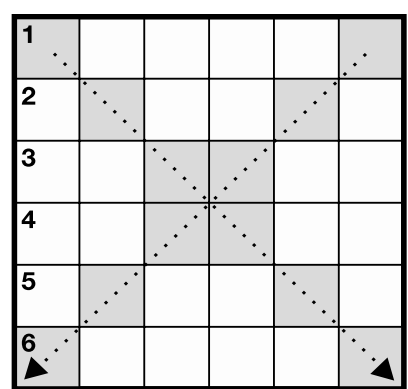
A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'Rüst des menschlichen Fußes', 'be-gründet; sicher', 'Gebäude im Zoo', 'ugs.: in den Schlaf singen', 'Dramen-gestalt bei Goethe', 'Gerichtshof', 'Inselgruppe im Atlantik', 'Gleit-schiene (Schit-ten)', 'empor-klettern (Pflan-zen)', 'ver-altet: April', 'Stück vom Ganzen', 'Stimm-zettel-behälter', 'Glanz-, Höhe-punkt (franz.)', 'nord-amerika-nischer Indianer', 'gewitzt; schlau', 'Bart-abnahme', 'scherzh.: wilder kleiner Junge', 'tiefes Bedauern', 'Kinder-buch-gestalt', 'dt. Mär-chen-dichter (Wilhelm)', 'Knochen-fortsatz am Arm-gelenk', 'Küchen-gerät, Zeit-messer', 'aus-ge-nom-men, frei von', 'Rest im Glas', 'ein Bild länd-lichen Friedens', 'dt. Bundes-präsident: ... Carstens', 'Ausdehnungs-begriff', 'im Kreis von ei-nem zum andern', 'aufhören fertig gekocht', 'Tischler-materiale', 'Kanal in dt. Küsten-städten', 'Stadt u. Kanton in der Schweiz', 'Süd-afrika-nerin', 'Anker-platz vor dem Hafen', 'Ehe-mann', 'spani-scher Tanz', 'fleis-chiger Pflan-zen-teil', 'dörl-lich', 'gefall-süchtig; ein-gebildet', 'Platz-mangel, Raumnot', 'franz. Schrift-steller (Albert)', 'Sagen-könig von Sparta', 'Fisch-fang-gerät', 'Boden-ver-tiefung', 'chem. Zeichen für Platin', 'König von Israel im A. T.', 'lustig bei-sammen sein', 'Sagen-könig von Sparta', 'Staat im Himalaja', 'Insel der Ky-kladen', 'Treib-, Gärungs-mittel', 'feier-liche Namens-gebung', 'Leitbild, Muster-bild', 'vorlang-samen, bremsen', 'höheres Wesen', 'Lager-stätte, Magazin', 'hoch-betagt', 'voll-endete Entwick-lung', 'besitz-anzi-gendes Fürwort', 'unmit-telbar zuvor', 'Forsttyp', 'ital. Mittel-meer-insel', 'bevor', 'nord-ischer Hirsch, Eich', 'Fluse, Fädchen', 'männ-liche Anrede', 'Hoch-schul-lehrer', 'zim-per-lich, spröde', 'Getreide-art, Kukuruz', 'Kurz-schrift (Kurz-wort)', 'Leber-abson-derung', 'Turner-abteilung', 'alt-griech. Orakel-stätte', 'Zupf-instrument, Lyra', 'Unwille, Ver-drossen-heit', 'Abwas-ser-leitung; Deich-schleuse', 'Hafen-stadt in Kanada', 'rumän. Wäh-rungs-einheit', 'selten, knapp', 'Verban-nung; Verban-nungsort', 'Gewürz-, Heil-pflanze', 'Schuld-summe, Fehl-betrag', 'Hühner-produkt', 'Weingut m. großen Lager-räumen', 'hollän-discher Käse', 'ausge-dehntes Gast-mahl', 'Ringel-, Saug-wurm', 'kost-spielig', 'edle Blume', 'PAZ21_18'

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: (1,4)=1, (1,5)=3; Row 2: (2,1)=8, (2,2)=2, (2,4)=3, (2,6)=9; Row 3: (3,1)=4, (3,4)=6, (3,5)=5, (3,9)=2; Row 4: (4,1)=3, (4,2)=1, (4,4)=4, (4,6)=2, (4,9)=9; Row 5: (5,1)=5, (5,3)=4, (5,4)=1, (5,8)=7; Row 6: (6,1)=4, (6,4)=2, (6,6)=5, (6,9)=8; Row 7: (7,2)=6, (7,3)=5.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

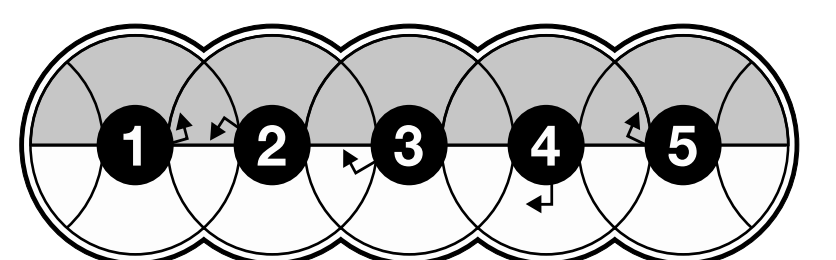
Diagonalrätsel



Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Insekten. 1 italienischer Tresterbranntwein, 2 seelischer Schock, 3 enge Holzterrasse, 4 Leibesmitte, 5 Krestiere, 6 Klagegedicht

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Verbesserung (Mehrzahl). 1 Kunststil, 2 weiblicher Fisch, 3 Göttertrank; Blütensaft, 4 ein Planet, 5 Wettlauf



AUSZEICHNUNGEN

Bewahrung und Vermittlung kulturellen Erbes

Der Georg-Dehio-Kulturpreis 2021 geht an die Kulturgemeinschaft Borussia und das Institut für angewandte Geschichte

Mit dem Georg-Dehio-Kulturpreis 2021 des Deutschen Kulturforums östliches Europa werden die Kulturgemeinschaft Borussia, Allenstein/Olsztyn, sowie das Institut für angewandte Geschichte, Frankfurt (Oder), ausgezeichnet. Die feierliche Verleihung der Preise findet am 7. Oktober in Berlin statt.

Mit dem Georg-Dehio-Kulturpreis würdigt das Kulturforum seit dem Jahr 2003 besondere Leistungen von Menschen und Institutionen, die in herausragender Weise dazu beigetragen haben, das gemeinsame kulturelle Erbe jener Regionen des östlichen Europa, in denen im Laufe der Geschichte auch Deutsche gelebt haben, zu erforschen, zu bewahren,

einem interessierten Publikum zu präsentieren und damit den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Der Hauptpreis des Georg-Dehio-Kulturpreises wird Persönlichkeiten für ein Lebenswerk oder Institutionen für besonders verdienstvolle langjährige Arbeit verliehen. Mit dem Förderpreis sollen herausragende innovative Leistungen auf kulturellem Gebiet ausgezeichnet werden.

Der Preis erinnert an den bedeutenden, aus Reval (estnisch Tallinn) gebürtigen Kunsthistoriker Georg Dehio (1850–1932). Sein Blick für regionale Zusammenhänge und sein Gespür für die wechselvolle Geschichte historischer Denkmäler haben Maßstäbe gesetzt, an denen sich auch die Arbeit des Deutschen Kulturforums östliches Europa orientiert.

Die siebenköpfige Jury (siehe Kasten) sprach den Hauptpreis der Kulturgemeinschaft Borussia zu für ihr über drei Jahrzehnte währendes Engagement der Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes in der Woiwodschaft Ermland-Masuren. In der Begründung der Jury heißt es: „Die von den Mitgliedern von Borussia gemeinschaftlich entwickelte Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist besonders nachhaltig, weil darin Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung für ihre unmittelbare Umgebung und darüber hinaus für ihre Region wahrnehmen. [...]

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa verleiht den Georg-Dehio-Preis an die Kulturgemeinschaft als generationsübergreifendes Projekt für das Gesamtwerk von Verein und Stiftung. Das Kulturforum und die Fachjury erkennen damit die Arbeit einer großen Gruppe von Menschen an, die sich zusammengeschlossen haben, um Ermland und Masuren neu zu denken und dabei den Widerspruch zwischen deutschen und polnischen Zeitschichten zu überwinden. Diese Arbeit von unten hat Vorbildcharakter weit über das historische Ostpreußen hin-



Schlicht, aber mit Wiedererkennungswert: Logo des Georg-Dehio-Kulturpreises

naus und ist besonders in einer Zeit erneut angespannter Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wichtig.“

Der Förderpreis geht an das Institut für angewandte Geschichte – Gesellschaft und Wissenschaft im Dialog e.V. Aus der Begründung der Jury: „Es handelt sich dabei um eine Institution, die sich vor 20 Jahren aus dem Engagement von Studenten der Europa-Universität Viadrina entwickelte und — ohne strukturelle Hilfe zu erhalten — bis heute in einem Non-Profit-Modus weiter betrieben wird. Das Institut setzt sich hauptsächlich aus Studierenden, Promovierenden und Postdocs der Geschichte und der Kulturwissenschaft zusammen, die aus verschiedenen Ländern zum Studium an die Oder gekommen sind. [...]

Dem kulturwissenschaftlichen Ansatz und der Grenzregion verbunden, greifen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Themen auf, die sich auf die schwierigen Verflechtungen von Deutschen, Polen, Juden oder Ukrainer im gesamteuropäischen Kontext beziehen. [...] Bewundernswert ist die stets erkennbare Span-

nung zwischen den hohen Maßstäben der akademischen Theorie und Methodik einerseits und dem Anspruch, die vergesse-

nen und häufig komplexen Themen an die interessierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Auf diese Weise konnten inzwischen mehrere Projekte verwirklicht werden, die zur kritischen Reflexion der Regionalgeschichte beitragen und die Region tatsächlich geprägt haben.«

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa verleiht den Georg-Dehio-Kulturpreis in diesem Herbst zum zehnten Mal. Mit dem von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Kulturstatsministerin Monika Grütters, dotierten Preis werden Persönlichkeiten und Initiativen geehrt, die sich in vorbildlicher Weise mit den Traditionen und Interferenzen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa bewahrend, zukunftsorientiert und im partnerschaftlichen Dialog auseinandersetzen. Der Georg-Dehio-Kulturpreis ist aufgeteilt in einen mit 7.000 Euro dotierten Hauptpreis und einen mit 3.000 Euro dotierten Förderpreis.

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Zusammensetzung der Jury

Dr. Felix Ackermann, Deutsches Historisches Institut Warschau

Dr. Ernst Gierlich, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn

Karoline Gil, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart

Dr. Florian Kühner-Wielach, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München

Bára Procházková, Česká televize, Prag/Praha

Prof. Dr. Matthias Weber, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg

Prof. Dr. Paul Zaleski, Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für Denkmalkunde, Frankfurt (Oder)

ANZEIGE

Baseballmütze mit Elchschaufel

Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel

Der nächste Sommer kommt bestimmt!
Hochwertige Baseballmütze in marineblau mit aufgedruckter weißer Elchschaufel, mit verstärkten Frontsegmenten, gestickten Lüftungslöchern, aus 100 % Baumwolle. Einheitsgröße, mit großverstellbarem Klettverschluss am Hinterkopf für € 4,90 zzgl. Verpackung- und Versandpauschale von € 3,50/ Mütze.
Bei größerer Bestellmenge erhöht sich der Preis für Versand und Verpackung auf: € 6,00/Paket bis 1 kg.



Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-03-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

FRÜHGESCHICHTE

Als Königsberg noch eine Siedlung war

Vor 5000 Jahren begann die Entwicklung der späteren Hauptstadt Ostpreußens

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Geschichte der Siedlung im Südosten der Halbinsel Samland, welche schließlich unter dem Namen „Königsberg“ bekannt wurde, reicht rund 5000 Jahre zurück. Im Bereich der Pregel-Niederung lebten in der Jungsteinzeit Menschen auf sandigen Hügeln in Ufernähe.

Vor rund 3000 Jahren entstanden etliche Prußen-Dörfer im Stadtgebiet des späteren Königsberg – jedoch möglicherweise nicht das legendäre Twangste oder Tuwangste mit seiner Burg und seinem Ankerplatz, der viele Jahrhunderte später sowohl von Wikingern als auch von Lübecker Händlern genutzt wurde. Denn der Ortsname muss sich keineswegs auf das prußische Wort für „Teich mit Damm“ beziehen. Vielmehr kann er ebenso von dem gotischen Lehnwort „wangus“ herühren, welches durch Holzeinschlag entstandene Lichtungen in Eichenwäldern bezeichnete.

Das legendäre Twangste

Bei den alten Prußen galt es jedoch als Frevel, Hand an Eichen zu legen, weil die Bäume den furchteinflößenden Donnergott Perkunis symbolisierten. Aufgrund jenes religiösen Tabus war das 20 Meter über dem mittleren Wasserstand des Pregel liegende Twangste vielleicht eine Gründung der ostgermanischen Goten. Diese kamen aus Skandinavien sowie von der Insel Gotland und siedelten dann ab der Zeitenwende nördlich des Weichselknies, bevor sie schließlich zu Beginn des 3. Jahrhunderts n. Chr. im Donauraum und an der Küste des Schwarzen Meeres auftauchten. Also ging Twangste eventuell erst nach dem Abzug der Goten in den Besitz der Prußen über.

Die Siedlung blieb bis zum 8. Jahrhundert ein eher unbedeutendes Dorf, das zwar an die Bernstein-Handelsrouten angebunden war, aber mit Sicherheit keine



Auf seine Veranlassung kolonialisierte der Deutsche Orden Twangste: Hochmeister Heinrich von Hohenlohe

Foto: Bildarchiv Austria

solch große „internationale“ Drehscheibe darstellte wie Truso, das „Atlantis des Nordens“ im Weichsel-Delta.

Die Prußen errichteten eine ihrer vielen Wallburgen auf dem Hügel, die nun über dem Fischerdorf Lipnick (möglicherweise identisch mit dem späteren Löbenicht) und zwei weiteren Ortschaften thronte, die ab dem 14. Jahrhundert als Tragheim und Sackheim bekannt wurden und deren Namen auf die prußischen Wörter „trakas“ (Schneise beziehungsweise hochgelegene Wiese), „saks“ (Kiefernharz) und „kaimas“ (Dorf) zurückgingen.

Neben dieser Burg wollten Kaufleute aus Lübeck an dem Fluss, der „Pregore“

oder „Lipza“ genannt wurde, eine Handelsniederlassung gründen, worüber sie ab 1242 mit dem Deutschen Orden verhandelten. Der Orden der Brüder vom Deutschen Hospital Sankt Mariens in Jerusalem hatte 1231 begonnen, das Land der Prußen zu kolonisieren beziehungsweise zu christianisieren, und entschied sich schließlich 1246 auf Betreiben des Hochmeisters Heinrich von Hohenlohe dafür, selbst in Twangste aktiv zu werden. Hieraus resultierte die Errichtung einer Ordensburg namens „Castrum de Conigsberg“ auf den Fundamenten der alten prußischen Anlage, nachdem es Ordensrittern aus Sachsen, Thüringen, Meißen, Brandenburg und vom Rhein unter Poppo

von Osterna gelungen war, die Mündung des Pregel zu erreichen und den prußischen Stamm der Samen zu besiegen.

Die Vollendung der zunächst noch aus Holz bestehenden Burg erfolgte 1255 – ihren Namen bekam sie zu Ehren von König Ottokar II. Přemysl von Böhmen, der den Orden im Kampf gegen die Samen unterstützt und darüber hinaus auch Geld für den Bau gespendet sowie Truppen zu dessen Bemannung gestellt hatte. Ab 1256 entstand zusätzlich eine deutsche Wohnsiedlung im Bereich des späteren Steinhamms. Diese ging allerdings schon während des Zweiten Prußenaufstandes unter: Krieger der Samen unter Nalube aus Quednau steckten sie 1262 in Brand.

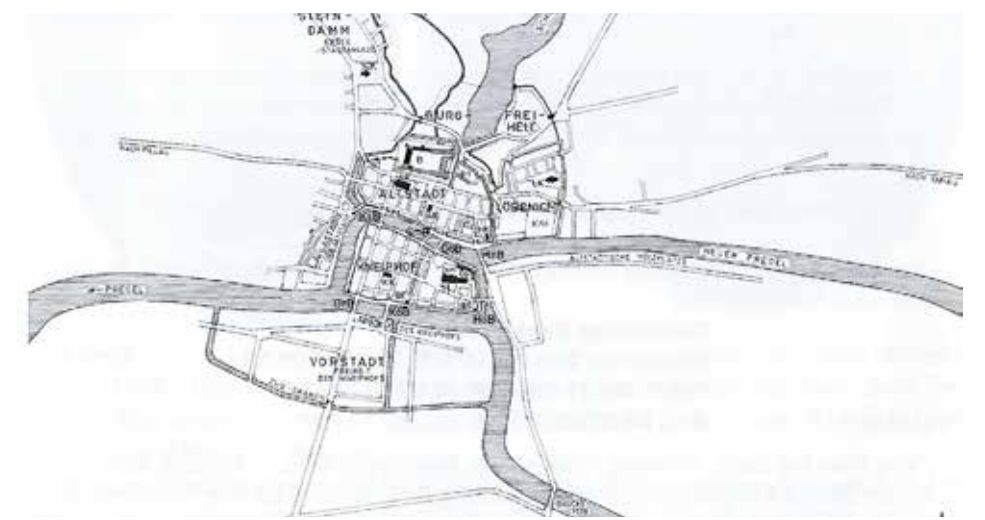
1283 entstand die spätere Altstadt

Nach der Niederschlagung von Nalubes Rebellion wurde ab 1264 unmittelbar südlich der nunmehr in Stein gehaltenen Burg eine neue Siedlung errichtet, die spätere Altstadt. Diese erhielt 1283 ebenfalls den Namen „Conigsberg“ – wiederum als Hommage an Ottokar II., den allseits hoch verehrten „Eisernen und Goldenen König“. Der war am 26. August 1278 in der Schlacht bei Dürnkrot und Jenespeigen gefallen, nachdem er selbst 31 Kö-

nigsstädte gegründet und an zwei sogenannten „Preußenfahrten“ teilgenommen hatte, deren Ziel darin bestand, den Deutschen Orden im Kampf gegen die heidnischen Prußen und Litauer zu unterstützen.

Die erneuerte Siedlung Conigsberg bekam am 28. Februar 1286 vom Landmeister des Deutschen Ordens für Preußen, Konrad von Thierberg dem Jüngeren, das Stadtrecht nach dem Muster der Kulmer Handfeste verliehen. Dieses Rechtsdokument war am 28. Dezember 1233 vom vierten Hochmeister des Deutschen Ordens, Hermann von Salza, für die Städte Kulm und Thorn erlassen worden und bildete seitdem das Vorbild für die meisten Urkunden zur Verleihung des Stadtrechts im preußischen Ordensstaat.

Am 27. Mai 1300 und am 6. April 1327 erhielten nach dem selben Prozedere auch die neuen Ortsgründungen Löbenicht an der Stelle eines alten Prußenorfes am Löbebach und Kneiphof auf der Pregel-Insel Vogtswerder südlich der Altstadt das Stadtrecht. Die formelle Vereinigung dieser drei Ortschaften erfolgte dann am 13. Juni 1724 auf Verfügung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I.



1262 durch einen Brand zerstört: Conigsberg, 1255

Foto: Königsberger Bürgerbrief

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

100 Orte aus Gegenwart und Vergangenheit

Ein Wahlbreslauer bietet mit seinem Reiseführer eine Alternative zu bekannten Touristenpunkten

Zum Thema Tourismus und Reisen in Zeiten von Corona wurde in diesem Jahr bis jetzt schon viel verfasst und vermutlich richtet sich der Blick in den nächsten Monaten eher auf die deutschen Nachbarländer als in die Ferne. Vielleicht ist es daher auch jetzt der richtige Zeitpunkt für einen brandneuen Reiseführer zur schlesischen Stadt Breslau. „Breslau (Wrocław) – Ein alternativer Reiseführer“, so lautet der vielversprechende Titel der Neuerscheinung. Im Untertitel heißt es dann: „100 außergewöhnliche Orte, die man nicht verpassen sollte“, selbst für einen Breslau-Kenner wird es spannend. Der Autor Mirko Seebeck beleuchtet die Stadt aus ganz besonderer Perspektive.

Beiträge von Breslauern und Fans

Breslau, wie war das doch gleich? Richtig, bis 1945 ein Teil Deutschlands, zeitweise sogar die drittgrößte Stadt des Landes. Die heute im polnischen als Wrocław bezeichnete Stadt ist voller Kontraste und weist eine dramatische Geschichte auf.

Der nun erschienene Reiseführer erschlägt seine Leser nicht mit komprimierten Informationen, sondern greift gezielt 100 Orte der Gegenwart und Vergangenheit heraus und erzählt dazu



Wahlheimat vieler Menschen: Breslau

Foto: pa

spannende, dramatische und groteske Geschichten. An vielen Schauplätzen würde man als Besucher wohl ahnungslos vorbeilaufen.

Verzichtet auf Hotels und Shopping

Wer kennt denn schließlich schon die akustischen Spiegel an der Allee der Physiker oder den alten Handelshafen? Was

hat es mit dem riesigen Dinosaurierskelett in der Stadtmitte auf sich? Warum ist die schönste Straße der Stadt kaum bekannt? Was geschah in jener Nacht, als der nackte Mann im Fechterbrunnen seine Kleidung verlor? Weshalb hat eine Putzfrau die Farbe von dem wohl hässlichsten Gebäude der Stadt ausgewählt?

Hotelempfehlungen oder Shopping-Tipps sucht man in diesem Reiseführer vergeblich. Dafür bricht er mit der Tradition, dass nur der Autor zu Wort kommt – denn zahlreiche Breslauer, wie zum Beispiel der langjährige Stadtpräsident Rafał Dutkiewicz sowie der deutsche Generalkonsul in Breslau, aber auch über 20 weitere mit Breslau verbundene Einwohner aus aller Welt verraten ihre drei ganz persönlichen Lieblingsorte. Fast alle Orte enthalten Empfehlungen für guten Kaffee mit oder ohne Nachtisch.

Fotografien aus dem Kanu heraus

Dieser Reiseführer ist die perfekte Einstiegslektüre, um eine Vorauswahl für den Erstbesuch zu treffen, aber auch ein hilfreicher Begleiter zum Entdecken neuer spannender Orte für diejenigen, die längst dem Zauber Breslaus verfallen sind. Vorfreude wecken zudem die beeindruckenden Fotografien, die zum Teil aus der Luft oder vom Wasser aus einem Falt-Kanu entstanden sind und so ihrerseits für neue Perspektiven sorgen.

Geschrieben wurde der Reiseführer von Mirko Seebeck – einem Ostwestfalen, der nicht nur eigene Wurzeln in der

Region besitzt, sondern Breslau kurzerhand zu seiner Wahlheimat erkoren hat. Mit viel Liebe für die Stadt und einem Faible für Geschichte, Architektur und guten Kaffee bietet sein alternativer Blick auf Breslau ein buntes Feuerwerk an Informationen über eine faszinierende Stadt, die schon mehr als 1000 Jahre auf dem Buckel hat.

Erschienen ist die Veröffentlichung als Taschenbuch, und sie ist ebenfalls als E-Book (PDF und ePUB Format) über www.wroclawguide.com erhältlich.

Und damit man bei einer Fahrt nach Breslau die 100 außergewöhnlichen Orte, die Mirko Seebeck aufgespürt hat, nicht verpasst, kann die Lektüre dieser Neuerscheinung nur empfohlen werden.

Michael Ferber

Mirko Seebeck: „Breslau (Wrocław) – Ein alternativer Reiseführer. 100 außergewöhnliche Orte, die man nicht verpassen sollte“, Wrocław-Guide.com, Taschenbuch, 2020, 240 Seiten, 16,95 Euro



VOLKSKUNST

Webkunst am Dammschen See

Weberinnen mit Leib und Seele – Else Mögelin und Meta Barnheim setzten Akzente

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Meta Barnheim geborene Stresow war eine reiche Bauerntochter aus Köselitz, einem im Pyritzer Weizacker gelegenen Dorf. Schon von ihrer Mutter hatte sie als junges Mädchen das Handweben gelernt, fertigte eifrig Handtücher und auch Schürzen für ihre Aussteuer an. Sie beherrschte auch die Leinen- und Köperbindung, ihre Handtücher wiesen auch schon das Gerstenkornmuster auf.

Im Jahr 1927 heiratete sie den Landwirt Adolf Barnheim, der seit 1921 das ehemalige Vorwerk des Gutes Obernhof besaß. Dieser Bauernbetrieb zwischen Bergland und Lübz am Dammschen See im Kreis Randow trug den schönen Namen Birkhorst. Der nächste Bahnhof befand sich in siebeneinhalb Kilometern Entfernung in Christinenberg. Mit dem Dampfer gab es von Lübz oder Bergland eine Verbindung über den Dammschen See nach Stettin.

Die Dampferfahrt von Bergland aus dauerte eine gute Stunde. Lübz war Heimathafen und Endstation der Dampferlinie über den Dammschen See. Den Sechsuhr-Dampfer benutzten vorwiegend die Lübziner Frauen, um in Stettin auf dem Markt Gemüse, Brot und Fische zu verkaufen.

Webschule in Lübz

Meta Barnheim besuchte ab 1935 die Webschule der Landesfrauenenschaft Pommern in Lübz, von denen es weitere in Henkenhagen bei Kolberg, Rügenwalde und auch auf der Insel Rügen gab. Die Webschule war in einem ehemaligen Gutshaus untergekommen. Hier wurden vier bis sechs Wochen dauernde Webkurse für Anfängerinnen und 14 Tage währende Kurse für fortgeschrittene Weberinnen angeboten. Man lernte das Weben von Grund auf.

Die Lehrerin, eine Webmeisterin, unterstand der Landesbauernschaft in Stettin. Als äußeres Abzeichen der Webschulen trugen die Absolventinnen Broschen.

Die Lübziner Brosche zeigte einen stilisierten Weberknoten.

Bäuerliches Leben hatte in der nationalsozialistischen Zeit Aufschwung erhalten. In der Lübziner Webschule schloss Meta Barnheim Freundschaft mit der Weblehrerin Luise Prokosch geborene Ackermann und mit der Leiterin Sofie Kayserling. Wegen ihres Lehrprogrammes hatten diese Weblehrerinnen Streit mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bekommen.

Da aber die Lübziner Webschule hervorragende Produkte ländlicher Webkunst hervorbrachte, bevormundete man sie weniger als die anderen Webschulen. 1938 gab es eine Ausstellung in der gezeigt wurde, was eine Jungbäuerin bei ihrer Heirat als Aussteuer auf den Hof ihres Mannes mitbringen sollte. In ihrer Truhe lagen Tisch- und Bettwäsche, Gardinen, Handtücher und Stoffe für Kleider in den verschiedensten Mustern.

Webstuhl im Fluchtgepäck

Meta Barnheim richtete sich auf Birkhorst eine Webstube ein. Sie webte bis zum Ende des Krieges 1945 leuchtende Dirndlstoffe, duftige Gardinen, kunstvolle Tischdecken, derbe Kostüme neben Handtüchern und Schürzen. Schon Ende der 1930er Jahre zeigte sich, dass ihre Weberei genauso viel Reinertragsgeld einbrachte wie die Landwirtschaft.

Meta Barnheim ging mit ihrer Tochter Roswitha mit Pferd und Wagen am Ende des Krieges auf die Flucht. Zu ihrem Flüchtlingsgepäck gehörten ein zusammengelegter Webstuhl und einige Garne. Mit dem Webstuhl kann ich Brot verdienen, war ihre Meinung. Sie schaffte es bis Hopen in Dithmarschen.

Metas Mann war in englische Kriegsgefangenschaft geraten und hatte das Glück, seine Familie 1946 wohlbehalten in Dithmarschen wiederzufinden. Inzwischen hatte Tochter Roswitha auch das Weben gelernt und unterstützte ihre Mutter. Gegen Garn und Lebensmittel webten sie fleißig ihre pommerschen Muster in Schürzen, Kleiderstoffe und Küchenhandtücher. Da ihre Webkunst von anderer Art



Praktische Erzeugnisse der Webkunst, angefertigt für die Aussteuer. Für die Weberinnen ein lukrativer Nebenverdienst
Foto: Kleszczewski

Sie unterstützte die vorpommerschen Fischer bei ihrer Heimarbeit, in dem sie Vorschläge für eine dem Ostseeraum angepasste Musterung und Ornamentik für ihre geknüpften Teppiche erarbeitete und weitergab.

Das Fortbestehen des Weberhandwerks lag ihr am Herzen. In Friedrichshuld im Kreis Rummelsburg drohte die Handwerkskunst der Damastweberei auszusterben. Der letzte Weber Lange war betagt. Um seine Kunst weitergeben zu können, stellte sie ihm Weberinnen zur Seite. Else Mögelin sah in der Weberei Kunst und Handwerk glücklich vereint.

Große Anerkennung

Für ihre Bildteppiche hatte sie schon 1930 eine Silbermedaille auf der Biennale in Mailand erhalten, eine Bronzemedaille folgte dann noch 1952 auf der Triennale in Mailand. Der 1952 preisgekrönte Bildwandteppich „Erde“ ist im Besitz der Pommernstiftung. In der Kieler Nikolai-Kirche hängt der von ihr entworfene, aber nicht von ihr gewebte „Bughagenteppich“. Über ihre Bildteppiche sagte sie einmal, dass sie keine Bilder, sondern Bildgewebe seien.

Bald nach Kriegsende wurde Else Mögelin Leiterin der Webklasse an der Hamburger Hochschule und lehrte dort bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1952. Im Jahr 1967 erhielt sie den Pommerschen Kulturpreis für Kunst in Würdigung ihres Mitwirkens bei der Neubelebung der Fischerteppich-Knüpferie in Pommern und der Hilfe für die Friedrichshulder Damastweberei. Als sie im Dezember 1982 starb, verabschiedete sie Hans-Ulrich Kuchenbäcker im Januar 1983 mit einem umfassenden Nachruf in der *Pommerschen Zeitung*.

Durch Meta und durch ihre Tochter Roswitha habe ich viel über die pommersche Webkunst erfahren. Aus Metas Nachlass erhielt ich einen Bildwandteppich, den sie aber selbst nicht gewebt hatte. Auf den früheren Pommerntreffen im August in Travemünde webten Pommersche Frauen Ortsnamen aus Pommern. Sie nannten es Schötzelweben, in Ostpreußen Jostenbandweben genannt.

als die traditionelle Weberei der Dithmarscher aus Meldorf war, hatten Mutter und Tochter guten Zuspruch.

Mit Luise Prokosch kam Meta Barnheim bald nach dem Krieg in Verbindung. Von ihr hörte sie wieder von Else Mögelin. Sie hatte es immer in Birkhorst bedauert, dass es ihr nicht möglich gewesen war, die Textilklassik der Werkschule für Gestaltarbeit in Stettin zu besuchen. An dieser Schule, die von Gregor Rosenbauer

geleitet wurde, war Else Mögelin seit 1927 Lehrerin der Textilklassik gewesen. Else Mögelin wurde am 20. April 1887 in Berlin geboren.

Nach ihrer Tätigkeit als Kunsterzieherin an Berliner Schulen (1906–1919) ging sie nach Weimar ins Bauhaus und arbeitete unter den Augen von Walter Gropius. Im Jahr 1924 verließ sie das Bauhaus und eröffnete in der Handwerkersiedlung Gildenhall am Ruppiner See eine Weberei.

350. GEBURTSTAG AM 13. MAI

Stralsunder Medizinergröße einst in die Leopoldina berufen

Georg Detharding im „Biographischen Lexikon der hervorragenden Ärzte“ verzeichnet

Der Mediziner Georg Detharding entstammte einer herausragenden Stralsunder Arztfamilie, die über sechs Generationen immer wieder namhafte Mediziner hervorbrachte, die überregionale Bekanntheit erlangten, in zeitgenössischen Lexika behandelt wurden und auch im „Biographischen Lexikon der hervorragenden Ärzte aller Zeiten und Völker“ Berücksichtigung fanden. Er hatte seine Hauptwirkungsstätten an den Universitäten von Rostock und Kopenhagen, trat als Forscher, Lehrer sowie Diagnostiker ins Rampenlicht und wurde in Anerkennung seines Wirkens in die berühmte Leopoldina als Mitglied berufen.

Mit elf Jahren immatrikuliert

Georg Detharding wurde am 13. Mai 1671 in Stralsund geboren. Sein gleichnamiger Vater wirkte in Stralsund als Arzt, wurde wegen seiner Behandlungserfolge zum Leibarzt des Herzogs von Mecklenburg erhoben und sorgte für eine umfassende Schulbildung des Jungen. Mit erstaunlichen Folgen. Schon im November 1682

wurde Detharding junior an der Universität in Rostock immatrikuliert. Da war er elf Jahre alt. Das ist bis heute im Rostocker Matrikelportal nachzulesen.

Im Februar 1688 erneuerte er die Immatrikulation und der Medizinersohn aus Stralsund begann sein Studium der Medizin in Rostock, das er später an der damals europaweit renommierten Universität von Leyden fortsetzte. Er hatte namhafte Lehrer, entwickelte früh einen besonderen Ehrgeiz, der ihn voranbrachte, und unternahm nach den Leydener Studien eine ausgedehnte Studienreise, die ihn durch Deutschland nach Italien, nach Frankreich und England führte. Überall erschloss er sich die bekannten Fortschritte in der Medizin.

Professur in Rostock

Anschließend wurde er an der Universität in Altdorf bei Nürnberg promoviert. Fortan ging es Schlag auf Schlag. Der Arzt aus Stralsund wurde 1696 als Professor der Medizin an die Universität in Rostock berufen, wo er in den Folgejahren forschte,

lehrt und mit seinen Publikationen überregionale Bekanntheit erlangte. Zwischendurch heiratete er Maria Reusch, die drei Jahre jünger war.



Georg Detharding: Stich von Johann Martin Bernigeroth (1745)

Rostock gedieh fortan zur Plattform für seine weitere Karriere. 1714 wurde Detharding in die Kaiserliche Akademie Leopoldina der Naturforscher als Mitglied aufgenommen. Diese Gesellschaft, die 1652 in Schweinfurt als erste naturwissenschaftlich-medizinische Gelehrten-Gesellschaft im deutschsprachigen Raum gegründet worden war und danach in verschiedenen anderen Orten residierte, wechselte dann 1878 ihren Stammsitz nach Halle. Sie wurde 2008 zur Nationalen Akademie der Wissenschaften der Bundesrepublik Deutschland erhoben und gilt heute als älteste dauerhaft existierende naturforschende Gesellschaft auf der ganzen Welt.

Umzug nach Kopenhagen

Detharding war in diesem elitären Gremium Mitglied. Damit wuchs sein Ansehen weiter. So wurde man auch in Kopenhagen auf ihn aufmerksam. 1732 wurde er in die dänische Hauptstadt berufen, wo er zu deutlich besseren Konditionen als in Rostock als Medizin-Professor lehrte und

mehrfach auch als Universitäts-Rektor fungierte. Detharding prägte nun in Kopenhagen rund 15 Jahre mehrere Mediziner-Generationen. Einige seiner Schüler wie Severin Hee machten dann ebenfalls Karriere. Hee, der aus Odense stammte, fungierte später an der dortigen Universität als Medizin-Professor und wurde wegen seiner Erkenntnisse ebenfalls, wie sein vormaliger Lehrer, in die Leopoldina berufen.

Einflussreicher Nachwuchs

Detharding, der 1745 vom Künstler Martin Bernigeroth porträtiert wurde, freute sich noch über die Entwicklung seiner sieben Kinder und starb am 23. Oktober 1747 in Kopenhagen. Er wurde 76 Jahre alt. Drei Söhne erlangten danach eigene Bekanntheit: Sein Sohn Georg Christoph Detharding folgte ihm als Mediziner und Hochschullehrer, der Sohn Georg Wilhelm wurde 1765 Lübecker Bürgermeister und Georg August Detharding wurde Professor für Recht und Geschichte am Christianeum in Altona. *Martin Stolzenau*

„Eine ungeheuerliche Verleugnung der Realität“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Das ist mal eine Biographie. Herrlich unangepasst und schonungslos ehrlich. Respekt!“

Erik Lundstroem, Schwerin
zum Thema: Wolfgang Leonhard
(Nr. 15)



Ausgabe Nr. 16

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

OFFENE GRENZFRAGE

ZU: DIE STUNDE DER BÜRGERMEISTER (NR. 12) UND ZUM LESERBRIEF: POLNISCHES FAIT ACCOMPLI (NR. 16)

In dem PAZ-Leserbrief heißt es, dass die britische Diplomatie im November 1940 geäußert habe, Polen sollte Ostpreußen und Oberschlesien (durch vollendete Tatsachen) in Besitz nehmen können. Zur Vervollständigung müsste hinzugefügt werden, dass in der Schlussakte der Potsdamer Konferenz für Deutschland als Ganzes die Grenzen vom 31. Dezember 1937 festgelegt wurden. Deutschland in diesen Grenzen wurde nachfolgend von 52 weiteren Staaten als verbindlich anerkannt. In der Pariser Konferenz wurde 1990 dieses Deutschland von den Alliierten freigegeben. Den Art. 146 GG haben unsere Politiker leider nicht durchgeführt. *Wolfgang Granatowski, Wieda*

UNGEHEUER MIT VIELEN KÖPFEN

ZU: SCHÖNER ALS BEI MERKEL (NR. 16)

Gerade in einer Zeit, in der die deutsche Politik vordringlich oft heiß beschworene Fachkräfte, Experten, Spezialisten sowie sachliche Denker und Lenker benötigen würde, driftet jenes Spektrum in diesem Land immer mehr an den Rand der Gesellschaft ab. Im Gegensatz dazu etabliert sich mit tatkräftiger Hilfe der gleichgeschalteten, links-grünen Mainstream-Medien die totale ideologische Verblödung und Verblendung.

Man wird in Deutschland sehr viel Mut benötigen, um mit den trüben Zukunftsaussichten bestehen zu können: Eine seit dem 21. April endgültig festzementierte Politik, das Streben nach einem Wahn, der „Klimaneutralität“ genannt wird, die „Segnungen“ der Superbürokratie „Europäische Union“, die nach wie vor betriebene Einschleusung von Asylanten und – quasi als Sahnehäubchen – die Propagierung einer grünen „Kanzlerkandidatin“ – das sind Voraussetzungen, die dem

normaldenkenden Deutschen einen kalten Schauer über den Rücken laufen lassen sollten.

Vor fast 400 Jahren schrieb der englische Satiriker Samuel Butler zum „zeitgemäßen Politiker“: „... das Ungeheuer mit den vielen Köpfen, (das) weniger Verstand in allen zusammen hat als irgendein vernünftiger Mensch.“

Wie schreiend aktuell das doch klingt. *Manfred Kristen, Freital*

„KAPRIZIÖSE VERIRRUNG“

ZU: VON OBEN DURCHGEPEITSCHT (NR. 15)

Auf die Frage, wie er die Tendenz zu einer gender-neutralen, politisch korrekten Sprache empfinde, antwortete der Philosoph Peter Sloterdijk in einer großen deutschen Tageszeitung wie folgt: „Als eine kapriziöse Verirrung, die sicherlich binnen weniger Jahre verschwinden wird. Kein Mensch braucht Regeln, die eine grammatisch verkorkte Sprache als eine politisch korrekte oktroyierten wollen.“

Wozu ein Punkt mitten im Wort, ein Sternchen vor einem weiblichen Suffix, ein Großbuchstabe von -In oder -Innen – womit hat man so viel Hässlichkeit verdient? Statt beide Geschlechter anzusprechen, sofern es ein Anlass es nicht zwingend erfordert, kann man ruhig „Leser oder Leserinnen“ sagen.

In den meisten Fällen reicht das konventionelle neutrale Maskulinum aus, um ohne Missverständnis und Beleidigungsabsicht zu verstehen zu geben, dass man sich an die Ohren beider Geschlechter und ihrer Varianten wendet. Man kann durchaus den Standpunkt vertreten, dass ein erheblicher Teil der neu eingeführten Gendersprache ideologischen Bestrebungen geschuldet ist. Aus sprachästhetischen Gründen wird der Versuch zur Umwandlung der deutschen Sprache auf längere Sicht scheitern und eine Rücknahme verschiedener diesbezüglicher Vorstöße erforderlich machen. Von daher hoffe ich auf ein baldiges Ende dieses Irrsinns. *Erich Lienhart, Bühl*

BELLIZISTISCHE RHETORIK

ZU: DAS SCHEIN-DUELL (NR. 16)

Es ist eine ungeheuerliche Verleugnung der Realität, wenn Politiker der Grünen ihre Partei als „Friedenspartei“ bezeichnen. Sie haben Deutschland in den Krieg gegen Jugoslawien geführt, und noch nie haben sie gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt. Baerbocks bellizistische Rhetorik gegenüber Russland schließt sich da nahtlos an.

Peter Haisenko, München

DEN BOGEN ÜBERSPANNT

ZU: SECHS GRÜNDE, NICHT ZU ZAHLEN (NR. 15)

Die immer wiederkehrende griechische Forderung nach Entschädigungszahlungen für die Verfehlungen unserer Wehrmacht sollte aus drei Gründen als absurd einzustufen und für uns inakzeptabel sein:

1) Eine pauschal gegriffene und nicht begründete Forderungshöhe ist willkürlich und undurchsichtig – warum nicht nochmals das Zehnfache, wenn man eine Vervielfachung nicht belegen zu müssen glaubt? Wenn eine Entschädigungsforderung überhaupt Aussicht auf Erfolg haben sollte, wären eine Einzelaufstellung der damals entstandenen Kosten und eine Benennung und Quantifizierung der aufgrund nur der aus deutschen Handlungen entstandenen Schäden erforderlich, was man offenbar nicht will oder kann.

2) Das völlige Verschweigen unserer bereits getätigten Zahlungen lässt die Vermutung aufkommen, dass sie bei den Forderungen nicht berücksichtigt, also nicht von diesen abgezogen wurden.

3) Es fehlt die Nennung eines nachprüfbaren Umrechnungsfaktors „derzeitige Forderung in Euro/nach Abzug unserer Zahlungen verbliebener Schaden in Reichsmark“. Ein plausibler Bezug zwischen Ursache und Folge lässt sich sonst kaum noch herstellen.

Die bislang vorgebrachten Pauschalzahlen können also ein Indiz für politisch

opportune und willkürliche Phantasiegebilde sein. Ist es wirklich auszuschließen, dass unsere bereits getätigten Aufwendungen die Forderungen übersteigen und diese schon deswegen als überholt gelten können?

Ein weiteres Beispiel von nicht vernachlässigbarer Relevanz für unsere bereits erbrachten Leistungen ist die für Bürger aus damals von der Wehrmacht besetzten Ländern als Wiedergutmachung bestehende Möglichkeit, in Deutschland auf unsere Kosten zu studieren. Während im Studium Griechen allenthalben durch Lautstärke auffielen, war von den Norwegern gelegentlich der, eher schmunzelhaft gemeinte, Stoßseufzer „Harder tider!“ (harte Zeiten) zu vernehmen. Letztere waren gegenüber den Ersteren ausgesprochen liebenswürdig.

Übrigens: Ist es eigentlich sinnvoll, dass wir noch in Griechenland Urlaub machen, wenn die so über uns denken? (Das tun natürlich nicht alle.) Ein Teil der im Urlaub ausgegebenen Gelder kommt aber letztlich auch dem Land zugute.

Die Griechen haben mal wieder den Bogen überspannt; sie werden es zu arrangieren wissen, dass wir für sie die ewige Melkkuh bleiben werden.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

ES IST ALLES IM ARGEN

ZU: BEI DEN CHRISTDEMOKRATEN WIRD ES UNGEMÜTLICH (NR. 14)

Wenn ich die Medien verfolge – nur Trauer. Es ist alles im Argen: Krankenhausschließungen, Probleme bei der Impfstoffbeschaffung, unendlicher Bürokratismus, marode Straßen und Brücken, ein Finanzminister, der Hamburg noch 47 Millionen schuldet und bei der Cum Ex-Befragung den Mund hält, Prügeleien um einen Schlafplatz bei Obdachlosen, Parallelgesellschaften, abartige Angriffe auf Helfer aller Art. Man kann nehmen, was man will – die Altparteien hatten es in der Hand. Die Arroganz und die Unfähigkeit der Erkenntnis war die Geburtsstunde der AfD. *Peter Karstens, Eckernförde*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Deutschland auf dem Weg in den Bürgerkrieg

Warum es jetzt zu Gewalt, Aufruhr und Rebellion in unseren Städten kommen wird

■ Notstandsverordnungen, Hubschrauber, Wasserwerfer, Spezialeinheiten, Polizeihunde, Reiterstaffeln, Schlagstöcke und Pfefferspray: Was man sonst nur von autoritären Regimen kennt, ist unter Angela Merkels Regierung nun auch in Deutschland bittere Realität geworden. Kein Wochenende vergeht, an dem die Polizei nicht von der Politik angewiesen wird, mit brutaler Gewalt gegen »Andersdenkende« vorzugehen. Wohl nicht umsonst warnte der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz bereits vor einem »Corona-Sonderrechtsregime«.

Nicht ob, sondern wann gewalttätige Unruhen ausbrechen, ist die Frage!

Hinter vorgehaltener Hand erklären gut informierte Sicherheitsexperten in aller Deutlichkeit: Die Frage ist nicht, ob es in Deutschland zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen wird, sondern wann.

Stefan Schubert zeigt unter anderem auch anhand geheimer Dokumente: Die Gemengelage ist vielschichtig. Gefahr geht auch von Araber-Clans und Islamisten aus. Von zwei sich vermischenden Gruppen, die hauptsächlich aus Muslimen bestehen und die die Deutschen als Todfeinde betrachten. Dazu kommen gewaltbereite Rechte, denen eine Linke gegenübersteht, die sich zunehmend radikalisiert.

Migrantenkrawalle: Die SPD spricht von »bürgerkriegsähnlichen Zuständen«

Die SPD im Landtag von Baden-Württemberg sprach bereits Ende Juni 2020 als Reaktion auf die Stuttgarter

Krawalle, Plünderungen und Angriffe auf Polizisten von »bürgerkriegsähnlichen Zuständen«.

Politische Risikoanalyse rechnet mit Unruhen in mehr als 30 Ländern

Bis Ende 2022 geht das auf Risikoanalysen spezialisierte Forschungsunternehmen Verisk Maplecroft davon aus, dass sich die Proteste in 75 Ländern verstärken werden. In mehr als 30 Ländern rechnen die Risikospezialisten mit Unruhen.

Allianz vertreibt Anti-Bürgerkriegs-Versicherung

Wie angespannt die Lage mittlerweile ist, verdeutlicht ein besonderes Geschäftsmodell der Allianz-Versicherung. Dort können sich solvente Kunden, Konzerne und Unternehmer gegen den finanziellen Schaden infolge von Terrorismus, Sabotage, organisiertem Aufruhr, Revolution, Rebellion, Staatsstreich, Meuterei und Bürgerkrieg absichern.

Stefan Schubert: Der Bürgerkrieg kommt! • gebunden • 352 Seiten • Best.-Nr. 983 400 • 22.99 €



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

HEIMARBEIT

Das süße Leben der digitalen Nomaden

Heimarbeit nur von zu Hause aus? Wer es sich erlauben kann, zieht mit seiner Arbeit ins Hotel oder auf ein Inselparadies

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Schon vor der Corona-Pandemie war Homeoffice am Computer von zu Hause, nicht selten auch vom Hotelzimmer aus, ein Bestandteil der Arbeitswelt. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis dieses Arbeitsmodell, wo es möglich ist, zur Normalität wird. 2019 arbeiteten etwa fünf Prozent aller Beschäftigten mehr oder weniger regelmäßig im Homeoffice. Von den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst waren es zwölf bis 17 Prozent. Seit dem ersten Lockdown ist Homeoffice ein wichtiges Instrument zur Eindämmung der fortschreitenden Verbreitung des Coronavirus.

Nach wie vor ist Homeoffice im öffentlichen Dienst mit 22 Prozent stärker verbreitet als in der Privatwirtschaft mit 17 Prozent. Zuletzt zeigten die Umfragen eine leicht abnehmende Tendenz. Grundsätzlich eignen sich Dienstleistungsberufe in vielen Branchen für dieses Arbeitsmodell. Bei Weitem am offensten für diese Form des Arbeitens ist die Informations- und Kommunikationsbranche. Allerdings ist die Frage des Umgangs mit personenbezogenen Daten und Firmendaten auf den Rechnern der im eigenen Heim Tätigen durchaus heikel, auch wenn die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM) getroffen worden sind, um das gesetzliche Schutzniveau einzuhalten.

Millionen von digitalen Nomaden

Hingegen gibt es keine gesetzlichen Vorschriften für das sogenannte Mobile Office oder Remote Office, die Telearbeit an frei gewählten Orten und Lokalitäten. Diese ist gesetzlich nicht definiert. Laut dem Portal „Haufe Arbeitsschutz Office“ liegt keine Arbeitnehmerstellung vor, wenn ein Mitarbeiter seine Tätigkeit nicht „weisungsgebunden in persönlicher Abhängigkeit erbringt“.

Mobil Arbeitende definieren sich mehrheitlich als selbstständige Kleinun-



So lässt es sich gut arbeiten: Vorausgesetzt, dass Internetanschluss vorhanden ist, kann man das Homeoffice an den Strand verlegen

ternehmer, die für einen oder mehrere Unternehmen Aufträge übernehmen. Die Ausführung kann in jedem beliebigen Land oder Kontinent stattfinden. Eine Reihe von digitalen Innovationen ermöglicht diesen Lebensstil. Die einzigen Voraussetzungen sind neben Laptop und W-Lan die Erreichbarkeit innerhalb eines bestimmten Zeitfensters und eine zuverlässige Internetverbindung.

Einige mediale Aufmerksamkeit zieht die frei gewählte, extrem ungebundene Lebensweise der sogenannten digitalen Nomaden auf sich. Dafür entscheiden sich überwiegend Singles im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Ihren Traum von einer Berufstätigkeit mit maximaler Flexibilität verwirklichen sie dort, wo Normal-

bürger vor Corona-Zeiten am liebsten ihren Urlaub verbrachten und möglichst bald wieder verbringen möchten: auf Kreuzfahrtschiffen, in thailändischen Strandhütten, auf Ibiza oder in den hippen europäischen Metropolen Paris, Berlin und Prag. Die Zahl der digitalen Nomaden wurde zuletzt auf mehrere Millionen weltweit geschätzt.

Nach Ausbruch der Corona-Epidemie kehrten die meisten mobilen Tele-Arbeiter notgedrungen zurück ins eigene Heim. Nun wird diese Klientel in den Hotels der sonnenverwöhnten Urlaubsorte schmerzlich vermisst. Wie CNN und CNBC berichteten, boten die karibischen Inseln Barbados, Anguilla und Aruba bereits im August 2020 Erwerbstätigen mit einem

mobilen Büro Arbeitsvisa für die Dauer bis zu einem Jahr an, wenn diese sich in einem der Hotels auf den Inseln einmieten. Vorrangig sollten Bewerber aus COVID-19-Niedrigrisikoländern berücksichtigt werden.

Bürokabine im Einkaufszentrum

Im südostasiatischen Singapur haben sich zahlreiche Start-ups des Bereichs Forschung und Entwicklung niedergelassen, um die rasch wachsenden Märkte der Region Asien-Pazifik mit IT-Lösungen zu bedienen. Büroräume sind in dem Stadtstaat jedoch rar und teuer. Für die zahlreichen digitalen Nomaden im Dienst der Start-ups hat der Tech-Dienstleister Global Switch 3500 mietbare Arbeitsplätze in

Gemeinschaftsbüros geschaffen. Laut BBC News, Singapur, hat Global Switch neuerdings auch 60 freistehende Kabinen in den Einkaufszentren aufgestellt, die man für die Laptop-Arbeit stundenweise mieten kann. Beispielsweise um der Geräuschkulisse der Stadt zu entkommen, die in das eigene Zimmer dringt. Dieses Angebot möchte das Unternehmen stark erweitern und damit in andere Länder expandieren.

Auch den sogenannten Influencern, die sich als Social-Media-Persönlichkeiten mit Bildern aus ihrem Alltag oder etwa mit Sport etabliert haben, gefällt es nicht, während des Lockdown in Heimarbeit zu versauern. Immer mehr versuchen ihr Glück im Steuerparadies Dubai, der Hauptstadt des gleichnamigen Emirats, wo die Erfolgreichsten dieser jungen Glücksritter einem Luxusleben fröhnen, an dem sie ihre Follower-Gemeinde mit regelmäßig veröffentlichten Videos teilhaben lassen. Im weiteren Sinn zählen auch diese Influencer zu den digitalen Nomaden. Mit konstruierten Homestories und Selfies vor der Strandkulisse halten sie ihre Anhängerschaft bei der Stange und sind bestrebt, neue hinzuzugewinnen.

Das Geschäftsmodell beruht auf Produktwerbung. Gern gesehen ist auch Werbung für Dubai als angeblich weltoffene Golfmetropole. Offiziell ist die vom Herrscher des Emirats Muhammad bin Raschid Al Maktum ausgestellte staatliche Influencer-Lizenz nur mit der Auflage verbunden, nicht negativ über Dubai und seinen Herrscher zu berichten sowie sich in der Öffentlichkeit gesittet zu benehmen. Zuletzt mokierte sich der Satiriker Jan Böhmermann im ZDF über einige der knapp bekleideten Influencerinnen. Diese würden schamlos das eigene Wohlergehen zur Schau stellen, während jenseits des Glamour-Viertels von Dubai asiatische Arbeitsmigranten wie Sklaven gehalten und ausgebeutet werden. Daraufhin wurden die betreffenden Damen mit heftiger Kritik sogar aus den Reihen ihrer Follower überschüttet.

GEDENKTAG

„Wider den undeutschen Geist“

Zum „Tag des freien Buches“ am 10. Mai – Kultureinrichtungen halten Erinnerung an die Bücherverbrennung vor 88 Jahren hoch

In den Abendstunden des 10. Mai 1933 leuchteten brennende Scheiterhaufen auf zentralen Plätzen in deutschen Universitätsstädten auf. Ein Vierteljahr nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten schleuderten Studenten in Uniform, wie in Berlin, die Werke hunderter deutscher und auch ausländischer Autoren in die Flammen. An dieses beschämende Ereignis soll mit einem Tag des freien Buches wie jedes Jahr erinnert werden.

Auch in Rostock, wo damals ein Scheiterhaufen mit Werken von der „Schwarzen Liste“ in der Innenstadt brannte, hat man die Erinnerung wachgehalten, wie vor einigen Jahren mit einem literarisch-musikalischen Abend, der vom Literaturrat in Mecklenburg-Vorpommern koordiniert und von vielen Kultureinrichtungen unterstützt wurde. Angelika Bruhn vom BS-Verlag ergriff die Initiative zu diesem Tag des freien Buches, um dem Vergessen entgegenzuwirken.

In einem Offenen Brief der Autoren des Verlages riefen diese zum Gedenken auf, um an die verfeimten Schriftsteller zu erinnern, die damals außer Landes gehen mussten und teilweise, wie Kurt Tuchols-

ky, Walter Benjamin oder Ernst Toller, den Freitod im Ausland wählten. Der BS-Verlag hat vor Jahren daher in einer Reihe „Das verbrannte Buch“ 13 Titel neu herausgebracht, die 1933 auf der Liste des unerwünschten und schädlichen Schrifttums der Nationalsozialisten standen.

Dem Vergessen entgegenwirken

Auch der Buchhandel hatte sich damals dem Pogrom offiziell angeschlossen und sich in einem Sonderabdruck im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ am 13. Mai 1933 mit der Reichsleitung des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ solidarisch erklärt. Er sah es für das deutsche Ansehen als schädlich an, wenn Werke von zwölf Schriftstellern, darunter Lion Feuchtwanger, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Kurt Tucholsky und Arnold Zweig, weiter verbreitet würden. Viele Berufskollegen und Politiker mussten damals ihr antinationalsozialistisches Handeln mit dem Leben bezahlen.

Bereits am 6. April 1933 erhielt die organisierte Deutsche Studentenschaft vom Hauptamt für Presse und Propaganda in Berlin in Rundschreiben Anweisungen,

wie diese Aktion „Wider den undeutschen Geist“ durchzuführen sei. Die Verbrennungsaktion am 10. Mai auf dem Greifswalder Markt wurde von der Studentenschaft als „wegweisend“ im Sinne einer Revolution verstanden. Einen Bericht über die Bücherverbrennung auf dem Marktplatz konnte man am 11. Mai 1933 in der „Greifswalder Zeitung“ nachlesen, in dem es unter anderem hieß: „... um Zeuge zu sein von der Verbrennung der kommunistischen und marxistischen Symbole und volkszersetzenden Schriften und Bücher“.

Die Rostocker Aktion wurde an dem Tage vom „Rostocker Anzeiger“ angekündigt. Bereits am 5. Mai wurde vor dem Universitätsgebäude ein sogenannter „Schandpfahl“ mit einigen missliebigen Schriften errichtet. Diese Bücher wurden von besonders eifrigen Gruppen bei Durchsuchungen in Büchereien Rostocks konfisziert.

Als eines der ersten Dokumente zum Schicksal der „Verfeimten“ und Exilierten erschien 1947 im Helmut Kindler Verlag die Schrift „Verboten und verbrannt. Deutsche Literatur – zwölf Jahre unter-

drückt“, herausgegeben von Richard Drews und Alfred Kantorowicz mit einem umfangreichen Namensverzeichnis. Zum ersten Jahrestag der Bücherverbrennung gründete Kantorowicz in Paris die „Deutsche Freiheitsbibliothek“, die damals bereits über 11.000 Bände verfügte.

Viele Beiträge erschienen seither zum Thema „Verbrannte Bücher“, und bekannte Autoren und Wissenschaftler wie Wal-

ter Jens, Willi Bredel oder Anna Seghers haben sich nach 1945 zu Wort gemeldet und zu dieser Schandtat Stellung bezogen. Der Publizist Ernst Niekisch äußerte sich in seiner Schrift über die NS-Ideologie „Das Reich der niederen Dämonen“ in den 1950er Jahren dazu wie folgt: „Es wurde ein Index von Büchern aufgestellt, der umfangreicher, kleinlicher, heimtückischer war als der der katholischen Kirche, in den aber nur Eingeweihte und Auserwählte Einblick nehmen durften.“

Das Schicksal der nach 1933 im Exil lebenden Autoren und Künstler hat in den 1970/80er Jahren der Leipziger Reclam-Verlag in einer siebenbändigen Reihe „Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945“ in einem Autorenkollektiv unter Leitung von Werner Mitzenzwei herausgegeben. Eine umfassende Darstellung zu den Vorgängen, die am 10. Mai 1933 ihren Anfang nahmen, bildet unter anderem die Schrift aus dem Parthas-Verlag Berlin „Wider den undeutschen Geist!“ von Werner Trefl, der die studentischen und nichtstudentischen Bücherverbrennungen in deutschen Universitätsstädten schildert. *Wolfgang Dahle*

„Es wurde ein Index von Büchern aufgestellt, der umfangreicher, kleinlicher, heimtückischer war als der der katholischen Kirche“

Ernst Niekisch
Publizist

● FÜR SIE GELESEN

Letzte
Gelegenheit

Unter dem Titel „Die verratene Generation. Gespräche mit den letzten Zeitzeuginnen des Zweiten Weltkriegs“ hat Christian Hardinghaus elf Zeitzeugenberichte von Frauen veröffentlicht, die bei Kriegsende zwischen 17 und 25 Jahre alt waren. Im Zusammenhang mit seiner Erforschung des NS-Systems und des Zweiten Weltkriegs erschien von ihm zuletzt der viel beachtete Band mit dem Titel „Die verdammte Generation. Gespräche mit den letzten Soldaten des Zweiten Weltkriegs“.

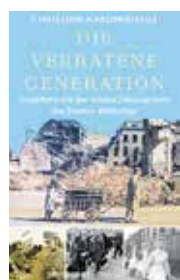
Grundlage der vom Autor sorgsam bearbeiteten und durch allgemeine Informationen ergänzten Berichte sind Gespräche, die er mit den alten Damen persönlich geführt und aufgrund der sich zuspitzenden Corona-Lage telefonisch geführt oder fortgesetzt hat. Die ausgewählten Beispiele sind den komplexen „Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten“ und „Bombenkrieg gegen Deutschland“ zugeordnet. Es sind erschütternde Dokumente für die Situation der „Frauen im Zweiten Weltkrieg: verführt, verbraucht, verraten und vertrieben“.

Die Frauen waren dem NS-Überwachungssystem ausgeliefert, den Schrecken der Flächenbombardements, dem Zwang zum Kriegshilfsdienst („Vom Herd an die Flak“). Millionen Frauen dieser verratenen Generation trauerten um ihre gefallenen Ehemänner, Brüder und Söhne. Ihnen oblag meist die Verantwortung für ihre Kinder und älteren Angehörigen während der grausamen Vertreibung aus den Ostgebieten. Am Ende des Krieges fielen bis zu eine Million Frauen den brutalen Massenvergewaltigungen der alliierten Soldaten zum Opfer.

Wie in seinen früheren Büchern mit Selbstzeugnissen aus der NS-Zeit kritisiert Hardinghaus die einseitigen wissenschaftlichen Betrachtungen, die bis heute auch die Diskussion über die Rolle der Frau im Nationalsozialismus dominieren. Eine „verpatzte Erinnerungskultur“ habe sich Ende der 1960er Jahre mit einer pauschalen Schuldzuweisung an die Männergeneration als Täter herausgebildet. Bei den Frauen habe sich das Bild mit der Bewertung vom Opfer zur Täterin sogar um 180 Grad gedreht. Niemand im Ausland habe von den Deutschen diese extreme Bewertung der eigenen Vergangenheit und der eigenen Eltern- und Großelterngeneration erwartet.

Der Autor warnt davor, dass sich zukünftige Generationen nicht mehr aufrichtig an den Holocaust und die Judenverfolgung erinnern werden, wenn jede Äußerung Andersdenkender zum Anlass für den Nazivergleich genutzt werde. Damit würden die Verbrechen des Dritten Reiches verharmlost. Er plädiert eindringlich für eine alles einschließende Erinnerungskultur und bezeichnet es als Fehler, dass zu wenige Zeitzeugen in den Diskurs mit eingebunden worden sind. Dieses Buch trägt in allerletzter Minute dazu bei, die Lücke in der großen Bandbreite persönlicher Erinnerungen von Zeitzeuginnen des Zweiten Weltkriegs ein wenig zu verkleinern. Dagmar Jestrzemska

Christian Hardinghaus: „Die verratene Generation. Gespräche mit den letzten Zeitzeuginnen des Zweiten Weltkriegs“, Europa Verlag, Zürich 2020, gebunden, 336 Seiten, 20 Euro



FINANZEN



FOTO: SHUTTERSTOCK

Geld richtig
anlegen

Taugt das klassische Sparbuch noch, um etwas für das Alter anzusparen, oder welche Alternativen gibt es? Das Buch „Erfolgreiche Geldanlage für Dummies“ gibt Antworten

Wie vorsorgen? Diese Frage beschäftigt die Wirtschaftsjournalistin Judith Engst und ihren Mann, den Unternehmensberater und Manager Janne Jörg Kipp, seit Jahren. In ihrem Ratgeber „Erfolgreiche Geldanlage für Dummies“ fassen sie alles Wichtige und Wissenswerte rund um die Themen Banken, Bausparkassen und

Versicherungen sowie Wertpapiere und Immobilien zusammen. Das Buch ist in sechs leicht verständliche Teile aufgeteilt, die Baustein für Baustein aufeinander folgen.

Zunächst ist der Leser gefragt, sich über die eigenen Ziele klar zu werden, bevor er sich in die vertiefende Lektüre stürzt.

Judith Engst/Janne Jörg Kipp: „Erfolgreiche Geldanlage für Dummies“, Wiley-VCH GmbH, Weinheim, 4. Auflage 2021, broschiert, 331 Seiten, 17 Euro

MRK

PREUSSEN

Geschichte der
Einigungskriege

Der Berliner Historiker Christoph Jahr zieht bei seinen Fragestellungen Erinnerungen niederer Chargen aus Militär, Politik und Verwaltung heran

VON DIRK KLOSE

Einer der berühmtesten Aussprüche Otto von Bismarcks ist der von 1862 während des preußischen Verfassungskonflikts: „Nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden ..., sondern durch Eisen und Blut.“ Der Berliner Historiker Christoph Jahr hat für seine Darstellung der sogenannten Einigungskriege im Titel die populär gewordene Wendung „Blut und Eisen“ gewählt. Es ist ein etwas riskantes Unterfangen, die Geschichte dieser Kriege – 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich, 1870/71 gegen Frankreich –, erneut nachzuerzählen.

Das gelingt zum einen durch die im Untertitel genannte und dann genau verfolgte Fragestellung, zum anderen, und das macht vor allem den Reiz der Lektüre aus, indem nicht nur so bekannte Namen wie Bismarck, Roon, Moltke oder auch Bamberger auftauchen, sondern neben dem treuen Chronisten Theodor Fontane auch zahlreiche Erinnerungen niederer Chargen aus Militär, Politik und Verwaltung herangezogen werden.

Es gibt sie offenbar in überraschend großer Zahl. Aber sie sind viel zu wenig bekannt, obwohl außerordentlich aufschlussreich, etwa, wenn die Strapazen der Soldaten beim Anmarsch auf die Düppeler Schanzen berichtet, das Erschrecken über die Not in Böhmen nach der österreichischen Niederlage bei Königgrätz oder das Entsetzen über die Tausen-

den von Toten und Verwundeten auf den französischen Schlachtfeldern festgehalten werden. Die Geschichtsschreibung zumal im Kaiserreich hat das militärische Geschehen schon bald verklärt. Tatsächlich aber waren es für alle unmittelbar Betroffenen schwere, zum Teil traumatische Erlebnisse.

Der Einheitswunsch war stark

Insgesamt ist es ein leicht und spannend zu lesendes Buch, das sich im längsten Kapitel, dem zum Deutsch-Französischen Krieg, noch erheblich steigert. Der Autor berücksichtigt Militärs und Politiker jeglicher Couleur, bringt hartnäckige süddeutsche Vorbehalte gegen Preußen, die sich selbst noch bei Kriegsausbruch 1870 artikulieren, und würzt die Darstellung durch Ausflüge in unsere Zeit, was freilich nicht immer überzeugt. Vor allem aber wird endlich einmal die wichtige Rolle der Parlamentarier im gesamten Einigungsprozess angemessen gewürdigt. Die Einheit Deutschlands war letztlich ein so starkes Verlangen im allergrößten Teil der Bevölkerung, dass sich ihr am Ende niemand ernstlich entgegenstellte.



Christoph Jahr: „Blut und Eisen. Wie Preußen Deutschland erzwang“, C.H.Beck Verlag, München 2020, gebunden, 368 Seiten, 26,95 Euro

CORONA-KRISE

Kritik an der
Pandemie-Politik

Die Wiener Publizisten Hannes Hofbauer und Stefan Kraft lassen 20 Autoren mit ihrer fundamentalen Kritik an den Maßnahmen zu Wort kommen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Aus der Corona-Pandemie resultieren die stärksten staatlichen Repressionen seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Seit einem Jahr befindet sich fast die gesamte Welt im Ausnahmezustand. Offene Debatten über die Hintergründe des Ganzen werden aber in aller Regel abgewürgt.

Insofern ist es äußerst wichtig, dass Bücher erscheinen, die das aufs Tapet bringen, was die Systemmedien zu verschweigen versuchen. Zu diesen Werken zählt „Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern“. Darin versammelten die beiden Wiener Publizisten Hannes Hofbauer und Stefan Kraft 20 Texte zu den vier Themenkomplexen „Nährboden der Pandemie“, „sozioökonomische Folgen derselben“, „staatliche Zwangsmaßnahmen bei gleichzeitigem Versagen der etablierten Medien“ sowie „Umgang mit den Menschen in Zeiten von Corona“. Teilweise sind die Beiträge eher epidemiologisch orientiert, teils enthalten sie eine fundamentale Kritik am kapitalistischen System aus vorrangig linker Perspektive. Hinzu kommen philosophisch orientierte Ausführungen.

Sicher liegen die 20 Autoren nicht in jedem Punkt richtig, und manche Aufsätze wie der über den Fußball in der Corona-Krise lassen zudem die Relevanz vermissen. Dennoch lohnt sich die Lektüre, weil man entweder auf bislang unbekannt Informationen oder auf neue Denkansätze stößt, die es unbedingt verdienen, beachtet

zu werden, weil sie im täglichen Wortgeklänge um „Infektionszahlen“, „Inzidenzen“ und „Corona-Schutzmaßnahmen“ untergehen.

Hervorzuheben sind die Beiträge des Mediziners Andreas Sönnichsen über die letztlich nur geringe Gefährlichkeit des Virus SARS-CoV-2; der von Armando Mattioli vom Gesundheitsdienst Umbriens über die wahren Ursachen der ungewöhnlich hohen Sterblichkeit in Norditalien im Frühjahr 2020; der des Politikwissenschaftlers Joachim Hirsch über den neuen Sicherheitsstaat; der des Philosophen Walter von Rossum über „Mediale Superspreader“; der des Publizisten Valentin Widmann über die Menschenwürde und den Wert des Lebens in Zeiten von Corona sowie ganz besonders der des Journalisten Roland Rottenfuß über „Die Gesundheitsdiktatur“. Hier sprechen bereits die Zwischenüberschriften Bände: „Utopie der totalen Kontrolle“, „Der Staat trainiert den ‚Repressionsmuskel‘“, „Die Schock-Strategie“, „Härte gegen ‚Gesundheits-Deserteure‘“, „Blütezeit der Verrohungsnarrative“, „Seuchen-Panikorchester“ und „Der Weg in die Gleichschaltungshölle“.



Hannes Hofbauer/Stefan Kraft: „Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern“, Promedia Verlag, Wien 2020, broschiert, 280 Seiten, 19,90 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

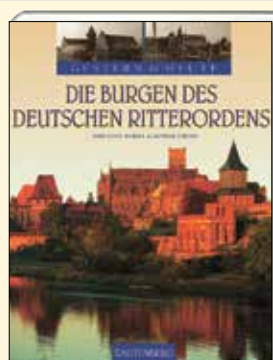
Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

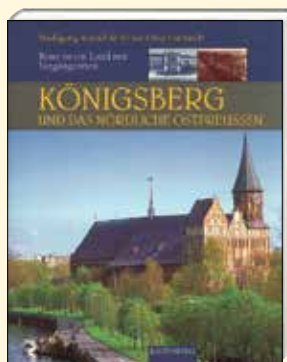
Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



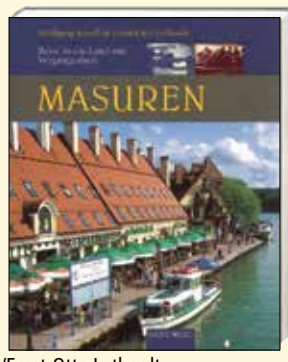
Wolfgang Korall/Gunnar Strunz (Großbildbandformat 24 x 30 cm)
Die Burgen des Deutschen Ritterordens
 Die Wehr- und Repräsentationsburgen, die der Deutsche Ritterorden der Nachwelt hinterließ, sind die markantesten Zeugen jener Zeit. Dieser Bildband berichtet fundiert u. a. über die noch heute eindrucksvollen Bauten, mächtigen Ruinen und verschwundene Burgen. 160 Seiten
 Nr. P 533158 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



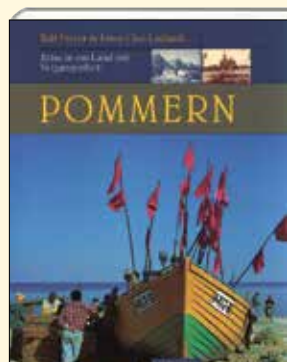
Klaus-Ulrich Keubke
Militärmusik und Militärmusiker in Mecklenburg um 1900
 Der Titel knüpft an die Schriftenreihe des Ateliers für Porträt und Historienmalerei (APH) an. Die Bände stellen reich illustrierte Arbeiten zu unterschiedlichsten Themen der Geschichte Mecklenburgs vor. Lange erschienene Arbeiten und interessantes Material aus Archiven des Landes wurden ausgewertet. 320 Seiten/109 Farbtafeln
 Nr. P A1635 Gebunden 19,90 €



Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Königsberg und das nördliche Ostpreußen
 Reise in ein Land mit Vergangenheit: Königsberg in Ostpreußen, fasziniert mit einzigartiger Kultur, Kirchen und Kunstdenkmälern. Enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel ein. 160 Seiten, 253 farbige Abbildungen und historische Bilder.
 P 533109 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Masuren
 Reise in ein Land mit Vergangenheit: Masuren zusammen mit Ermland und dem Oberland wird mit seinen einzigartigen Wald- und Seenlandschaften, sowie gemütlichen Städten und Dörfern in diesem Bildband beschrieben. Frauenburg, Elbing, Allenstein, Lyck und andere Städte werden vorgestellt. 226 farb. und historische Abbildungen. 160 Seiten
 Nr. P 533082 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Ralf Freyer & Ernst-Otto Luthardt
Pommern
 Reise in ein Land mit Vergangenheit: Die Ostsee umspült auf 515 Kilometern Länge die reizvolle Küste Pommerns: auch Hiddensee, Usedom, Rügen und Wollin locken mit ihren Seebädern und geschichtsträchtigen Städten. 227 farb. und hist. Abb. 160 Seiten
 Nr. P 533071 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €

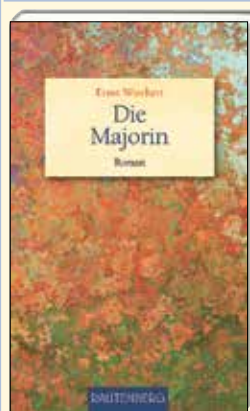


Hentschel/Keubke
V. Thümen - Die Uniformen der Preussischen Garden 1704-1836
 Nach dem Originalwerk von Generalleutnant Wilhelm Hermann Heinrich von Thümen um 1840 erschienen. 106 farbige Uniformtafeln und die Wiedergabe des damals 234 S. umfassenden Originaltextes (transkribiert also sehr gut lesbar) zur Geschichte der preussischen Garden und ihrer Uniformierung. Pb., 320 S., 1 s/w-Abb. 320 Seiten/109 Farbtafeln
 Nr. P A1634 Gebunden 19,90 €



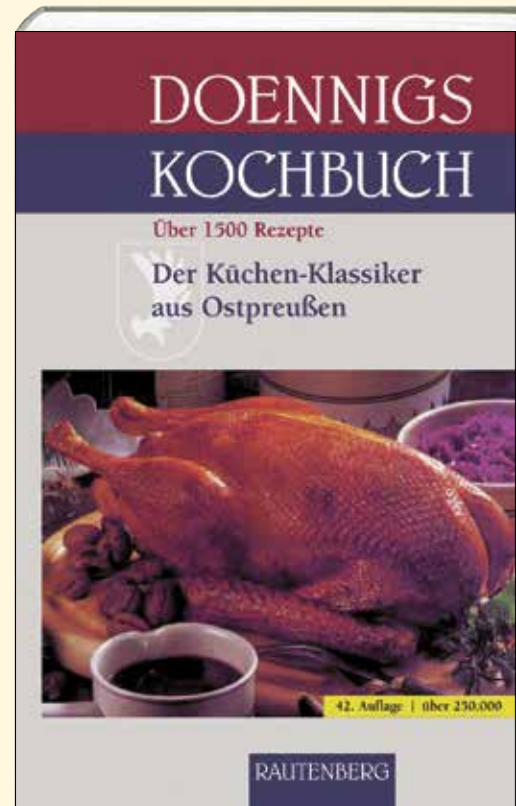
Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Doskocil - Roman
 184 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533197 14,95 €

Der Fährmann Jürgen Doskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht. Durch einen Mormonenprediger im Dorf, trifft Marte auf ihn. Sie sieht in Doskocil einen liebenswürdigen Mann und entschließt sich, bei ihm zu bleiben. Der Prediger versucht, die Abtrünnige mit unchristlichen Mitteln zurück zum Glauben zu zwingen, und verflucht das Lebensglück der beiden Liebenden. Auch die anderen Dorfbewohner, beeinflusst von ihrem Prediger, erschweren ihnen das Leben. Ein Buch voller Liebe, Schmerz und Menschlichkeit.



Ernst Wiechert
Die Majorin - Roman
 192 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533198 14,95 €

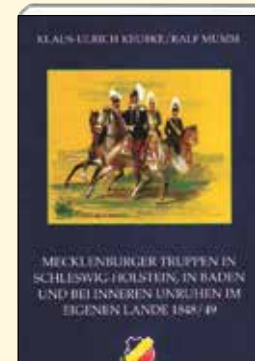
Endlich heimgekehrt aus dem Ersten Weltkrieg, findet Michael Fahrenholz seinen Namen neben dem seiner Brüder auf der Gefallenen-Ehrentafel. Das spiegelt den Zustand seiner Seele wider: Durch den Krieg ist er verstört und zutiefst verbittert. Michael wird Jäger bei der Majorin, eine ebenfalls vom Leid des Krieges gezeichnete Frau, der die großen Wälder und das benachbarte Gut gehören. Diese versucht, ihn zurück in ein sesshaftes Leben zu führen. Während dieser schwierigen Unternehmung entwickelt sich eine ungewöhnliche Bindung zwischen der Majorin und dem Jäger. Ernst Wiechert erläutert mit gewichtiger Symbolik die Reifungsprozesse zweier vom Krieg unterschiedlich gezeichneten Individuen, die gemeinsam und doch jeder auf eine andere Art und Weise das Leben neu begreifen.



M. und E. Doennig/Gertrud Brostowski
Doennigs Kochbuch
 Das ostpreussische Familien-Kochbuch
 Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesentlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, das als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreussischen Haushalte Einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte. 632 Seiten
 Nr. P 1061 Gebunden 19,95 €



Helmut Motekat
Ostpreussische Literaturgeschichte mit Danzig und Westpreußen
 Von 1230 - 1945
 Erstmals entwirft der bekannte und versierte Literaturwissenschaftler ein Gesamtbild der in 700 Jahren deutscher Geschichte entstandenen ostpreussischen Literatur und beschreibt zugleich in jeder ihrer Epochen ihre spezifischen Eigenschaften und ihre Ausstrahlungen. Professor Motekat, der am 06. Oktober 1919 in Wietzschken/Ostpreußen geboren wurde, studierte an der Albertus-Universität unter anderem Germanistik. 1945 floh er von dort nach Göttingen. In den darauffolgenden Jahren machte er sich international einen Namen als Germanist und Literaturhistoriker. Seine fundiert recherchierte ostpreussische Literaturgeschichte bewahrt das Wissen über eine große literarische Vergangenheit. Professor Motekat starb am 16. Juli 1996 nach einem erfüllten Leben in Vaterstetten/Oberbayern. 456 Seiten, 12 farbige und 250 s/w Abb., 4 Karten
 Nr. P A1628 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



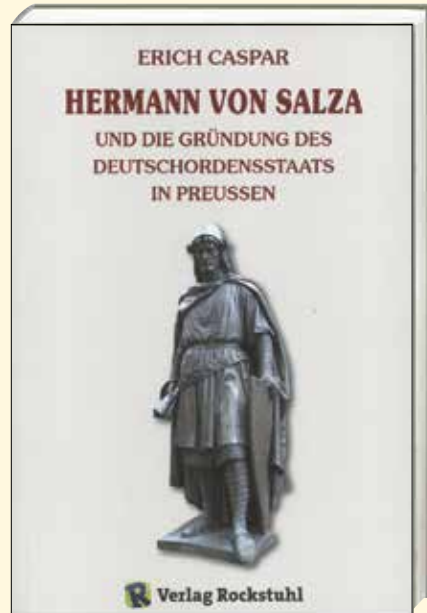
Keubke/Mumm
Mecklenburger Truppen in Schleswig-Holstein, in Baden, ...
 Die Unterstützung der Schleswig-Holsteiner in ihrem Kampf gegen das dänische Königreich 1848, der Einsatz als Ordnungsmacht in beiden Mecklenburg und in Lübeck 1848/49 sowie das Mitwirken an der Zerschlagung der badisch-pfälzischen Revolutionstruppen 1848/49. Pb., 16,3 x 23,3 cm, 192 S., 42 s/w-Abb. und 16 Farbtafeln
 Nr. P A1637 Gebunden 19,90 €



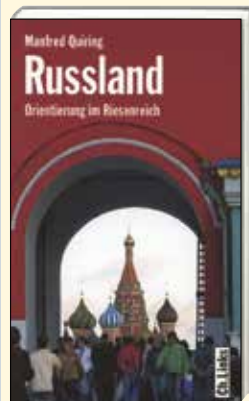
Keubke/Köbke
Mecklenburg-Schweriner Truppen in den Niederlanden 1788-95
 Über den siebenjährigen andauernden Einsatz eines 1000 Mann starken Subsidiärkorps aus dem Herzogtum Mecklenburg-Schwerin in den Niederlanden, zuletzt 1793/1794 beim Kampf gegen französische Revolutionstruppen. Zahlreiche Karten, Tabellen, alte Stiche und farbige Uniformtafeln. 96 S., 8 ganzzseitige Farbtafeln und 29 Abb.
 Nr. P A1639 Gebunden 19,90 €



Claus Fritzsche
Das Ziel - Überleben
 Sechs Jahre hinter Stacheldraht
 Die mit Begeisterung angetretene Reise zur Ostfront, erste durchgemachte Kampfeinsätze und der Abschuss bei Nacht über dem Kaspischen Meer sind Gegenstand des ersten Kapitels dieses Buches. Nur mit viel Glück übersteht er die Gefangennahme lebend, und damit beginnt ein sechsjähriger Lebensabschnitt, der den Autor zutiefst geprägt hat. Bedrückende Details aus dem Alltagsleben, kommunistische Erziehung in der zentralen Antifaschule (Lager 165) und der Durchbruch zum kritischen politischen Denken sind Gegenstand des ‚roten Fadens‘ der sich durch die folgenden Kapitel zieht.
 304 Seiten
 Nr. P A1645 Kartiert 20,30 €



Erich Caspar
Hermann von Salza
 und die Gründung des Deutschordensstaats in Preußen
 „Ich setzte mir die Aufgabe, dem Anteil Hermanns von Salza an diesen Dingen nachzugehen, und stieß dabei sehr bald auf grundlegende Probleme der Geschichte des Ordensstaats. ... Es sind die Fragen nach dem inneren Wesen dieses einzigartigen staatlichen Gebildes (des Deutschordensstaats). Man findet nur Antwort auf sie, wenn man die Bemühungen seines Schöpfers, des großen Hochmeisters, von den ersten Anfängen an Schritt für Schritt verfolgt, und dabei nicht bloß das, was er erreicht, sondern ebenso sehr das, was er ursprünglich erstrebt hat, ins Auge faßt. Es handelt sich, kurz gesagt, um die Verknüpfung, welche Hermann von Salza seiner Staatsgründung mit den beiden Weltgewalten des Zeitalters, dem Kaisertum und dem Papsttum, geben wollte, um den Kampf widerstreitender Ideen, der dadurch über der Wiege des neuen staatlichen Gebildes entfesselt wurde, und um den Einfluß, den dieser Kampf auf die weitere Entwicklung des Ordensstaats geübt hat.“
 Königsberg, im Herbst 1924. E. Caspar.
 107 Seiten Reprint von 1924
 Nr. P A1648 Kartiert 17,80 €



Manfred Quiring
Russland
 Orientierung im Riesenreich
 208 Seiten/Kartiert
 Nr. P A1612 7,95 €

Manfred Quiring, seit über 30 Jahren journalistisch in Moskau tätig, schildert faktenreich, wie sich der Alltag des Riesenreiches in den letzten Jahren rasant gewandelt hat. Er beschreibt den Kontrast zwischen neuem Reichtum und verbreiteter Armut, zwischen Traditionalisten und westlich orientierten Reformern sowie zwischen der Metropole Moskau und der Provinz. Zugleich erklärt er aber auch, was man die „russische Seele“ nennt, welche Rolle der Wodka im Zusammenhang mit Gastfreundschaft spielt und warum die russischen Frauen als die schönsten gelten. Anhand der reichen Anekdoten-kultur des Landes macht er manches verständlich, was auf den ersten Blick eher Kopfschütteln auslöst. Seine Tipps und Erklärungen helfen all jenen, die das Land bereisen oder einfach besser verstehen wollen.



Klaus-Ulrich Keubke
Zur Geschichte der 12. (Meckl.) Infanterie Division
 Über die 12. (Meckl.) Infanterie-Division, hervorgegangen aus der bald nach dem 1. WK errichteten 2. Division in Stettin, ist nur wenig veröffentlicht. Bekannte Kommandeure: Gen. Ludwig von der Leyen, Gen. Walther von Seydlitz-Kurzbach, Gen. Kurt-Jürgen Frhr. von Lützow, Gen. Rudolf Bamler und Gen. Gerhard Engel. 344 S., zahlr. Abb. Farbtafeln
 Nr. P A1636 Gebunden 19,90 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet (in Vorbereitung)

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

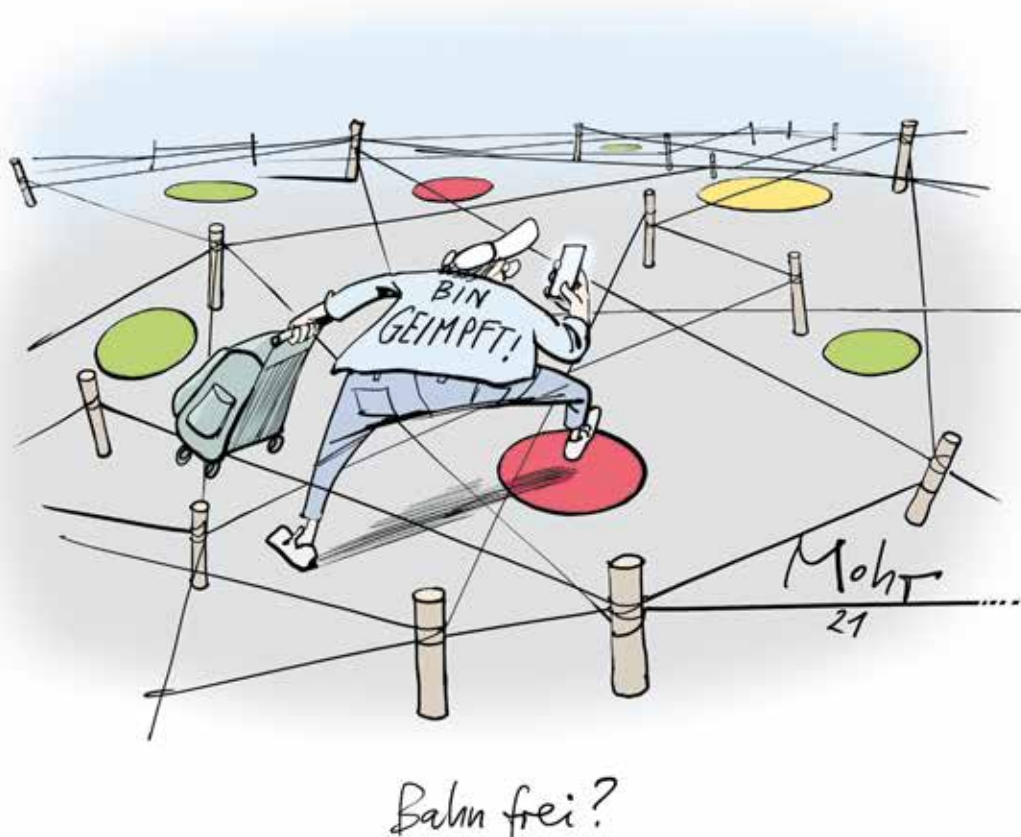
PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● **AUFGESCHNAPPT**

Schon vor Wochen hatte Pneumologen-Präsident Thomas Voshaar auf die äußerst hohe Anzahl von Immigranten unter den Corona-Intensivpatienten hingewiesen, von einem „Tabu“ sprach sogar RKI-Chef Lothar Wieler. „Korrektiv“, ein regierungskonformes „Recherchezentrum“, widersprach, allerdings lediglich mit dem Verweis, derartige Daten würden nicht zentral erhoben. Voshaar bezog Ende April noch einmal klar Position: „Wegschauen, weil man politisch korrekt sein will, kostet Menschenleben.“ Unterstützt wird seine Feststellung eines Zusammenhangs von Immigrationshintergrund und Infektionsrisiko – wofür sich eine Reihe von Erklärungen finden lässt – durch Aussagen von Gesundheitsminister Jens Spahn und der NRW-Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (beide CDU). Spahn erklärte, es sei eine „große Herausforderung, bei Migranten für die Impfungen zu werben“, Güler meinte, es müsse „eine bessere Aufklärungskampagne in den jeweiligen Sprachen“ geben und „Vorbilder, die sich impfen lassen“.

E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Rein in die Schablone!

Wie Merkel sich plötzlich nicht mehr durchsetzt, und warum wir keine Zweideutigkeit mehr dulden

VON HANS HECKEL

Jedenfalls kann man ihr nicht vorwerfen, dass sie es nicht versucht hätte. Auf dem „Impfgipfel“ zündete Kanzlerin Merkel noch einmal eine Rakete, um den ewigen Lockdown zu retten. Dass sie damit nicht durchkam, ist tragisch für die scheidende Regierungschefin und nährt unsere Befürchtung, dass ihre Macht bereits schwindet.

Dabei war die Idee genial, die sie gleich mit einer griffigen Vokabel krönte: „Grundinzidenz“. Die Rechnung, welche Merkel ihren offenbar etwas verduzteten Konferenzpartnern präsentierte, sieht so aus: Wenn immer mehr Menschen geimpft seien, verliere der Inzidenzwert an Aussagekraft. Er müsse daher neu berechnet werden und nur noch die Ungeimpften berücksichtigen.

Es ist nicht so kompliziert, wie es klingt: Wenn 50 Prozent voll geimpft sind und die anderen 50 Prozent noch nicht, dann bedeutet eine Inzidenz von 100 laut Merkel in Wahrheit eine Inzidenz von 200. Denn da die eine Hälfte des Volkes so gut wie kein COVID mehr bekommen könne, spiegelte nur das Geschehen in der anderen Hälfte die wahre Lage wider.

Da kämen wir nie wieder raus

Ahnen Sie die wunderbare Chance, die sich aus diesem statistischen Zauberkunststück schöpfen lässt? Je mehr geimpft sind, desto weniger Positivtests würden reichen, um die Inzidenz in die Höhe zu treiben. Um zu sehen, wie weit das gehen kann, müssen wir das Merkel-Konstrukt nur bis zum äußersten Ende fertigrechnen. Theoretisch würde das nämlich bedeuten: Wenn 99,9 Prozent der Deutschen geimpft wären, reichte schon ein einziger positiver PCR-Test bei den ungeimpften 0,1 Prozent des Volkes pro 100.000, um eine Inzidenz von 1000 zu ernten.

Dieser eine Positivtest lässt sich immer finden. Aus dem ewigen Lockdown kämen die Deutschen nie wieder heraus. Das hieße für die Regierenden: Keine unangenehmen Demos mehr, die man nicht sofort auflösen lassen könnte, kein Strafenwahlkampf, den vor allem die Parteien bitter nötig haben, welche von den großen Medien nicht gemocht werden. Und es bliebe die dauerhafte Möglichkeit, irgendwas einzuschränken. Zudem: Seit der Verfassungsschutz auch Lockdown-Kritiker aufs Korn nimmt, hätte man jede Menge

Möglichkeiten, um die Opposition platt zu machen.

Ja, so hätte es kommen können. Aber leider ist Angela Merkel unserem Rat nicht gefolgt, noch einmal für das Kanzleramt zu kandidieren, weshalb man ihr nicht mehr folgen will und ihre Idee von der „Grundinzidenz“ laut Medien auf dem Impfgipfel durchgefallen ist. Der Epidemiologe Klaus Stöhr ließ sogar frech verlauten, dass die merkelsche Formel „die Lage verfälschen und das Infektionsrisiko überhöhen“ würde.

Dieter Brüggemann hat „Bekannte“!

Wie bitte? „Überhöhen“? „Verfälschen“? Welche Absichten will der Epidemiologe unserer Kanzlerin denn da unterstellen? Oder meint er etwa, Merkel wisse nicht, was sie mit ihrer „Grundinzidenz“ losgetreten hätte? Nach bald 16 Jahren Kanzlerschaft können wir wohl sicher sein, dass sie genau wusste, was sie tat. Es bleibt also kein anderer Schluss als derjenige, dass Stöhr unsere Regierungschefin verdächtigt, mit künstlich aufgeblähten Zahlen Politik machen zu wollen. Nachdem der Verfassungsschutz endlich die Lockdown-Kritiker unter die Lupe nimmt, sollten sich die Agenten vielleicht auch mal mit dem Herrn Stöhr beschäftigen.

Wenn die das nicht machen, macht das aber auch nichts. Unser Land ist voll von Laienspitzeln, die sich mit Hingabe auf die Ausspähung und Denunziation aller verdächtigen Elemente stürzen. Dabei lässt die Lockdown-kritische Künstler-Aktion „Allesdichtmachen“ die Aufpasser der Republik immer noch nicht ruhen. Nachdem man seinem Abscheu über die Abwechler Luft gemacht und ein Drittel der Komplizen von „Allesdichtmachen“ klein beigegeben hat, folgt die eingehende Untersuchung der Hintergründe. „Wer steckt hinter Allesdichtmachen?“, wollte eine Berliner Tageszeitung wissen, und fand Erschreckendes heraus.

So liege der „Verdacht nahe“, dass der Initiator, der Regisseur Dietrich Brüggemann, „im erweiterten Bekanntenkreis Mitstreiter:innen rekrutiert“ habe. 14 Beteiligte hätten „in der Vergangenheit mit Brüggemann gearbeitet“. Na, das sagt doch wohl alles, nämlich ... nun ja, dass er Leute angerufen hat, die er kannte. Macht das irgendjemand anders, wenn er eine Aktion plant? Egal, in diesem Falle ist es offensichtlich ein Skandal, wenn man der Zeitung aus der Hauptstadt glaubt.

—
Jetzt sollte sich
der
Geheimdienst
auch mal mit
frechen
Epidemiologen
befassen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Brüggemann sei schließlich sowieso verdächtig. In seiner Neonazi-Komödie „Heil!“ habe er sich über alle lustig gemacht: Neonazis, Antifa, Behörden und Medien. Am Ende habe man gar nicht mehr so recht zwischen „Wahr und Falsch“ unterscheiden können. Und womit hat der Regisseur das Durcheinander gerechtfertigt? Er habe „das Narrativ umstoßen“ und „verengte Diskursräume sprengen wollen“, behauptete Brüggemann.

Früher galt das mal als fortschrittlich und eigentlich links: Da sprachen Regisseure und andere Künstlern davon, mit ihrem Werk die „Sehgewohnheiten verstören“ oder „alte Denkschablonen aufbrechen“ zu wollen, und das ganze progressive Deutschland war begeistert. Das gilt jetzt aber nicht mehr, und Brüggemann hat das entweder nicht mitbekommen, oder er hält sich absichtlich nicht an die neue Richtlinie.

Vor dem Applaus nach links rücken

Heute müssen „Wahr und Falsch“ wieder glasklar von einander getrennt, die linken Sehgewohnheiten ohne die geringste satirische Störung bedient und die grünroten Denkschablonen bestätigt und betont werden. Da macht einen schon die kleinste Zweideutigkeit verdächtig, und zwar mit gutem Grund: Denn die Räume, die frei würden durch das Sprengen von „verengten Diskursräumen“, die würden von „rechts“ genutzt, lernen wir in besagter Zeitung. Deshalb müssen Diskursräume eng bleiben. Und am besten immer enger werden, bis nur noch „Ja“ und „nein“ bleiben, egal, worum es geht.

Doch selbst, wer das alles beachtet hat, ist nicht außer Gefahr, bestraft zu werden. Da gibt es ja immer noch den „Beifall von der falschen Seite“, der selbst dem Stromlinienförmigsten das Genick brechen kann. Ein Theatermacher hat süffisant angekündigt, er werde sein Publikum nach der Wiedereröffnung der Bühne bitten, vor dem Applaudieren im Theatersaal ganz nach links zu rücken – damit der Beifall garantiert von der richtigen Seite komme. Sonst drohen ihm schließlich Schwierigkeiten.

Na, dann wollen wir mal hoffen, dass die Abstandsregeln bald aufgehoben werden. Sonst könnte das mit dem Zusammenrücken am linken Rand des Hauses riskant werden. Es sei denn, die Intendanten halten sich strikt an das neue politische Schablonengebot. Dann wird immer genug Platz im Zuschauerbereich bleiben.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Schauspieler Jan Josef Liefers erklärt gegenüber der „Berliner Zeitung“ (30. April), was ihm trotz aller Unterschiede in der heutigen Bundesrepublik an die DDR erinnert:

„Klar, kann man alles sagen, aber nicht ungestraft. Das sind kleine Vernichtungsszenarien, die aufgebaut werden von Leuten, die das offensichtlich gut können. Früher gab es Klassenkampf ... heute gibt es Bubbels-Kampf im Internet ... es geht oft gar nicht um Meinung, sondern um Ausgrenzung, perfide Bestrafungsaktionen. Man sitzt nicht im Knast, aber gequält wird man auch.“

Susanne Gaschke fragt sich in der „Welt“ (3. Mai), was bei Annalena Baerbock, abgesehen von ihrem Alter, eigentlich dafür spricht, dass sie „frischen Wind“ und „Erneuerung“ in die Politik bringe:

„Im Vergleich zu Scholz und Laschet mag sie ‚frisch und modern‘ wirken, weil sie 20 Jahre jünger ist, aber davon abgesehen hat sie die klassische Karriere eines Polit-Apparatschiks hingelegt: Studium, Abgeordnetenmitarbeiterin, abgebrochene Promotion, Landesvorsitzende, Bundestagsabgeordnete, Parteivorsitzende. Sie spricht den hermetischen Jargon der allermeisten Politprofis: presse- und parteitagsgerecht, aber für normale Menschen schwer zu ertragen.“

Der Politikwissenschaftler und PAZ-Autor Herfried Münkler zieht aus dem Abzug des Westens aus Afghanistan eine tiefgreifende weltpolitische Lehre. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (4. Mai) schreibt er:

„Der Truppenabzug ist das Eingeständnis, dass sich der Westen mit dem Projekt einer liberalen Weltordnung überhoben hat ... Die dem Entgegenstehenden ließen sich nicht auf die eigene Seite ziehen, auch nicht mit Geld. Die Religion und die ihr verbundenen Traditionen haben sich als stabile Widerstandsbastion erwiesen.“

Thies Hagge, Pastor in einem Hamburger Brennpunktviertel, beschreibt im „Hamburger Abendblatt“ (4. Mai) die dramatischen Folgen des Lockdown für Kinder aus besonders sozial schwachen Familien:

„Es gibt Kinder, die waren über Monate nicht in der Schule. Wo es vorher schon schwierig war, da eskalieren jetzt die Situationen in einem schlimmen Maß. Das Jugendamt nimmt derzeit deutlich mehr Kinder aus den Familien. Das ist ein Zeichen dafür, was im Verborgenen passiert. Es macht einen großen Unterschied, ob ich als Kind die Pandemie im sozialen Brennpunkt erlebe – oder in einem wohlhabenden Umfeld.“

● **WORT DER WOCHE**

„Im Ortsteil Grunewald wurden tatsächlich schon Menschen aus ihren Häusern gerissen und umgebracht, weil man sie willkürlich für Krisen verantwortlich machte.“

Gunnar Schupelius fühlt sich in der „B.Z.“ (3. Mai) von einer linken Demo in Berlin-Grunewald am 1. Mai, welche die Enteignung der dortigen Hausbesitzer forderte, an die NS-Zeit erinnert